

Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen
und Sozialisten
Deutschlands e.V.

4/15

Dezember 2015 · 68. Jahrgang
Einzelverkauf 8,- €

„Zukunft der Gerechtigkeit“

Flüchtlinge an Weihnachten

E. Schmitz, Widerständig für Juden III

Urtreue Freundschaft M. Buber, L. Ragaz

Bonhoeffers Friedenspredigt II

Religionsverbindendes Friedensgebet

Reformation radikalisieren III

Kapitalismus und Schuldenerlass II

Enzyklika laudato si

Ernährung – Gewissenssache?

ILRS Kongress in Innsbruck

Leserzuschrift

Bundesnachrichten

CHRISTIN
CHRIST UND
SOZIALISTIN
SOZIALIST

CUS

KREUZ UND ROSE



IMPRESSUM

**CuS. Christin und Sozialistin/
Christ und Sozialist. Kreuz und Rose.**
Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands, erscheint seit 1948.

Herausgeber:

Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V., gegründet 1919/1926

Vorstand:

Michael Distelrath, Reinhard Gaede,
Jürgen Gorenflo, Dieter Hönerhoff,
Anneke und
Florian Ihlenfeldt, Jens-Eberhard Jahn,
Thorsten de Jong, Alois Schwarz

Redaktion:

Dr. Reinhard Gaede (v.i.S.d.P.)
Wiesestr. 65, D-32052 Herford
Tel. 0 52 21/34 25 56
cus@brsd.de, reinhard-gaede@gmx.de
Dieter Hönerhoff
Allensteiner Str. 4, 33605 Bielefeld
DieterHoe@t-online.de

Redaktions-Beirat:

Friedrich-Wilhelm Bargheer, Blomberg
Doris Gerlach, Herford
Jürgen Gorenflo, Norderstedt
Dietlinde Haug, Bad Oeynhausen
Fritz Hufendiek, Berlin
Jens-Eberhard Jahn, Leipzig
Elmar Klink, Bremen
Helmut Pfaff, Frankfurt
Wieland Zademach, Unkel

CuS/BRSD im Internet:

www.BRSD.de

Webmaster:

Darius Dunker, Aachen
Thorsten de Jong, Aachen

Erscheinungsweise:

Vierteljährlich

Abonnements:

Michael Distelrath
Görlinger Zentrum 3, D-50829 Köln
m.distelrath@netcologne.de

Preise:

Einzelheft: € 8,-, Doppelnummer
€ 9,-, Jahresabonnement, Inland:
€ 25,-, Welt: € 35,-, Förderabonne-
ment € 30,- oder mehr.
Kündigungen werden zum Jahresende
wirksam. Bitte überweisen Sie den
Betrag jeweils zum Jahresbeginn an
den BRSD e.V., KD-Bank,
IBAN DE15 3506 0190 2119 4570 10,
BIC GENODED1DKD

Gestaltung & Layout:

Kreativ-Schmie.de, Hamburg
www.kreativ-schmie.de

Druck:

Ordensgemeinschaft der Armen-
Brüder des heiligen Franziskus
Sozialwerke e.V., Beschäftigungshilfe,
Düsseldorf

ISSN 0945-828-X

Christ und Sozialist / Christin und Sozialistin

INHALT

Editorial	1
Heiko Bluhm Flüchtlinge an Weihnachten (Ein Anspiel)	2
Reinhard Gaede Kirchenkampf um Weimar	5
Emil Fuchs – ein Leben für Gerechtigkeit und Frieden ..	13
Ulrich Peter Die religiösen Sozialisten im Dritten Reich	16
Gabriele Lüdecke-Eisenberg und Gerhard Lüdecke Widerständig glauben und leben, Teil III	25
Willy Spieler „Urtreue Freundschaft“ – M. Buber & L. Ragaz	30
Dieter Stork Texte der und Thesen zur Friedensansprache Dietrich Bonhoeffers	36
Ulrich Börngen Auf dem Weg zu dem „allmächtigen, gnädigen und mitfühlenden Gott“	39
Walter Altmann et al. Die Reformation radikalisieren	42
Franz Segbers Autoritärer Kapitalismus und Schuldenerlass, Teil II	47
Siegfried Katterle Leserzuschrift	52
Michael Distelrath Ist unsere Ernährung eine Gewissenssache?	53
Franz Segbers Die Schöpfungsenzyklika von Papst Franziskus	55
Elmar Klink Fluchtgründe und Flüchtlingspolitik	57
Thorsten de Jong Tagung der ILRS in Innsbruck	64
Reinhard Gaede Kongress in Innsbruck 18.–20. Sept. 2015	66
Flüchtlinge – die Resolution der ILRS	67

Bundesnachrichten

Reinhard Gaede Jahrestagung 2015 in Erfurt	69
Christine Buchholz Grußwort zur Jahrestagung des BRSD 2015	72
Abschied von Günter Ewald †	74
Erfurter Erklärung des BRSD	75
Bilder und Fotos	77
Autorinnen und Autoren	77

Editorial

Zukunft der Gerechtigkeit“ ist das Thema dieses Heftes. Unter diesem Motto fand der Bundeskongress der *Arbeitsgemeinschaft Christentum und Sozialdemokratie (ACUS)* zugleich mit der *International League of Religious Socialists (ILRS)*, 18. - 20. Sept. 2015, in Innsbruck statt. *Thorsten de Jong* und ich berichten. Bei der Jahrestagung in Erfurt (11–13. Sept. 2015) hatten wir Gelegenheit, das KZ Buchenwald zu besichtigen. Primo Levi, Überlebender von Auschwitz, sagte gegenüber der Tendenz, die schrecklichen Verbrechen aus der Erinnerung zu verdrängen: „Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen. Es kann geschehen überall.“ Deshalb stand in unserer Einladung (www.BRSD.de): „Es ist wieder normal geworden, mit einer schwarz-rot-goldenen Fahne zu werben. Der ‚das wird man doch mal sagen dürfen‘- Rassismus greift bis in weite Teile der bürgerlichen und christlichen Gesellschaft wieder um sich. In vielen Kirchen gilt das Verdikt, sich politisch zu äußern. Der Sachzwang in Form von Sparpolitik und Gemütllichkeitschristentum greift um sich. Gleichzeitig erreichen uns 70 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges Bilder von ertrinkenden Flüchtlingen. ... In Zeiten solcher Spannungen zwischen humanitären Erfordernissen einerseits und einem wachsenden Rassismus andererseits wollen wir Euch einladen zu unserer Jahrestagung mit dem Titel: „Geh! Denken! – Die Christen und die Rechten in der Nazizeit und heute“. Das Heft enthält außer meinem Bericht über die Führung durch das KZ Buchenwald und den Verlauf der Jahrestagung meine beiden Vorträge über den Kampf der religiösen Sozialist(inn)en gegen die Nazis 1918–1933 und das Leben von Emil Fuchs, Teil I. Ebenso lesen wir *Ulrich Peters* Referat „Anpassung, Bekennende Kirche und politischer Widerstand – Die religiösen Sozialisten im Dritten Reich“ Teil I.



10.10.2015, l.v.u.: Doris Gerlach, Jürgen Gorenflo, Reinhard Gaede, Dietlinde Haug,, Dieter Hönerhoff, Helmut Pfaff, Elmar Klink

Gabriele Lüdecke-Eisenberg und *Gerhard Lüdecke* zeigen uns im dritten Teil das Lebensbild von Elisabeth Schmitz. Sie hatte mutig das NS-Regime wegen der Verfolgung der Juden angeklagt, war aber zu ihrer Zeit selbst von der Bekennenden Kirche fast gar nicht und nach dem Krieg kaum beachtet worden. Über Bonhoeffers Pazifismus und über Pazifismus heute schreibt *Dieter Stork*, und *Ulrich Börngen* berichtet über das 15. vornehmlich von IGF Stuttgart (*Interreligiöse Gemeinschaft für Frieden*, www.igfstuttgart.de) ausgerichtete Friedensgebet.

Willy Spielers Artikel über die Freundschaft zwischen *Martin Buber* und *Leonhard Ragaz*, ist der zweite Teil über die Begründung des neuzeitlichen Dialogs zwischen Christentum und Judentum.

Die *Erfurter Erklärung* schlägt den Bogen von der mahnenden Erinnerung an vergangenes Unrecht zur gegenwärtigen Aufgabe des Schutzes von Flüchtlingen und deren Integration in menschenwürdige friedliche Verhältnisse. „Flüchtlinge an Weihnachten“ heißt das Anspiel für Schüler(innen) von *Heiko Bluhm*. *Elmar Klinks* Artikel analysiert Fluchtgründe und Politik und fordert Humanität. Auch die Erklärung von *ILRS* fordert dringende und langfristige humanitäre Politik.

„Die Reformation radikalisieren, provoziert von Bibel und Krise“ wird mit Teil II fortgesetzt. „Die Auseinandersetzung um die Verschuldung ist ein Machtkampf zwischen den Interessen der Bürger und den Interessen der Finanzinvestoren“, schreibt *Franz Segbers* und erinnert an die biblische Tradition. Sie gibt eine klare Orientierung, „die sich an der Würde des Lebens der Menschen orientiert“. *Siegfried Katterles* Leserbrief kommentiert die Resolution der *Landesarbeitsgemeinschaft Linke Christ(inn)en in Hessen* in CuS 2–3/2015. Die neue Schöpfungszyklika „Laudato si“ von *Papst Franziskus* kommentiert *Franz Segbers*. Sie „geißelt das kapitalistische Wirtschaftssystem und den Missbrauch der Natur“ und fordert zur Umkehr auf. Auch *Michael Distelrath* erinnert an den Willen des Schöpfers: Wir sollen „erkennen, dass das Schicksal der Tiere eine offene Wunde im Herzen des Schöpfers ist“. Dazu mahnt unser Gewissen, wenn wir unsere Ernährung überprüfen.

Kleine Korrektur zu CuS 2–3/15, S. 44, Bildunterschrift, richtige Jahreszahl: 1946. Allen Lesern und Leserinnen wünsche ich ein frohes gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr unter der Jahreslosung: Gott spricht: „Ich will euch trösten, wie einen seine Mutter tröstet.“ (Jes. 66,13)

Reinhard Faedle

Flüchtlinge an Weihnachten (Anspiel für 16 Schüler und Schülerinnen)

Von *Heiko Bluhm*

Reporterin

Herr Manthey

Maria

Josef

Flüchtling 1 (*Abidin* - *Syrien*)

Flüchtling 2 (*Nazira* – *Syrien*)

Flüchtling 3 (*Emiliana* - *Zentralafrika*)

Flüchtling 4 (*Antonio* - *Kongo*)

Flüchtling 5 (*Yusuf* - *Libyen*)

Flüchtling 6 (*Jeanette* - *Elfenbeinküste*)

Flüchtling 7 (*Bürgül* - *Türkei*)

Flüchtling 8 (*Nadschia* - *Afghanistan*)

Nachbar 1 (*Lydia M.*)

Nachbar 2 (*Klaus M.*)

Nachbar 3 (*Holger S.*)

Nachbar 4 (*Uwe K.*)

R: Herr Manthey, Sie leiten das Flüchtlingsheim der Berliner Stadtmission. Wie

wird eigentlich bei Ihnen das Weihnachtsfest begangen?

M: Natürlich haben auch wir einen Tannenbaum mit Lametta und Lichtern. Doch – im Unterschied zu einem normalen deutschen Wohnzimmer – sind um ihn herum Menschen aus fast 20 Nationen versammelt! Und in so manchen Augen überschattet noch die Angst den Kerzenschein. Die Angst, nur knapp der Verfolgung, der Not oder dem Tod entronnen zu sein.

F 4: Mein Freund hat es nicht geschafft. Wir sind zusammen zu Fuß aus dem Kongo aufgebrochen. Nach 2000 Kilometern Fußmarsch kamen wir endlich am Mittelmeer an, um nach Europa überzusetzen. Vor Lampedusa erlitten wir Schiffbruch. Und von den 200 Leuten auf dem alten Fischkutter hat nur die Hälfte das rettende Land erreicht.

F 5: Und ich war gerade dem Krieg in meiner Heimat entkommen, da stand ich vor einer vier Meter hohen Mauer: Einreise unerwünscht!

F 6: Einige aus unserer Gruppe versuchten, sie zu überwinden. Ein Mann blieb im Stacheldraht hängen. Also gaben wir es auf. Die marokkanische Grenzpolizei trieb uns erbarmungslos in die Wüste zurück.

F 1: Nun ergriffen wir den letzten Strohalm, der sich uns bot: die waghalsige Überfahrt übers Meer.

F 2: Mit der Insel Lampedusa hatten wir zwar europäischen Boden erreicht. Doch wir wurden in ein Lager gesperrt.

F 1: Die Zustände waren entwürdigend: Mit 10 fremden Leuten auf dem Zimmer. Eine Toilette für 100 Leute. Monatelanges Ausgehverbot.

F 2: Bis wir dann aufs Festland verlegt und auf mehrere Länder verteilt wurden.

R: Warum haben Sie denn nicht einen weniger gefährlichen Weg gewählt? Etwa mit

dem Flugzeug direkt nach Frankfurt am Main?

F 6: Die Regierung sucht nach mir, da ich sie kritisiert habe und der Präsident Angst hat, seine Macht zu verlieren. Die Polizei hätte mich sofort auf dem Flughafen festgenommen.

F 8: Ich bin noch minderjährig und hätte nie eine Einreiseerlaubnis bekommen.

F 7: Und ich habe meinen Pass im Krieg verloren.

R: Herr Manthey, doch jetzt können sich Ihre Schützlinge ja wenigstens auf ein friedliches Weihnachtsfest freuen, oder?

F 7: Ja, wenn's nicht wieder so kommt wie letztes Jahr! Da erhielten wir einen Drohbrief, wir sollten gefälligst nicht das „deutsche Weihnachtsfest“ mit unseren komischen Bräuchen verunstalten und es lieber dort feiern, wo wir herkämen ... (N 4 sprüht Graffiti.)

M: Am nächsten Tag fanden wir dann ausländerfeindliche Parolen auf unserer Eingangstür.

F 4: (liest) „Das – Boot – ist – voll“ – Wissen die wirklich, was sie da schreiben? – Ja, die Flüchtlingsboote, die waren wirklich hoffnungslos überfüllt!

F 7: Und die Auffanglager in Griechenland ebenso!

F 2: Leute, wenn Deutschland im Verhältnis so viele Flüchtlinge aufnehmen würde wie der Libanon, würden hier auf einen Schlag 30 Millionen Menschen mehr leben als heute!

M: Tatsächlich kommen im Jahr nur etwa 60000. Von denen gerade mal 5000 dauerhaft bleiben dürfen. – Und dabei ist unser Land doch viel, viel größer und reicher als der Libanon!

R: Viele der Bewohner Ihres Hauses sind doch gar keine Christen. – Warum feiern Sie überhaupt Weihnachten mit ihnen?

M: Kennen Sie die Weihnachtsgeschichte?
Maria und Josef waren auch Flüchtlinge...

R: Ich verstehe nicht ganz, worauf Sie hinauswollen?

F 1: Ich schon – das heißt, euer Jesus hat unser Schicksal geteilt!

Josef: Du Maria, ich habe gestern einen schlimmen Traum gehabt. König Herodes ließ im ganzen Land nach unserem kleinen Sohn suchen. Er trachtet ihm nach dem Leben!

Maria: Kaum geboren – und schon politisch verfolgt? – Ich habe es von Anfang an geahnt, seit mir der Engel begegnet ist, dass Jesus eine ganz besondere Mission zu erfüllen hat.

Josef: Ich glaube, das war auch ein Engel, der mir im Traum den Tipp gab: Wir sollen uns Richtung Ägypten aufmachen.

Maria: Josef, lass uns keine Zeit verlieren! Dem König ist alles zuzutrauen! Jeden, der ihn nur leise kritisiert, wirft er ins Gefängnis. Und selbst seine eigene Frau und seine Söhne ließ er ermorden, weil er seine Macht durch sie gefährdet sah.

Josef: Hoffentlich lassen uns die Ägypter über die Grenze!

M: Merken Sie, hier geht es um den Kern der Weihnachtsbotschaft: Gott wird Mensch, weil er uns grenzenlos liebt. Er hat die Grenzen zwischen Himmel und Erde durchbrochen und sich in unser Schicksal hineinbegeben.

R: Ich verstehe, und deshalb will er, dass auch wir mithelfen, Grenzen zu überwinden!

N 1: Nicht nur die nationalen, auch die emotionalen Grenzen: Mitfühlen – Mitdenken – Mit-Anpacken! Wenn Menschen in unserer Nähe nicht mehr wissen, wie es weitergeht ...

N 2: Jeder kennt solche in seiner Nachbar-

schaft: Einsame, Traurige, Kranke, Notleidende, Verängstigte ...

N 3: ... und die, die vor anderen oder vor sich selber weglaufen.

N 4: So ferne, wie ich dachte, sind uns die Flüchtlinge ja gar nicht!

N 2: Wir alle brauchen mal Engel, die bereit sind, sich Zeit für sie zu nehmen. Nur so erfahren wir: Gott ist uns nah.

N 1: Leute, wisst ihr was: Unsere Nachbarn, das sind die Menschen im Flüchtlingsheim! Lasst uns zu ihnen gehen und mit ihnen gemeinsam Weihnachten feiern!

N 2: Ich bring Weihnachtsgebäck mit!

N 3: Ich schau mal nach Spielzeug für die Kinder!

N 4: Meine Gitarre können wir vielleicht auch gebrauchen!

M: Das ist eine super Idee! Die werden sich aber freuen, nach all dem, was hinter ihnen liegt.

N 1: Hallo, wir sind die Nachbarn, dürfen wir hereinkommen?

F 1–8: (sich überlagernd) A(s) salam aleikum! Bonjour! Bem-vindo! Salo! Merhaba! Shalom! ... (Arabisch, (Franz.), (Port.), (Afgh.) (Türk.), (Hebr.)

F 3: Unser Deutsch ist zwar nicht das Beste, aber vielleicht können wir ja miteinander tanzen!

N 1: Seht, da kommt noch eine Familie mit Baby! Ich glaub, die wollen auch noch mitfeiern! Mir ist ganz weihnachtlich zumute!

Josef: Du Maria, die Leute in Ägypten sind freundlicher, als ich dachte. Hier können wir eine Weile bleiben, bis die Gefahr vorüber ist!

Alle: singen „Menschen auf dem Weg durch die dunkle Nacht“ (Text und Melodie aus Frankreich, Übertragung Diethard Zils) und tanzen um den Weihnachtsbaum.

Heiko Bluhm, 1969 geboren in Karlsruhe, aufgewachsen in Stutensee-Blankenloch, 1991–97 Studium der Theologie, Germanistik und Geschichte in Heidelberg, 1993–1998 Mitarbeit in der autonomen ESG Heidelberg, seit 1996 Mitarbeit im Adivasi-Tee-Projekt, 1998–2000 Referendariat in Heilbronn, seit 2000 Lehrer am Hölderlin-Gymnasium in Lauffen a.N., seit 2001 Gründung und Leitung der Eine-Welt-AG Lauffen, seit 2002 verheiratet mit Jacqueline Bluhm-Oliveira, seit 2003 Mitglied im BRSD, seit 2004 Mitglied im VVN-BdA, seit 2005 Mitglied im Örtlichen Personalrat, seit 2005 Mit-

glied in der WASG / Die Linke, 2006 Geburt von Melina, 2009 Geburt von Lucio, seit 2011 Mitarbeit in der Fachgruppe Gymnasien der GEW, seit 2014 Mitglied im Bezirkspersonalrat Gymnasien (Stuttgart)



Heiko Bluhm mit Familie

Dokumente des Kampfes der religiösen Sozialisten gegen den Faschismus 1926–1933*

Kirchenkampf um Weimar

Von Reinhard Gaede

I. Kirchenamtliche „Neutralität“ und faktische Polarisierung im deutschen Protestantismus

Im Advent des Jahres 1930 brachte das Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes eine Karikatur: Ein Pfarrer im Schmuck von Barrett und Talar hält einen Kelch und bläst mit vollen Backen aus einem Rohr eine Seifenblase, in der ein großes Hakenkreuz erscheint. Die Identifizierung der Zeichen der Kirche mit dem nationalsozialistischen Emblem kennzeichnete die endlichen Aporien einer Diskussion um die politische Neutralität der Kirche in der Zeit der Weimarer Republik. Das Postulat strikter Neutralität galt offiziell. Deshalb war die Karikatur eines „christlichen“ Faschismus der denkbar schärfste Vorwurf an den Pfarrerstand, auf den der Badische Oberkirchenrat mit einem Verweis wegen eines gegebenen Ärgernisses reagierte. Auf der

anderen Seite war die ständige Wiederholung der Neutralitätsforderung durch die Amtskirche 1918 bis 1933 ein Zeichen dafür, dass längst ein Prozess der Polarisierung im deutschen Protestantismus fortgeschritten war, der sich immer weniger durch Einheitsformeln überspannen ließ. Überdies war die Glaubwürdigkeit der amtskirchlichen Neutralität in politischen Fragen dadurch schwer erschüttert worden, dass die Option im nationalkonservativen Sinn, mehr oder weniger verhüllt, der Öffentlichkeit bekannt war.¹ „Die Kirche ist politisch neutral – sie wählt deutsch-national“, sagte ein Spottvers.² Das starke Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung auch in der Kirche drohte dann die letzten Bande der Einheit zu zerreißen.

Der Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands unternahm, gestützt auf seine Anhänger in der Arbeiterschaft, den Versuch, die kirchliche Öffentlichkeit gegen das Vordringen der NS-Bewegung zur Abwehr zu mobilisieren. Dieser Versuch ergab sich als Fortsetzung des Eintretens für den

demokratischen Sozialismus seit dem Zusammenbruch des Obrigkeitsstaates und der Revolution 1918 und als Konsequenz des Kampfes gegen Militarismus und Nationalismus. Nachdem ein Mann wie August Bleier, einer der Führer der Bewegung in Berlin, bereits 1919 eine Warnung vor Rassenhass und Antisemitismus für nötig hielt, nach deutlicheren Warnrufen dann im Jahr 1926 stand zugleich mit dem Anwachsen des Faschismus im Jahr 1930 der Widerstand im Mittelpunkt propagandistischer Bemühungen. Koalitionspartner für den Aufbau einer Abwehrfront fanden sich bei den demokratischen Liberalen, die die ökumenische Friedensarbeit trugen. Die Gründung des Evangelischen Friedensbundes um Pfr. K. Schmidt, Stellv. Leiter der Bruderschaft sozialistischer Theologen, sowie um Superintendent J. Ungnad und Pfr. Lic. R. Wielandt am 2. Oktober 1931 vereinte dann das letzte Aufgebot im Protestantismus gegen den Faschismus vor dem Untergang der demokratischen Republik.³

Die Dokumentation der religiösen Sozialisten über das Vordringen faschistischen Geistes in der Kirche beginnt im Jahre 1926. Nach einem Bericht über ungeheure Konzentrationsbewegungen in der Wirtschaft, Entlassungen und Arbeitslosigkeit – die Zahl der nicht mehr Unterstützten, sc. von über 2 Millionen Arbeitslosen, wird auf 280 000 geschätzt; 4000 Junglehrer in Preußen seien ohne Stelle – folgen Meldungen über Aktivitäten der Deutschnationalen, Völkischen und Wehrverbände. In diesem Zusammenhang ist von Adolf Hitler die Rede, der am 11. September eine „Standartenweihe“ in München abhalten ließ; über die Rolle des Weihenden heißt es: „Lebhaft begrüßt, hielt Pfarrer Weigel, der kerndeutsche Priester und Kämpfer, die Weiherede, die eine einzige Kanonade gegen die Juden und Marxisten, die alten

Monarchisten und die Spießbürger war. ‚Gott will es‘, meint er, dass die Nationalsozialisten, und zwar die Richtung Hitler, die Welt aus den Angeln hebt.“⁴ In derselben Nummer wird bereits ein Opfer des psychischen Terrors von „farbentragenden Hakenkreuzlern“ beklagt. Der Theologiestudent O. Burchardt nahm sich das Leben. Wegen seines Eintretens für die Friedensbewegung war er an der Greifswalder Universität völlig isoliert, ein Kommilitone hatte vor ihm ausgespuckt.⁵ In Bayern profilierten sich im Jahr 1926 die religiösen Sozialisten um Pfr. Lic. Matthias Simon, Arzberg (Ofr.), durch einen Protest gegen die Weihe eines SA-Banners in der Lorenzkirche, Nürnberg.⁶ In den Jahren 1927 und 1928 berichten die religiösen Sozialisten mit Empörung über Gottesdienste anlässlich von Regimentsfeiern, Militärvereinsfesten, Stahlhelm-Tagungen und Fahnenweihen, in denen der Geist von 1914 als Symbol der Rückkehr zu den Werten der kaiserlichen Epoche gepriesen wurde.⁷ Seit dem Jahr 1929 häufen sich dann die Berichte über den Einmarsch nationalsozialistischer Formationen mit Hakenkreuzfahnen in Kirchen oder Gemeindehäuser. Die Karikatur vom Hakenkreuz-Pfarrer ist die Bild-Beigabe zu einer Dokumentation „Die christlichen Kirchen und der Faschismus“, in der die Kämpfe des Jahres 1930 verzeichnet sind.“⁸ In der Dokumentation „Ist die evangelische Kirche rettungslos dem Faschismus verfallen?“⁹ werden auch die Wurzeln des Übels freigelegt. Die pfälzische Kirchenregierung hatte Fahnen politischer Parteien bei allgemeinen Gottesdiensten zwar ausgeschlossen, Fahnen in „besonderen“, „auf Wunsch von Parteien abgehaltenen Gottesdiensten“ aber genehmigt. Die Folge waren nationalsozialistische Kirchenfeiern und Kasualien. Die kirchliche Lobrede am Grab eines verurteilten Fememörders,¹⁰ die Braunhemden-

hochzeiten in Gandersheim und Königsberg sind anschauliche Beispiele für die neue Praxis;¹¹ hier begleitete der Faschistengruß der „Gemeinde“ den Ringwechsel vor dem Altar, dort intonierte die Orgel das Horst-Wessel-Lied. Auch symbolhaft stellte sich das Bekenntnis von Gemeinden zum Faschismus dar. Die Dokumentation „Die evangelische Kirche eine Filiale der Faschisten?“ hat als Untertitel die Reportage „Stahlhelm, Säbel und Gewehr auf dem Altar – Hakenkreuzfahne an der Kanzel – ‚Ich, dein Gott, will es, du mußt es‘ – Geistlicher Segen über den Faschistenfahnen“.¹² „Die Sache hat Methode“, heißt es in dieser Dokumentation. „Die Pfarrvereinsvorsitzenden Deutschlands beschließen in Berlin, sich dem Nationalsozialismus nicht zu verschließen – und prompt erscheinen Anzeigen und Aufforderungen zur Gründung nationalsozialistischer Pfarrervereinigungen.“ Die Dokumentation mit dem ironisch gemeinten Titel „Die evangelische Kirche ist politisch durchaus neutral!“¹³ schließt mit Ahnungen vor der Zukunft, die sich in weit schlimmerem Maße erfüllen sollten: „Die Kirche soll bestimmungsgemäß Verkünderin sein des Christuskreuzes, welches die Gottes- und Menschenliebe predigt, zur Weltoffenheit, zum Verstehen und zum Vergeben und zum Frieden erziehen möchte; statt dessen schmückt sie ihren Altar mit dem Hakenkreuz, welches den Haß predigt und die Rache und die rohe Gewalt, welches ... selbstgerecht schwelgt in der Anbetung der eigenen Rasse!, ... Wie lange wird es noch dauern, bis auch in den Gotteshäusern des Nazareners der Ruf ertönt: ‚Juda verrecke!‘ oder biblisch ausgedrückt: ‚Kreuzige, kreuzige ihn!‘“¹⁴

Erreicht wurde durch, solche und ähnliche Dokumentation nur, dass sich die Reihen des Widerstandes im Bewusstsein der

drohenden Gefahr festigten. Die Frage von Pfr. Erwin Eckerts Referat auf der badischen Landessynode 1930 „Warum kämpfen die Kirchen nicht gegen den Faschismus?“ blieb unbeantwortet.¹⁵ Der Antrag der religiösen Sozialisten, „Kirchen und Gemeindehäuser politischen Parteien ... vor allem Stahlhelm und Nationalsozialisten“ nicht zu überlassen, wurde abgelehnt. Die Gründe für eine wohlwollende Offenheit etwa eines Drittels der Pfarrer aus dem konservativ-nationalen Lager gegenüber dem Nationalsozialismus liegen in der Wirkung einer sozialdarwinistischen Denkweise, die von den so genannten Modern-Positiven gepflegt wurde. Wenn Paul Althaus, Professor in Erlangen, den Nationalsozialismus als „Aufwachen der deutschen Jugend aller Stände“ „zu einem stolzen vaterländischen Freiheitswillen“ verteidigte, ist das typisch für ein Denken, das mit Formeln vom „Recht des Tüchtigen“ altkonservative Ordnungsvorstellungen auflöste. Auch der Schriftleiter des Deutschen Pfarrerblatts forderte unter Hinweis auf „Opfermut“, man solle der „jungen stürmischen Bewegung“ Gelegenheit zu Bewährung geben.¹⁶ Vergeblich wies für die religiösen Sozialisten Pfr. Karl Kleinschmidt darauf hin, dass von den Verteidigern der Mörder Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts, Matthias Erzbergers und Walther Rathenaus weitere Mordtaten zu erwarten seien.¹⁷ Beispiele dafür, wie die Grenzen zwischen Nationalkonservativen, Wehrverbänden und Faschisten seit 1930 verschwimmen konnten, sind die Fälle Grosz, Dehn und Baumgarten, die unter faschistischen Kampagnen zu leiden hatten.¹⁸ Auch die Auslandsdeutschen kamen in Kontakt mit dem Treiben nationalistischer Verbände. So wurde besonders in Polen Zwietracht gesät.¹⁹

2. Religiöser Sozialismus: Parteilichkeit in der Gesellschaft zum Zeugnis für Grundwerte des Evangeliums

Das Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes versuchte 1930 nach der Methode des Kontrastvergleichs biblischer und faschistischer Sprüche den Selbstanspruch der Nazis vom positiven Christentum zu widerlegen. Auf der einen Seite der Christus der Bergpredigt: „Selig sind die Friedfertigen“, auf der Gegenseite die Faschisten und ihr Antrag im Reichstag: „Wehrverrat“ (darunter z. B. auch: Eintreten für die Abrüstung) soll mit dem Tode bestraft werden usw.²⁰ Eine Analyse der faschistischen Ideologie gab der im November 1930 gedruckte Aufruf des Internationalen Ausschusses der religiösen Sozialisten „Christentum und Faschismus sind unvereinbar! Ein Wort der religiös-sozialistischen Internationale an die europäische Christenheit“. Die Unterzeichner, Pfr. Erwin Eckert, Mannheim; Fred Hughes, M. P., London; Paul Passy, Prof., Paris; Dr. Willem Banning, Barchem/Holland; Otto Bauer, Redakteur, Österreich; J. M. Ljungner, Oerebro/Schweden; Dr. Leonhard Ragaz, Zürich (Präsident), und Helene Monastier (Sekretärin), nennen zunächst ihr Anliegen: „Als Vertreter einer Bewegung, zu deren Zielen die Neuordnung der Gesellschaft im Geist Christi und aus den Kräften des Reiches Gottes gehört, fühlen wir uns durch die steigende Welle des Nationalismus und Faschismus in ihren verschiedenen Formen und die dadurch vermehrte Gefahr des Bürgerkrieges und des Völkerkrieges tief beunruhigt und in unserm Gewissen verpflichtet, darüber ein Wort der Mahnung und Bitte besonders an die christlichen Kreise zu richten.“ Es folgt ein Abschnitt über „geistige“ und „wirtschaftliche“ Not. Der Faschismus ist ein Symptom für die „Unhaltbarkeit unserer Zustände“. Die Fähigkeit zur Erneuerung

wird dem Faschismus aber gleich abgesprochen: „Ihre wirtschaftlichen Vorschläge sind größtenteils unreif und rein demagogisch, und ihr Sozialismus ... ist bloß ein Köder zur Einfangung der Massen für andere Zwecke.“ Die so genannte „Volksgemeinschaft“ ist eine „Fiktion“, ihre Demagogie besonders roh und raffiniert, die Forderung „Diktatur“ deren Krönung. „Abgesehen davon, daß die Diktatur selbst erfahrungsgemäß eine Quelle der schlimmsten Korruption wird, fehlt es gerade dieser Bewegung, die den Naturtrieb vergöttert, wieder an den geistigen Voraussetzungen für eine solche Reinigung der Welt, wie es ihr an den wirtschaftlichen fehlt, da sie die Hauptquelle dieser Versumpfung, die kapitalistische Ordnung, nicht ernsthaft abgraben will und kann.“ Dieser Nationalismus wird zerstören, statt zu befreien. Sollten die Christen das nicht bemerken? „Dann wäre die Stunde ihres Untergangs gekommen. Wie kann sich ein Jünger Christi zu einem Rassenhochmut bekennen ... im besonderen zu der geistverlassenen Rohheit des Antisemitismus, wenn noch das Apostelwort gilt: ‚Da ist nicht Jude, noch Grieche ...‘, sondern sie sind alle Eins in Christus Jesus,‘ „Wenn das Kreuz in ein Hakenkreuz verwandelt wird, wird das Sinnbild der Liebe zum Zeichen der ‚hochmütigen Ausschließlichkeit, ja sogar des Hasses‘“. Dieser Götzendienst führt in den Abgrund: „Werdet des Abgrunds gewahr, vor dem ihr steht; kehret von Cäsar und Wotan zu Christus, vom Lektorenbündel zur Dornenkrone des Menschensohns und vom Hakenkreuz zum wirklichen Kreuz zurück, dem allein der Sieg über die Welt verheißen ist!“ Die Mahnung zur Umkehr „vom Mammon zu Gott“ enthält ein Bekenntnis zu Demokratie und Freiheit als der „Voraussetzung für eine wirkliche Liquidierung des Weltkriegs“. Soziale und religiöse Erneuerung ist der „Sinn der Stunde“.²¹

In diesem Kampfaufruf vereinte sich eine rational und religiös begründete Kritik der Epoche. Paul Tillich hatte seinerzeit diesen Kampf der religiösen Sozialisten durch den idealtypischen Begriff des Prophetischen gewürdigt. Prophetie, verstanden als kritischer Angriff auf das strukturell mächtige Böse im Namen des Evangeliums von der Menschenfreundlichkeit Gottes. In den Aufrufen des 5. Kongresses der religiösen Sozialisten in Stuttgart kam deutlich zum Ausdruck, daß der marxistische Ansatz eine realistische Einschätzung der Lage ermöglichte. Diese Kundgebungen sahen einen Entscheidungskampf kommen; „Die feudalistischen und bürgerlichen Schichten ballen sich unter nationalistischen und faschistischen Parolen zusammen zum Angriff auf die werdende Gesellschaft,“²² Sie äußerten Besorgnis über die „Haltlosigkeit der christlichen Kirchen gegenüber den gefährlichen Absichten des Faschismus“²³ Die entscheidende Reichstagswahl am 14. September 1930 bereiteten die religiösen Sozialisten vor durch den Aufruf „Christliche Männer und Frauen, ihr müßt am 14. September sozialistisch wählen!“ Unter dem fettgedruckten Wort „Arbeitslosigkeit“ liest man: „23 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger erhalten im Monat kaum 150 Mk. für den Aufwand ihrer oft vielköpfigen Familie.“ Auf der anderen Seite gibt es die so genannte Rationalisierung, die für Hunderttausende Arbeitslosigkeit bedeutet. Angesichts der Ungerechtigkeiten in den Fragen Wohnung, Besitz, Bildung, Einkommen muss der Christ auf der Seite der Revolution stehen. Ein anderer Teil des Aufrufs ist dem Friedensproblem gewidmet. Nach dem zitierten Gebot „Du sollst nicht töten!“ steht die Warnung: „Wollt ihr nicht dafür sorgen, daß dies der letzte Krieg gewesen ist, an dem unser Volk teilnimmt?“ Garantien der Friedens Sicherung werden nur bei den Sozialisten gesehen. Die Na-

tionalsozialisten dagegen werden als „bezahlte Angriffstruppe der Kapitalisten“ bezeichnet, die durch die Phrase von der Schuld der Juden „die Schuld des ‚christlichen‘ Militarismus und des Kapitalismus verdecken“.²⁴ Vergebliche Warnung. Die Nazis konnten ihre Mandate in dieser Wahl von 12 auf 107 erhöhen. Aus dem Kampf klingen die Warnungen der Theoretiker nach, die den Nationalsozialismus frühzeitig durchschaut hatten und ein neues christliches Bekenntnis formulierten: Emil Fuchs, Professor an der Pädagogischen Akademie Kiel: „Der Glaube, daß ‚Abstammung‘, ‚Blutreinheit‘ u. a. Naturhaftes, nicht Opfer, Dienst und Gehorsam gegen die Aufgabe der Menschheit, Stellung und Würde von Menschen und Völkern und die Kraft ihrer Lebenserhaltung bestimmen, ist Materialismus und unversöhnlicher Gegensatz zu dem christlichen Glauben, der sagt: Hier ist kein Jude noch Grieche ... Galaterbrief 3, V. 28.“²⁵ Gotthilf Schenkel, Pfr. in Stuttgart-Zuffenhausen, Schriftleiter des Bundesorgans, schrieb: „Der Nationalsozialismus ist nicht wie der Marxismus ein Versuch wissenschaftlicher Erkenntnis der Ursachen ... der Wirtschaftswirrnis, ... Die Bewegung ist ein Ventil für alles, was an starken Instinkten empordrängt, Haß und Idealismus, Rache und Wut, Zorn und Abenteuerlust, Wunsch nach Uniform und Führer, nach Macht, Glanz und neuer Herrlichkeit. Viel alte Leidenschaft kommt wieder zum Durchbruch, der Antisemitismus des letzten Jahrhunderts, der Bürgerschreck vor dem Sozialismus aus Bismarcks Zeit, die kulturkämpferische Stimmung gegenüber einer katholischen Bevölkerung ... die Sucht nach einem Sündenbock.“²⁶ Paul Tillich, Professor in Frankfurt, urteilte: „Ein Protestantismus, der sich dem Nationalsozialismus öffnet und den Sozialismus verwirft, ist im Begriff, wieder einmal seinen Auftrag an der Welt zu verraten ... Sofern er den Na-

tionalsozialismus und die Blut- und Rassenideologie durch eine Lehre von der göttlichen Schöpfungsordnung rechtfertigt, gibt er seine prophetische Grundlage zugunsten eines neuen offenen oder verhüllten Heidentums preis und verrät seinen Auftrag, für den einen Gott und die eine Menschheit zu zeugen.“²⁷

Am 26.2.1933 richtete der Bund seinen letzten großen Aufruf gegen den Faschismus an die Öffentlichkeit in seinem Organ „Der Religiöse Sozialist. Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes“.²⁸

Der Aufruf war auch als Flugblatt im Stuttgarter Raum verbreitet worden.

„Die heutige Not ist das Gericht Gottes über ein durch und durch sündhaftes Wirtschaftssystem, das Gericht Gottes über den Mammonismus wie über den blutigen Militarismus. In allen kapitalistischen und militaristischen Ländern der Welt herrscht dieselbe Krisis, die zum Tode führt, wenn keine grundsätzliche Umkehr stattfindet.“

Dann wird jedes Gebot in antifaschistischer Tradition interpretiert.

Zum zweiten Gebot heißt es:

„Wer zum Hass aufruft, sei es gegen die Juden oder gegen andere Rassen oder die marxistischen Volksgenossen, wer Gewalttat predigt und ausübt, wer Leidenschaft sät und einen Sturm heraufbeschwört – und bei dem allem den Namen Gottes im Mund führt: der missbraucht den Namen Gottes. ‚Irret euch nicht, Gott lässt sich nicht spotten.‘ Wehe denen, die ihn mit Worten anrufen, während sie dämonische Kräfte entfesseln!“

Zum fünften Gebot heißt es u.a.:

„Es ist das schlimmste Vernichtungsurteil über die ‚christlichen‘ Völker, daß sie die grauenhaftesten Kriege mit den teuflischsten Mitteln führen und den Mord am laufenden Band verherrlichen und dabei noch Gott anrufen. Die Quäker sind die ein-

zigen Christen, die beim fünften Gebot Gott wirklich mehr gehorchen als den Menschen. Wer gegen seine eigenen Volksgenossen hetzt und sagt, seine politischen Gegner müßten ausgetilgt werden, sündigt gegen das fünfte Gebot.“

Der Aufruf endet u.a. mit den Worten: „Der Nationalsozialismus ist Neuheidentum ... eine Vergötzung von Fleisch und Blut, eine blinde Menschenvergötterung, eine antichristliche Anbetung der Gewalt und ein Aufbrechen dämonischer Instinkte und satanischer Leidenschaft.“

Wir religiösen Sozialisten wenden uns bitend und mahnend an euch: Prüfet die Geister! Lehnt Hitler ab, denn er ist ein falscher Prophet, der sich selbst zum Messias aufgeworfen hat. Helft uns, durch wahren Sozialismus, den Götzen des Kriegswahnsinns von ihren Thronen zu stürzen und durch Sozialismus das Gebot Christi von der Brüderlichkeit, der Ordnung, der wahren Gemeinschaft und vom Frieden zu verwirklichen.“²⁹

Bekenntnisse wie diese im Kirchenkampf vor Barmen fordern heute nicht nur die Aufmerksamkeit der Disziplinen Kirchengeschichte und Sozialethik. Sie verweisen die Theologie generell auf das Problem, dass zeitlose Aussagen über das Wesen der Kirche nicht mehr ausreichen und Reflexion über Herkunft und Praxis der Kirche in der Gesellschaft nötig ist. Es bedeutet für die Kirche heute Beschämung und Ermütigung zugleich, dass ihr Auftrag, für Grundwerte des Evangeliums zu zeugen, 1918 bis 1933 von ebenso kleinen wie entschlossenen Minderheiten radikaler Demokraten und Sozialisten wahrgenommen wurde. Insofern mag die Erinnerung an eine kirchliche Minderheitsgruppe religiöse Sozialisten dem erneuten Nachdenken darüber dienen, wie Kirche als Prozess der Sendung Christi in einer Zeit zwischen Krieg und

Frieden, zwischen Hungersnot und Kapitalkonzentration sichtbar wird und werden kann.³⁰

Anmerkungen:

- 1 Vgl. R. Gaede: *Kirche – Christen – Krieg und Frieden. Die Diskussion im deutschen Protestantismus während der Weimarer Zeit*, Hamburg-Bergstedt, 1975, zweite Auflage in Vorbereitung beim Verlag Helmut Donat, Bremen.
- 2 Vgl. K.-W. Dahn: *Pfarrer und Politik. Soziale Position und politische Mentalität des deutschen evangelischen Pfarrerstandes zwischen 1913 und 1933*, *Dortmunder Schriften zur Sozialforschung* 29, bes. S. 104–113.
- 3 Vgl. K. Schmidt: *Evangelischer Friedensbund*, *Eiche* 1932, 1, S. 134; R. Wielandt: *Ein Evangelischer Friedensbund*, *Deutsches Pfarrerbblatt* 1931, 50, S. 789 f.; H. Ubbe-lohde: *Pfarrer und Krieg, Mutiges Christen-tum!* 1931, 48, S. 194 f.
- 4 *Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes (SaV)* 1926, 40, S. 205.
- 5 *SaV* 1926, 40, S. 205, 204.
- 6 Heinrich Dietrich: *Wie es zum Bund der religiösen Sozialisten kam*, *Schriften der religiösen Sozialisten* 2, Karlsruhe (1927), S. 68.
- 7 Vgl. R. Breipohl: *Religiöser Sozialismus und bürgerliches Geschichtsbewußtsein zur Zeit der Weimarer Republik*, *Stud. z. Dogmengeschichte u. Systemat. Theologie* 32, Zürich 1972, S. 36.
- 8 *SaV* 1930, 48, S. 380 f.
- 9 *Der religiöse Sozialist (RS)* 1931, 3, S. 11.
- 10 *RS* 1931, 6, S. 22.
- 11 *RS* 1931, 12, S. 51, *RS* 1931, 38, S. 161.
- 12 *RS* 1931, 12, S. 51; vgl. *RS* 1931, 23, S. 100 „Hakenkreuzbanner als Altartuch“; vgl. auch *SaV* 1929, 48, S. 358.
- 13 *RS* 1931, 27, S. 116.
- 14 *ibid.*; vgl. den Mahnruf von A. Rackwitz gegen den Faschismus (1932), G. Jankowski, K. Schmidt (Hg.): *Arthur Rackwitz. Christ und Sozialist zugleich*, Hamburg-Bergstedt, 1976, S. 31–33.
- 15 *SaV* 1930, 41, S. 321–323; über Eckerts Kampf vgl. F.-M. Balzer: *Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert und der Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands*, *prv* 36, Köln, 1973, bes. S. 223–230.
- 16 *Gotthardbriefe (J. Gauger) (Juli) 1931*, 104, S. 166; *Deutsches Pfarrerbblatt*, 1931, 2, S. 23.
- 17 *RS* 1931, 4, S. 15.
- 18 Vgl. R. Gaede: *Kirche – Christen – Krieg und Frieden*, S. 88 ff.
- 19 Vgl. meine Ausführungen in: *Kirche zwischen Krieg und Frieden (Hg. W. Huber), Forschungen und Berichte der Ev. Studiengemeinschaft* 31, Stuttgart 1976, s. v. Bischof Bursche.
- 20 *SaV* 1930, 15, S. 118.
- 21 *SaV* 1930, 48, S. 377 ff. u. ö.
- 22 *Zeitschrift für Religion und Sozialismus*, 1930, 5, S. 271.
- 23 *SaV* 1930, 33, S. 261; zu allen Erklärungen des Bundes gegen den Faschismus vgl. W. Deresch: *Der Glaube der religiösen Sozialisten. Ausgewählte Texte*, Hamburg, 1972, S. 207–217.
- 24 *SaV* 1930, 35, S. 275–278.
- 25 *SaV* 1930, 33, S. 262.
- 26 *Die Kirche und das Dritte Reich I*, Hg. L. Klotz, Gotha, 1932, S. 99–115, 107.
- 27 *ibid.*, S. 126–128. 126.
- 28 *RS* 9, 1933, S. 33, zitiert bei Karlheinz Lipp: *Religiöser Sozialismus und Pazifismus. Der Friedenskampf des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands in der Weimarer Republik*, Pfaffenweiler 1995, S. 200.
- 29 *Druck: Schwäbische Tagwacht*, mit diesen Unterschriften: Dr. R. Planck, Ludwigs-

burg, Stadtpfarrer i. R., Jakob Haller, Stuttgart, Angestellter, Julius Brückner, Göttingen, Privatmann, Wilhelm Pfersich, Stuttgart, Privatmann, Julie Trommer, Zuffenhausen, Hausfrau, Hildegard Rudin, Stuttgart, Hausfrau, Eugen Kunkel, Rohracker, Elektromeister. Jakob Haller hatte verantwortlich gezeichnet.

30 Zur Wiederaufnahme der Bundesarbeit nach dem Verbot durch das NS-Regime vgl. Christ und Sozialist, Frankfurt, 1948 ff, NF 1977ff.

Anhang

Arthur Rackwitz
1000 Berlin 28, 23.4.1976
Pfarrer i. R.
Edelhofdamm 49

Sehr geehrter Herr Doktor Gaede!

Aurel von Jüchen, seit fünf Jahrzehnten mit mir freundschaftlich verbunden, hat mir von Ihnen und Ihrer Arbeit erzählt und drängt mich, Ihnen von einigen Erlebnissen zu berichten, die bisher nicht bekannt geworden sind, aber vielleicht einiges historisches Interesse beanspruchen könnten. Ich war von 1929 bis 1964 Pfarrer in Berlin-Neukölln. Bis etwa 1950 war die „Stadtkirchengemeinde Berlin-Neukölln“ – so hieß es damals immer – die größte Kirchengemeinde in Deutschland. Sie hatte über 230 000 Mitglieder, 5 Kirchen und entsprechend 5 Hauptbezirke, und 23 Pfarrstellen, aber nur einen Gemeindekirchenrat, einen geschäftsführenden Pfarrer und eine Kirchenkasse. Jetzt ist sie in fünf selbstständige Einzelgemeinden aufgeteilt.

Schon meine Wahl durch den Gemeindekirchenrat war für die damalige Zeit ganz ungewöhnlich und vielleicht einmalig. Mein Amtsvorgänger Piechowski hatte eine ansehnliche Gruppe religiöser Sozia-

listen um sich gesammelt und bei seinem Fortgang aus Neukölln den ganz bürgerlich zusammengesetzten Gemeindekirchenrat dazu bewegen können, doch wenigstens eine der vielen Pfarrstellen einer ausgesprochenen Arbeitergemeinde wieder einem religiösen Sozialisten und Mitglied der SPD zu überlassen. So habe ich die von Piechowski gesammelten Gruppen, darunter auch einen besonderen Jugendkreis und eine gleichartige Kindergruppe, bis 1933 weitergeführt.

Nicht sehr lange nach der Machtübernahme Hitlers, ich glaube, noch im Jahre 1933, war eine Neuwahl der kirchlichen Körperschaften fällig. Planmäßig ließen sich viele Mitglieder der NSDAP und der SA in die Wählerlisten eintragen. Die religiösen Sozialisten hatten in den Untergrund gehen müssen und konnten keinen eigenen Wahlvorschlag einreichen. Trotzdem erhielten die „Deutschen Christen“ nur 7 von 25 Sitzen im Gemeindekirchenrat. In der Kirchengemeinde-Vertretung war das Verhältnis ähnlich. Aber der so gewählte Gemeindekirchenrat ist niemals zusammengetreten. Noch ehe er seine erste Sitzung abhalten konnte, löste das Konsistorium ihn auf und die Kirchengemeindevertretung ebenfalls. Stattdessen ernannte das Konsistorium ganz willkürlich sechs Deutsche Christen, darunter einen DC-Pfarrer, als „Bevollmächtigte“. Und dieser Bevollmächtigtenkreis hat dann ohne jede Fühlungnahme mit den Pfarrern und Hauptbezirken die große Gemeinde bis 1945 geleitet. Die Frage nach den Gründen dieser konsistorialen Anordnung wurde nie beantwortet, und wir wußten auch nicht, bei welcher Instanz wir uns über das Konsistorium hätten beschweren können. Als ich im Juli 1945 aus Dachau nach Neukölln zurückkam, war der „Bevollmächtigtenkreis“ spurlos verschwunden, und ich war wie

wir alle damals der Zukunft und nicht der Vergangenheit zugewandt. Erst später habe ich mich wieder an diesen eigentlich doch unerhörten Vorgang erinnert, daß ein ordnungsgemäß gewählter Gemeindegemeinderat einfach aufgelöst wurde, obwohl er noch keinen Beschluß hatte fassen können, und also ehe ihm irgendeine Unrechthandlung hätte angelastet werden können...

Mit herzlich brüderlichem Gruß
Ihr Arthur Rackwitz

*ergänzte Fassung des zuerst erschienen Artikels in: Macht des Evangeliums in Herrschaftszusammenhängen.

Festschrift für Wolfgang Schweitzer zum 60. Geburtstag am 8. Juli 1976,

Hg. F. Hufendiek, Beiheft zu Heft 6/1976 der „Junge Kirche“ — Eine Zeitschrift europäischer Christen, Bremen, S. 22-27

Emil Fuchs – ein Leben für Gerechtigkeit und Frieden als Antwort auf den Ruf Gottes

Von Reinhard Gaede

Emil Fuchs (1874–1971) ist einer der Väter des Religiösen Sozialismus. Seit 1921 begründete er zunächst einen Kreis von Freund(inn)en, war seit 1925 verantwortlich für den Mitteldeutschen Kreis des 1926 gegründeten Bundes der religiösen Sozialisten Deutschlands (BRSD), 1926 Vorsitzender des Landesverbands in Thüringen; von 1927–1931 war er gewähltes Mitglied des Thüringischen Landeskirchentages. 1926–1928, 1930–1933 gehörte er zum Bundesvorstand des BRSD. Seine Motivation begründete er 1927 so: „Ich sah, dass die Neuschaffung der Gesellschaft nur als Neuwerden der Religion und Neuwerden der Frömmigkeit, nur als Neugestaltung der Gesellschaft sich vollziehen könne. Ich wurde religiöser Sozialist, der in der sozialdemokratischen Partei an der Wirklichkeitsaufgabe mitarbeiten musste, weil er sonst den inneren Auftrag verleugnet hätte, den seine Frömmigkeit umschloß. Indem ich nun anfang, in der sozialdemokratischen Partei zu arbeiten, erlebte ich zweierlei: die immer stärker aufsteigende Feindschaft der bürger-

lichen Kreise und die verborgene Glut frommer Ergriffenheit in vielen stillen, dem Sozialismus glühend anhängenden Menschen.“¹ Über seine religiöse Entwicklung schreibt er in seiner Autobiographie: Die „Vorlesung über die Propheten wurde entscheidend für meine ganze geistige – besser gesagt – meine religiöse Entwicklung.“ Es wurde ihm „deutlich“, dass Gottes Wort „etwas anderes ist als Dogma oder der Buchstabe oder der Buchstabe der Bibel ... Es war der Prophet Amos, der mir zur Botschaft des Göttlichen wurde und an dem mir aufging, was Offenbarwerden der Gottheit ist und bedeutet; dass der Mensch, vom Rufe Gottes getroffen, ihm sein Leben und Sein zum Werkzeug geben muss. Das gewaltige erste Kapitel des Amos mit seiner Gerichtsweissagung über alle, die Gottes Wille missachten – auch über Israel – machte einen mächtigen Eindruck auf mich. Dann aber kam jenes Wort: – die Gerechten um Geld und die Armen um ein Paar Schuhe verkaufen – Amos 2, V.6 und – Der Löwe brüllt, wer sollte sich nicht fürchten – der Herr redet, wer sollte nicht außer sich geraten (Amos 3, V.8)? Das unbedingte Müssen, das diesen Mann ergriffen hat

in seiner Verantwortung für die Armen seines Volkes, legte sich auf mich. Es wurde mir deutlich, dass hier eine Größe und eine Wirklichkeit in die Menschheit hineinragt, die auf dem Wege orthodoxen, traditionellen Christentums nie erfasst und verstanden werden kann.

Diese Wirklichkeit, die zu mir redet und meine Verantwortung für mein Volk wachrief, begann den Kampf mit der anerzogenen traditionellen Frömmigkeit.⁴² Im zweiten Band seiner Autobiographie, im 4. Abschnitt, überschrieben „Der einsame Weg und seine Kämpfe“, geht Emil Fuchs, damals Pfarrer in Eisenach, auf sein Engagement in den Klassenkämpfen dieser Zeit ein. So schildert er, wie fünf Arbeiter aus seinem Seelsorgebezirk von einer durchmarschierenden Reichswehrabteilung, die hauptsächlich aus einem Freiwilligenbataillon aus Marburger Studenten bestand, erschossen wurden. Er besuchte die Frauen der Getöteten und hatte die Beerdigung zu halten. Schon dies brachte ihm die Empörung des Bürgertums ein, die ihn „als einen Parteigänger der Kommunisten“ kennzeichnete. Nach einiger Zeit zog die Reichswehr ab; diese Marburger Miliz nahm zwölf Männer mit, die ihr als Kommunisten denunziert waren, schleppten sie bis nach Sättelstädt und erschossen sie zwischen diesem Ort und Mechterstedt. Gegen diese Studenten wurde Anklage erhoben. Als jedoch der Eindruck entstand, dass der Prozess solange verschleppt würde, bis alles in Vergessenheit geriet, schrieb Emil Fuchs einen Artikel darüber, dass die Angelegenheit untersucht werden müsse. Die Wirkung schildert er so: „Die bürgerliche Welt Eisenachs stand restlos in Flammen. Die Altherrenbünde sämtlicher Korporationen setzten Erklärungen in die Zeitung, dass sie mit mir nicht mehr verkehren könnten. Dies führte zum ‚Fall Fuchs‘. Kirchenvorstand und Kirchengem-

eindevertretung traten zusammen, um sich mit dieser Sache und überhaupt mit seinem Wirken zu beschäftigen.“⁴³ Zu seiner Verteidigung zog Emil Fuchs die Erklärung der „Stockholmer Weltkonferenz für Praktisches Christentum“ von 1925 heran, in der unter anderem die Kirchen erklären, dass sie sich verpflichtet fühlen, „gegen die Sünde des Krieges“ zu kämpfen. Im Verlaufe der Aussprache las er den Satz aus der Stockholmer Erklärung vor. Es half ihm nicht, wie er berichtet: „Da rief mir der Vorsitzende Oberpfarrer zu: ‚Das steht ja gar nicht da!‘ Tatsächlich stand in der inzwischen erschienenen deutschen Ausgabe, dass sich die Kirchen verpflichtet fühlten, ‚gegen die Sünden des Krieges‘ zu kämpfen. Man hatte nicht gewagt, den deutschen Christen das Wort ‚the sin of war‘ zu übersetzen. Man fügte nur ein ‚n‘ zu, und alles war der nationalistischen Leidenschaft nicht mehr anstößig. Ein Mann wie ich konnte sich auf Stockholm nicht mehr berufen. Wird hier nicht schon deutlich, wie sehr die deutschen führenden Kirchenmänner an dem schuldig sind, was später in der deutsch-christlichen Bewegung hervortrat?“⁴⁴ Unermüdlich wirkte Emil Fuchs mit Vorträgen in Thüringen, nahm sogar für die Kirchenwahl eine Schuldenlast auf sich. Im Landeskirchentag von Thüringen 1929 stellten die religiösen Sozialisten 7 Abgeordnete. Im Mai 1931 wurde E. Fuchs als Professor für Religionswissenschaft an die Pädagogische Akademie in Kiel berufen und nahm Abschied vom Pfarramt in Eisenach.

Im Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes, dem Organ des BRSD, schrieb E. Fuchs viele Artikel und Predigten, schließlich zusammen mit Erwin Eckert, dem Schriftleiter und Vorsitzenden des BRSD, Wochenberichte. Sein Enkel Klaus Fuchs-Kittowski urteilt: „Alles, was das Leben der so genannten ‚kleinen Leute‘ prägte und deren Be-

wusstsein bestimmte, kann hier in dem vom heißen Atem der Zeit erfüllten Berichten zweier Christen und Sozialisten nachgelesen, ja geradezu nacherlebt werden.⁵ E. Fuchs notiert seit 1932 die „organisierten Überfälle der SA“ trotz eines Verbotes. Er konstatiert eine „Diktatur der Reichswehr“; weil sie sich nicht mehr dem Reichswehrministerium unterstellt, ist es „ein Bruch der Verfassung“ (326). Eine Diktatur der Militärs zusammen mit den Nazis sieht er schon Ende Mai 1932 voraus. (334) Auch die Präsidialregierung Papen sieht er als Wegbereiter von Hitler und einer faschistischen Diktatur. (341) Sorgfältig notiert er den Widerstand der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter und fordert deren gemeinsamen Widerstand.

„Kampf ums Dasein“, „Ernst und Not“ sind die letzten Worte im März 1933. Nach der letzten Nummer vom 12. März 1933 bestand auch das Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1933 nicht mehr. Es wurde verboten, da es "ein Ableger der Sozialdemokratischen Partei und marxistischen Inhalts sei".⁶ Am 20. Juli 1932 wird durch Notverordnung und mit Hilfe des militärischen Ausnahmezustandes die Regierung Braun in Preußen ihres Amtes enthoben und der SPD-Einfluss beseitigt. E. Fuchs, der als Redner immer zur Verfügung gestanden hatte, wartete auf einen Generalstreik, der nicht zustande kam. Die Führer der SPD hofften vergeblich auf eine Entscheidung des Reichsgerichts und blieben untätig. Auch nach der Machtergreifung Hitlers am 30. Jan. 1933 trug E. Fuchs noch die drei Pfeile, das Zeichen der Eisernen Front bis zum Wahltag am 5. März. Seine Kinder, die für die KPD wirkten, gingen in die Illegalität, er wurde entlassen, aus dem Verband der Hochschuldozenten ausgeschlossen. Wegen angeblicher Beleidigung der Reichsregierung wurde er verhaftet und zu einem Monat Ge-

fängnis verurteilt. Es folgte eine Zeit der Überwachung mit Hausdurchsuchungen durch die Gestapo.

Die Attacken der Nazis wirkten auch als Druck auf die Familie. Bereits 1931 hatte E. Fuchs seine Ehefrau durch Suizid verloren. Seine an Depressionen leidende ältere Tochter Elisabeth nahm sich aus 1939 das Leben. Sie hatte ihrem Ehemann Gustav Kittowski zur Flucht aus dem Lager Roßlau an der Elbe verholfen, hatte aber keine Nachricht bekommen, ob seine Flucht nach Prag gelungen war.

Auch Gerhard, der älteste Sohn, musste fliehen. Seine Ehefrau Karin erhielt während ihrer Schwangerschaft zweieinhalb Jahre Untersuchungshaft. Der Sohn Klaus emigrierte nach Paris.

E. Fuchs betrieb ein Autoverleih-Geschäft und konnte damit auch politisch und rassistisch Verfolgten zur Flucht verhelfen, bis dann Gustav Kittowski im März 1937 erneut verhaftet wurde und die Autos beschlagnahmt wurden.

1943 zogen sich Emil Fuchs und sein Enkel Klaus Kittowski in das Montafon-Tal in Vorarlberg zurück. Trotz des Schreibverbotes mit Androhung der KZ-Haft schrieb und verteilte E. Fuchs Kopien von Exegesen und Predigten. Zustimmung und Halt fand er in den Jahren der NS-Diktatur bei der „Gesellschaft der Freunde“, den Quäkern. Sein Vortrag „Die Botschaft des Inneren Lichtes“ auf ihrer Jahresversammlung wurde 1959 unter dem Titel „Der Ruf Jesu Christi in den Evangelischen Zeitstimmen Nr. 5 im Herbert Reich Verlag, Hamburg-Bergstedt“ veröffentlicht. Im Vorwort erklärt er den Unterschied des Christentums zu anderen Religionen: „Jesus ist eben nicht Deutung der ewigen Wahrheit, sondern Wirklichkeit des ewigen Gottes in dieser Welt für diese Welt – für uns und in uns“⁷. Das Erbe der Quäker, ihre Rede vom „Christus in uns“, der Bot-

schaft des „Inneren Lichtes in uns“. wiederholt er für seine Zeit so: „Sie meinten damit jene schöpferische Gewalt, die diesen Jesus von Nazareth durchleuchtete, dass er für seine Jünger ‚der Christus‘ wurde, dessen lebendiges Leben in der Auferstehung ihnen gewiss wurde und sie gestaltend ergriff.“ (26) Die Welt sieht er erfüllt vom Kampf aller gegen alle. Wir Christen aber hören den „Ruf“, eine Welt wahrhaften Glückes und wahrhafter Güte zu schaffen. (33) Das ist die „Kunde von dem Reiche Gottes“, dem „Ziel der Menschheitsgeschichte“, „an dessen Bau wir alle arbeiten sollen.“ Das bedeutet gleichzeitig Absage an den Mammon. „Wo man dem Mammon dient, da erstirbt alle Lebens- und Zukunftskraft, und Menschen und Völker zersetzen sich in wilder Selbsterstörung.“ (37) „Die große Lebensfrage der gesamten Menschheit“ ist, ob die Völker der Gewalt dienen oder ob sie „auf die Macht der Liebe und Wahrheit ihr Dasein gründen, eine Gemeinschaft zu schaffen, die von innen her durch das Rufen des Göttlichen zusammengefügt ist“. (38) Die „Botschaft der Gewaltlosigkeit“, die Ablehnung des Krie-

ges würdigt E. Fuchs als das zentrale Anliegen der Quäker. An ihrem Studientcenter in Pennsylvania lehrte er 1948–1949.

Fortsetzung folgt

- 1 Heinrich Dietrich: *Wie es zum Bund der religiösen Sozialisten kam, Schriften der religiösen Sozialisten 2*, Karlsruhe-Rüppurr 1927, S. 53f.
- 2 Emil Fuchs, *Mein Leben, Erster Teil*, S. 64–65
- 3 Emil Fuchs, *Mein Leben, Band 2*, S. 133
- 4 *ibid.*
- 5 Hg. Friedrich-Martin Balzer & Manfred Weißbecker: *Erwin Eckert/Emil Fuchs. Blick in den Abgrund. Das Ende der Weimarer Republik im Spiegel zeitgenössischer Berichte und Interpretationen*, Bonn 2002, S. 8
- 6 *Christliche Welt* 7/1933, 8. April, Sp. 551, zitiert nach Ulrich Peter
- 7 Emil Fuchs, *Bin ich Idealist? In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl Marx Universität Leipzig, 5. Jahrgang, 1955/56, Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, Heft 2*, S. 220

Anpassung, Bekennende Kirche und politischer Widerstand

Die religiösen Sozialisten im Dritten Reich

Von Ulrich Peter

I. Der Gegenstand:

1. Zum Begriff „religiöse Sozialisten“

Der Begriff „religiöse Sozialisten“ ist eine Verkettung zweier völlig missverständlicher Begriffe. In der Substanz ist gemeint, dass diese Menschen aufgrund ihres christlichen bzw. jüdischen Glaubens Sozialisten sind. Gemeint ist nicht, dass ein besonderer

religiöser oder christlicher Sozialismus als Abgrenzung zum Sozialismusbegriff der marxistisch orientierten Arbeiterbewegung angestrebt werden soll, wie er z.B. in der katholischen Soziallehre und in der frühen CDU vertreten wurde (Stichwort: Ahlener Programm der CDU von 1947). Erstmals entstanden sind Gruppen religiöser Sozialisten in der Schweiz 1905/1906 unter der Bezeichnung „religiös-sozial“. (Ragaz, Kutter, Barth). Die erste Gruppe, die in Deutschland als „religiös-sozialistisch“ firmierte, war

der am 3. 12. 1919 gegründete „Bund religiöser Sozialisten“ in Berlin.

2. Religiöse Sozialisten: Organisation und breite Strömung

a.) Im engeren Sinne, d.h. als strukturierte Organisation mit überregionaler Ausdehnung, umfasst „religiöse Sozialisten“ in Deutschland vor allem den 1926 durch den Zusammenschluss regionaler und lokaler Gruppen entstandene Bund religiöser Sozialisten (BRSD) mit seinen Neben- und Vorfeldorganisationen. Er hatte am Ende der Weimarer Republik 11 Landesverbände mit ca. 25.000 Mitgliedern in allen Teilen Deutschlands. Die Bundesorganisation wurde von einem erst 3-, später 7-köpfigen Bundesvorstand geleitet, dessen Sitz am Ende der Weimarer Republik in Berlin war.

An überregionalen Organen erschienen die Wochenzeitung „Der religiöse Sozialist - „Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes“ (SDAV) mit einer Auflage von max. 17.000 Stück und die theoretische „Zeitschrift für Religion und Sozialismus“ mit einer Auflage von etwa 1000 Stück. Zum BRSD, dessen Mitglieder zu über 90% Protestanten waren, gehörten an Sonderorganisationen eine kleine Arbeitsgemeinschaft der katholischen Sozialisten und eine ebenfalls kleine AG jüdischer Sozialisten, zu der mit den Dortmundern Dr. Appel und Dr. Wilhelm auch zwei Rabbiner zählten.

Die Bruderschaft sozialistischer Theologen bildete den Zusammenschluss religiös-sozialistischer Pfarrer. Zu ihr gehörten 1932 lediglich 202 von insgesamt 16.000 ev. Pfarrern. Da die Mitgliedschaft in der „Bruderschaft“ nicht an den Eintritt in den BRSD gebunden war, war lediglich ein gutes Drittel auch BRSD-Mitglied. Die Bruderschaft umfasste auch Pfarrer aus anderen religiös-so-

zialistischen Gruppen und Initiativen, die weniger stark konturiert waren.

b) Diese „Religiöse Sozialisten“ im weiteren Sinne bildeten im Weimarer Kontext eine breite Strömung, die von Martin Buber über den Tillich-Kreis bis hin zu anarcho-kommunistischen Landkommunen und Projekten wie z.B. Neuwerk und dem Habertshof in Hessen und Projekten der bündischen Jugendbewegung reichte. Für den Widerstands-Kontext nach 1932 sind aus dieser Strömung drei Gruppen wichtig. Der in der akademischen Sphäre anzusiedelnde sog. Tillich-Kreis, die stark pädagogisch interessierte und engagierte bündische Neuwerk-Bewegung und der auf die SPD ausgerichtete Kreis, der die „Neuen Blätter für den Sozialismus“ herausgab. Die Vernetzung zwischen der BRSD-Organisation und der Reso-Strömung war sehr intensiv und eng.

Mit dem BRSD gab es immer eine gemeinsame Schnittmenge, sowohl durch Doppelmitgliedschaften, wie durch gemeinsame Aktivitäten und Projekte. Zwei Beispiele sollen die illustrieren. 1932 war der junge Thüringer Pfarrer Aurel von Jüchen Reichsvorstandsmitglied des BRSD. Er verstand sich als Schüler Paul Tillichs, war mit Adolf Reichwein in der Bildungsarbeit engagiert und fungierte als Seminarreferent in Neuwerk-Kursen. Paul Tillich, Mitherausgeber der NBS war Mitglied der „Bruderschaft“, Referent in BRSD-Gruppen und Gastlehrer in Neuwerk-Gruppen.

II. Stand der Forschung?

Die bisherige kirchengeschichtliche Forschung nimmt religiöse Sozialisten während der NS-Zeit kaum wahr. Religiöse Sozialisten im Widerstand werden vom Mainstream überhaupt nicht registriert. Charakteristisch dafür ist die 1971 erschienene Disser-

tation Renate Breipohls, die stark rezipiert wurde.

„Zur Bildung religiös-sozialistischer Widerstandsgruppen kam es nicht, es fehlte ein Zusammenhalt unter den Mitgliedern, der Wegfall des wichtigsten Kommunikationsmittels überdauert hätte; es fehlte das Bewusstsein, auch nach dem Ende der kirchenpolitischen Arbeit noch eine gemeinsame politische Aufgabe zu haben.“

(Renate Breipohl, *Religiöser Sozialismus ...*, 1971, S. 58/59.)

Renate Breipohl steht stellvertretend für ein Herangehen an historische Fragestellungen mit unzureichendem Handwerkszeug und unzulänglichen Fragestellungen. Sie hat vor allem theologiegeschichtlich gefragt und die Führungsebene des BRSD im Blick gehabt. Wichtigste Quelle waren die Publikationen des BRSD, die nach dem Frühling 1933 nicht mehr erschienen. Wie wird dann Widerstand religiöser Sozialisten festgestellt? Vielleicht noch durch die Betrachtung der Arbeit der Bekennenden Kirche, und das bedeutet vor allem ihrer Pfarrer, das trifft aber den BRSD kaum, zu dem 1933 maximal 50 Pfarrer zählten.

Auch in der Profangeschichte des Widerstands blieben religiöse Sozialisten fast immer unverzeichnet. Welcher Profanhistoriker, der lokale Widerstandsgeschichte bearbeitet und schreibt, kennt sich mit Kirchengeschichte aus und weiß kirchliche Sachverhalte einzuordnen? Und wo arbeiten Kirchenhistoriker und Profanhistoriker zusammen und können so die beiderseitigen Defizite schließen?

Ich habe für meine Projekte einen Ansatz gewählt, den ich als „Filigranarbeit“ bezeichnen möchte. Ich gehe biographisch und regional vor. Alle BRSD-Mitglieder, die ich im Lauf meiner bisherigen Untersuchungen ermitteln konnte, werden mit Name, Beruf, Adressen, Kirchengemeinde,

Funktionen, Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit, und wenn möglich auch persönlichen Angaben wie Alter etc. erfasst. Wenn ich an einem bestimmten Ort/Gemeinde von BRSD-Aktivitäten ausgehe oder sie bereits als vorhanden bestätigen kann, untersuche ich sowohl die Kirchengeschichte wie die Profangeschichte. Lokale Kirchengeschichtsdarstellungen, vor allem Gemeindechroniken und –Festschriften werden ebenso ausgewertet wie Darstellungen der lokalen Arbeiterbewegung wie Festschriften von SPD und Gewerkschaften. Besonders fruchtbar ist die Auswertung der vielen Arbeiten zur Lokalgeschichte im Nationalsozialismus, oft erstellt von VHS-Gruppen und lokalen Geschichtswerkstätten. Im Ergebnis finde ich in diesen Darstellungen viele Personen wieder, die ich als religiöse Sozialisten erfasst habe und deren Weiterarbeit in Widerstandsgruppen ich dadurch belegen kann. Ich habe in verschiedenen Projekten² in Berlin-Brandenburg 44 Gemeinden untersucht und in Westfalen 40. Dadurch und durch die Auswertung der BRSD-Presse habe ich einen Datenbestand von mehr als 2100 BRSD-Mitgliedern.

Diese Arbeit ergab für mich ein völlig anderes Bild des BRSD von 1933 bis 1945 als das von Breipohl skizzierte. Die Beteiligung der religiösen Sozialisten an Widerstandsaktivitäten war für eine derart kleine Gruppe wie den BRSD erstaunlich groß und vollzog sich in einer beachtlichen Breite. Dies will ich in diesem Beitrag explizieren.

III. Was ist Widerstand?

Um kaum einen anderen Begriff hat es in Nachkriegsdeutschland größere Diskussionen gegeben als um den Inhalt von „Widerstand“. „Widerstand“, reduziert auf den militärischen Widerstand der Offiziere

und als Mythos des Bürgertums, diente zur Legitimierung der Adenauer-Ära und zur Delegitimierung des politischen Gegners (Stichwort: Willy Brandt, der sich ins Ausland davonstahl und als norwegischer Major wiederkam). Ich habe in meiner Schulzeit (Abitur 1971) beim Thema Widerstand gegen den NS nur von adligen Offizieren und den Studenten der Weißen Rose erfahren. Nur außerhalb der Schule, von alten Gewerkschaftern und Sozialdemokraten, erfuhr ich, dass es nicht nur den 20. Juli gab, sondern einen breiten Arbeiter-Widerstand.

Wie virulent der Streit um die Definitionsmacht des Widerstandsbegriffes heute noch ist, bewies im Jahr 1994 die Kontroverse um die Darstellung des Nationalkomitees Freies Deutschlands (NKFD) in der Gedenkstätte 20. Juli in Berlin. Während der Sohn Stauffenbergs Franz Ludwig von Stauffenberg (CDU-MdB) das NKFD in die totalitäre SED-Tradition einordnete und forderte, bestimmte Gruppen des deutschen Widerstands und der Emigration wie die Sequenz über das »Nationalkomitee Freies Deutschland« aus der Ausstellung zu entfernen, sah Prof. Steinbach (Wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte) das NKFD als legitimen Teil des deutschen Widerstands.

Ich möchte an dieser Stelle aus inhaltlichen und methodischen Gründen die Widerstandsdefinitionen Peter Steinbachs einführen, da sie mir für meinen Gegenstand unverzichtbar sind.

Steinbach³ operiert mit einer abgestuften Widerstandsdefinition, die sich so darstellt:

„Widerstand beginnt mit Loyalitätsentzug.“ Ich möchte dies mit einem Zitat eines von mir befragten Zeitzeugen illustrieren. „Für uns gab's nur eins: Wenn wir schon nicht in der Lage waren, die Nazi-Politik zu verhindern, war immer klar: Daran beteiligen tun wir uns nicht!“ Dieses Diktum ist mir oft wiederbegegnet: Nicht mitmachen!

Nichts weitererzählen! Nichts freiwillig machen! Niemand schaden! Alles unterlassen „was den Nazis nützt“.

„In letzter Konsequenz mündet Widerstand in aktives Handeln.“ Was mit passiver Resistenz beginnt, sich dann immer weniger passiv gestaltet, führt im Endergebnis zu einem „aktiven“ Widerstand, was wiederum eine große Bandbreite bedeutet. Vom Zustecken einer Brotscheibe für den russischen Zwangsarbeiter am gemeinsamen Arbeitsplatz über das Schreiben von Parolen an Wänden bis zum Anschlag auf den Diktator gab es eine immense Variationsbreite.

Woher nahmen die Akteurinnen und Akteure des Widerstandes ihre Kraft, was bewog sie zum Handeln? Auch hier folge ich wiederum Steinbach. Die Motive für Widerstand bzw. Resistenz können weltanschaulich-religiös begründet sein oder auch im engeren Sinne politisch. Ich will dies an meinem Gegenstand verdeutlichen. Was bewog einen religiös-sozialistischen Bergarbeiter wie den Gelsenkirchener Ludwig Wengorz zur aktiven Widerstandsarbeit? Wengorz war bis zur Auflösung des BRSD Vorsitzender der OG Buer-Scholven und seit 1933 aktiv in einer illegalen Gruppe in Buer, die Verbindungen zum Widerstandskreis um die "Germania-Brotfabrik" hatte und illegales Material der Exil-SPD vertrieb. Nach der Entdeckung der Gruppe wurde er inhaftiert.

Wengorz hatte mehrere Motivationen. Zum einen war er langjähriger Sozialdemokrat und in den Werten der sozialistischen Bewegung sozialisiert. Solidarität und aufrechter Gang waren selbstverständlich. Steinbach nennt dies „im engeren Sinn politisch“.

In der SPD gehörte Wengorz zum aktiven Teil, der selbstständig handeln konnte und dazu keine Anweisung brauchte. Diese Tugenden waren 1933 nach dem Zusammen-

bruch der SPD überlebenswichtig. Die absolute Mehrheit der SPD-Mitglieder wartete auf Anweisungen „von oben“ auch dann noch, als es kein „SPD-oben“ mehr gab, das Anweisungen erteilen konnte.

Aufgrund seiner Zugehörigkeit zum BRSD und seiner Funktionärstätigkeit im Bund sowie daraus, dass er in seiner Kirchengemeinde auch als Presbyter fungierte, lassen sich auch „weltanschaulich-religiöse Motive“ vermuten. Nicht im Sinne eines systematisch-theologischen Entwurfes, sondern bezogen auf Nächstenliebe und Hilfe für die Schwachen, Nichtausgrenzen von Minderheiten, Ablehnung des Rassenhasses und Pazifismus.

Diese Motive macht ein anderes Beispiel aus Berlin deutlich. Der Leiter der AG der jüdischen Sozialisten Alexander Szanto beschrieb seine Erfahrungen als verfolgter Jude und Sozialist im Jahr 1933 in Berlin.

„Wohl aber haben ... christliche sozialdemokratische Arbeiter mich, beziehungsweise meine Angehörigen geschützt, indem sie sich in den Tagen meiner Verhaftung meiner alten Eltern annahmen und mir später unter Gefahr für ihre eigene Sicherheit bei dem erzwungenen überstürzten Umzug in eine andere Wohnung halfen“.⁴

Diese „christlichen Sozialdemokraten“, die Nächstenliebe und Solidarität praktizierten, waren Szantos Genossen aus der BRSD-Bezirksgruppe Berlin-Kreuzberg.

IV. Anpassung

Widerständler sind in der Regel nicht Teil einer Massenbewegung, zumindest nicht Angehörige der agierenden Mehrheit. Die Betrachtung des Widerstands gegen Diktaturen, wo auch immer, ergibt den identischen Befund: Die große Mehrheit macht ihren Frieden mit den Mächtigen, da man ja „so wieso nichts machen kann“; „sich das Risi-

ko nicht lohnt“; „ansonsten die Pension gefährdet ist“; „ich an meine Familie denken muss“. 1001 Gründe können addiert werden. Man muss sich eben anpassen! Diese Anpassung erreichte 1933 ungeahnte Dimensionen.

Die Erosion der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, ihr reales Zusammenbrechen, ihre kampflose Kapitulation vor den Nazis und ihr moralischer Bankrott hatte Dimensionen, die wir uns heute kaum mehr vorstellen können. Ich kann mich an keinen Zeitzeugen erinnern, der nicht mit Schauern von dieser Phase erzählte, von langjährigen Genossen, die plötzlich im Braunhemd auftraten und der Angst, wem noch zu trauen war. In diesem Strudel war der BRSD mittendrin. Im Zeitraum von März bis Juni 1933 fiel der BRSD auseinander. Die meisten Landesverbände implodierten regelrecht, und im Frühsommer 1933 gab es kaum noch Reste. Die BRSD-Mitglieder reagierten in dieser Situation unterschiedlich. Die Mehrheit wurde indifferent und ging in die „innere Emigration“, die geradezu charakteristische Reaktion, wie wir sie aus vielen Beschreibungen sozialdemokratischer Zeitzeugen kennen.⁵

Eine Reihe von BRSD-Mitgliedern, die Beamte und sonstige Angehörige des öffentlichen Dienstes waren, konvertierten zur Staatspartei NSDAP, um ihre Stelle behalten zu können. Womit nicht gesagt sein soll, dass es die Mehrheit war. Aber es war schon auffällig, wie massiv es in dieser Gruppe vor- kam.

Andere Beschäftigte (nicht nur) im Staatsdienst sahen sich in der Notwendigkeit, Kompromisse zu schließen. Wenn schon erwartet wurde, dass man sich einer NS-Organisation anschloss, wählte man dann die am wenigsten problematische NS-Organisation. So wurde man Mitglied der NS-Volkswohlfahrt, dem Reichsluftschutzbund

oder dem Reichskolonialbund, aber nicht der Partei oder gar der SA oder SS.

Selbst bei bisherigen Funktionären wirkten die Herrschaft der Nazis und die totale, kampflose Niederlage der Arbeiterbewegung demoralisierend. Auch im BRSD versuchten einige Funktionäre, ihren Frieden mit dem neuen System zu machen. Der wohl gravierendste Fall spielte sich in Berlin ab. Akteur war der langjährige Neuköllner BRSD-Funktionär Hermann Groß, der zusammen mit Piechowski das Buch „Proletarischer Glaube“⁶ erstellt hatte. Groß denunzierte seinen langjährigen Kampfgefährten Piechowski bei der Gestapo, der daraufhin zweimal verhaftet wurde. Außerdem wurde ihm der Reisepass entzogen.⁷

Aber auch dies war nicht BRSD-spezifisches und für diese Zeit nichts Ungewöhnliches, dies kam leider in SPD und KPD in großer Zahl vor.

IV. Religiöse Sozialisten und Nationalsozialismus

Ich habe bei meinen Untersuchungen nur einzelne Arbeiter-Mitglieder des BRSD gefunden, die zur NSDAP übergegangen sind, und dies ausschließlich nach dem organisatorischen Ende des BRSD. Prozentual gesehen eine verschwindende Größe. Dagegen hat sich die Bruderschaft sozialistischer Theologen 1932/33 praktisch halbiert. Am 15. März 1932 hatte sie 202 Mitglieder⁸ und am 15. Februar 1933 trotz einiger Neuaufnahmen von jungen Theologen nur noch 134 Mitglieder.⁹ Einige Austrittserklärungen waren mit „Heil Hitler“ gezeichnet, und auch „von den anderen, die nicht fest bei uns in Bundesgruppen organisiert waren, sind viele Nazis geworden.“¹⁰

Der BRSD war weitgehend immun geblieben gegenüber der NS-Ideologie. Immerhin hatte er sich seit Ende der 20er Jahre in-

tensiv mit der NS-Ideologie auseinander gesetzt, diese sachgerecht analysiert und lange vor Barmen die NSDAP und ihre kirchlichen Frontorganisationen massiv bekämpft. Wenn auch der BRSD und der deutsche religiöse Sozialismus (als weite Strömung verstanden) zum größten Teil auf antifaschistischen Positionen blieben, gab es doch seit 1931/32 vermehrt Fälle, dass BRSD-Mitglieder und auch Funktionäre zur NSDAP und danach auch zu den Deutschen Christen übergingen. 1932/33 gab es unter den Pfarrern des Bundes starke Abwanderungen zur NSDAP. Zum einen war klar, dass der Sieg des Sozialismus in weite Ferne gerückt war, zum anderen war das Volksgemeinschafts-Angebot der Nazis auch für viele eher linke Pfarrer attraktiv.

Zu den Nazis traten nicht nur Leute aus dem dritten Glied über. Dies betraf sogar ehemalige BRSD-Landesvorsitzende wie Friczewski in Ostpreußen, der es zum Königsberger DC-Leiter brachte, Karl Glauert, bis 1931 Vorsitzender des Landesverbandes (LV) Westfalen, der 1933 Mitglied der NSDAP und der DC wurde, Heinrich Schwartz, bis 1932 LV-Vorsitzender in Lippe, brachte es 1935 zum Thüringer DC in Mecklenburg und Redenschreiber des deutsch-christlichen Landesbischofs Schultz. Ohne formell DC oder NSDAP-Mitglied zu werden, machten weitere ehemalige BRSD-Funktionäre weite Schritte in diese Richtung. Einige möchte ich hier nennen:

– Karl Kleinschmidt (bis zur Auflösung 1933 LV-Vorsitzender in Thüringen), Aurel von Jüchen (von 1931 bis 1933 Reichsvorstandsmitglied) wurden Mitglied im „Bund der NS-Pfarrer“ in Mecklenburg, verließen diesen allerdings 1938 und gingen zur BK über. Bruno Theek, ehemals Berliner Pfarrer und bis 1933 exponierter Gewerkschaftsfunktionär, wurde 1935

Pfarrer in Mecklenburg und Deutscher Christ.

Das in der kirchengeschichtlichen Darstellung prominenteste Beispiel für den Versuch, sich inhaltlich zu arrangieren ist Georg Wunsch, lange Jahre Mitglied im BRSD-Reichsvorstand, Herausgeber der „Zeitschrift für Religion und Sozialismus“ und Professor in Marburg. Bis heute wird von manchen „alten“ religiösen Sozialisten diese Phase in der Wunsch-Biographie bestritten bzw. verharmlost. Georg Wunsch war Anfang Juni 1933 aus dem noch existierenden Reichsvorstand des BRSD ausgetreten.¹¹ Seine Demoralisierung brachte ihn zur Annäherung an die NSDAP.

„Es ist meine feste Überzeugung, dass wir uns nicht in der Sache, wohl aber in der Wahl der Organisationen getäuscht haben“.¹²

Er setzte offensichtlich auf die NSDAP-Linke, eine Option, die bei einem derart geschulten Sozialisten verblüfft. Von dieser neuen Überzeugung ihres Redakteurs legte die ZRS Zeugnis ab. Ich empfehle, sich aus der Bibliothek den letzten Jahrgang der ZRS zu besorgen, denn dann wird plastisch, wie ein inhaltlicher Übergang vom Sozialismus zum nationalen, völkischen Sozialismus aussieht. Die ZRS wies derartige Affinitäten zum neuen Staat und seiner Ideologie auf, dass Leonhard Ragaz nach ihrem Verbot schrieb, "dass es besser ist, die Zeitschrift sei gestorben, als dass sie im Geist und Stil der letzten Hefte weitergelebt hätte".¹³

Dass die kein Ausrutscher war, belegen spätere Publikationen Wunschs, vor allem die „Evangelische Ethik des Politischen“ aus dem Jahr 1936. Wunsch ist kein NSDAP-Mitglied geworden und nach eigenen Aussagen auch kein Mitglied der DC. Die Nazis nahmen Wunsch seine Wandlung nicht ab und hielten ihn nicht für vertrauenswürdig. Er selbst hat sich nach 1945 nicht substantiell zu seinem Verhalten nach 1933 geäußert.¹⁴

V. Der politische Widerstand der religiösen Sozialisten

1. Die Ausgangssituation 1933

Noch einmal möchte an Renate Breipohl erinnern.

„Zur Bildung religiös-sozialistischer Widerstandsgruppen kam es nicht, es fehlte ein Zusammenhalt unter den Mitgliedern, der den Wegfall des wichtigsten Kommunikationsmittels überdauert hätte; es fehlte das Bewusstsein, auch nach dem Ende der kirchenpolitischen Arbeit noch eine gemeinsame politische Aufgabe zu haben“.¹⁵

Das „wichtigste Kommunikationsmittel“, der „Religiöse Sozialist-Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes“, erschien zum letzten Mal am 12. März 1933. Nur wenige Exemplare erreichten noch den Adressaten. Das SDAV wurde verboten, da es „ein Ableger der Sozialdemokratischen Partei und marxistischen Inhalts sei“.¹⁶ Der faschistische Staat zerschlug die gesamte Infrastruktur des BRSD. Das Organ der österreichischen religiösen Sozialisten berichtete im April hierüber.

„Die Terrorwelle der ‚nationalen Erhebung‘ hat auch den Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands getroffen. Die Wochenzeitschrift ‚Der religiöse Sozialist‘ kann seit Wochen nimmer erscheinen, ebenso ist die ‚Zeitschrift für Religion und Sozialismus‘ am Erscheinen verhindert. Die Druckereien, in welchen die genannten Blätter hergestellt wurden, sind zerstört, das Adressenmaterial vernichtet. Der Schriftleiter der Wochenschrift, Genosse Pfarrer Schenkel, befindet sich zurzeit, da diese Zeilen geschrieben werden, in Schutzhaft“.¹⁷

Am 23. April 1933 fand die letzte nachweisbare Reichsvorstandssitzung des BRSD, an der auch Vertreter der Landesverbände

Preußen und Thüringen teilnahmen, statt. Wichtigstes Ergebnis war eine "Stellungnahme zur Lage", die an die Funktionäre des BRSD und einige Zeitschriften¹⁸ geschickt werden sollte.

„Haltet mit uns fest an den Grundsätzen des Bundes der religiösen Sozialisten. Bleibt Euch bewusst, dass uns das Evangelium Jesu Christi verpflichtet: zu unablässigem Wahrheitsstreben, zu unbeugsamer Gerechtigkeitsliebe, zum geistigen Kampf gegen Gewalttätigkeit und zum brüderlichen Zusammenstehen mit allen Mühseligen, Beladenen und Unterdrückten.

Ihnen persönlich zu helfen und nach wie vor für die Beseitigung der unchristlichen Grundlagen der gegenwärtigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung einzutreten, ist für uns alle Gewissenspflicht. Wer um dieser Ziele willen Opfer bringen, wer für sie zu leiden vermag, danke Gott für die ihm geschenkte Kraft. Wer dazu nicht imstande ist, sei sich darüber klar, dass er vor Gott und Menschen eine Schuld auf sich lädt, die er einst abzutragen haben wird. Er soll dieser Schuld nicht erliegen als ein Verzweifelter. Die Stunde kommt, da ihm Vergebung zuteil wird. Wir glauben an einen Christus, welcher ‚der Welt Sünde trägt‘. Wir richten niemand, weil wir selbst unter dem Gericht stehen“.¹⁹

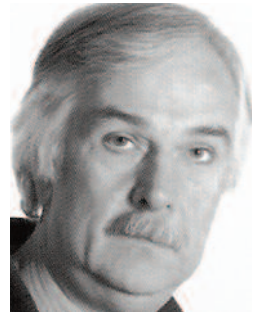
Fortsetzung folgt

Anmerkungen

- 1 Diesem Aufsatz lag ein Vortrag zugrunde, der am 20.1.2002 im Rahmen des Bochumer Forums frei anhand weniger Folien gehalten wurde. Über Kritik, Anregungen und Kooperationen zu diesem Aufsatz und zum Thema würde ich mich freuen. Meine E-mail: UPeter2964@aol.com oder Fax 030/863 931 06.
- 2 Ich habe die Ergebnisse vor allem in den folgenden Publikationen dargestellt: *Entstehung und Geschichte des Bundes der religiösen Sozialisten in Berlin 1919-1933*. (Diss.) Frankfurt/M. 1995; *"Trachtet am Ersten nach dem Reich Gottes und nach seiner Gerechtigkeit. Hans Francke und die Gruppe der religiösen Sozialisten in Hl. Kreuz,"* in: Georg Uehlein (Hg.). *Die Pickelhaube über der Stadt. Studien zum Verhältnis einer Berliner Kirchengemeinde zur großstädtischen Gesellschaft und Politik zwischen 1850 und 1945 am Beispiel der Heilig-Kreuz-Gemeinde*. Berlin 1993; *„Ich wollte die Arbeiter für Christus gewinnen.“ Pfarrer Glauert und die religiösen Sozialisten in der Evangelischen Kirchengemeinde Gladbeck*. In: *Stadtarchiv Gladbeck (hg.) Beiträge zur Gladbecker Geschichte*, Heft 6/7. Gladbeck 1997; *„Im Kleinen spiegelt sich das Große.“ Die Kirchengemeinde Löhne zwischen zwei Weltkriegen*. In: *Kirchengemeinde Löhne-Ort (hg.) 300 Jahre Ev.-luth. Kirchengemeinde Löhne*. Löhne 1997; *Christuskreuz und Rote Fahne: Die religiösen Sozialisten in Westfalen 1919 - 1933*, in: W. Belitz/G. Brakelmann/N. Friedrich (Hg.) *Aufbruch in soziale Verantwortung*. Waltrop 1998; *Die Aktivierung evangelischer Laien in der religiös-sozialistischen Bewegung*. In: Traugott Jähni-chen/ Norbert Friedrich (Hg.) *Protestantismus und soziale Frage*. Münster 2000; *Christuskreuz und Rote Fahne: Die religiösen Sozialisten in Westfalen 1919 - 1933*, Bielefeld 2002.
- 3 Steinbach hat eine Vielzahl von Publikationen zum Gegenstand vorgelegt. Nennen möchte ich hier Widerstandsdiskussion und Widerstandsforschung im Spannungsfeld politischer Entwicklungen“ in: *Kirchliche Zeitgeschichte* Heft 1/1988; *„Widerstand im Dritten Reich – die Keimzelle der Nachkriegsdemokratie?“* in: Gerd R. Ueberschär

- (HG.) *Der 20. Juli*. Berlin 1998; „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ in: Steinbach/Tuchel (Hg.) *Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Berlin 1994 sowie „Zwischen Mitmachen und Widerstehen“ in: *Information für die Truppe*, Nr.7/1994.
- 4 A. Szanto, *Im Dienste der Gemeinde 1923 - 1939*, Manchester Frühjahr 1968, unveröffentlichtes Manuskript im Archiv des Leo-Baeck-Institute New York, S. 104.
 - 5 Hierzu gehört auch das Phänomen, dass nach Kriegsende an vielen Orten Genossen in die neu eingerichteten Parteibüros kamen und den Beitrag für die Jahre 1933 bis 1945 nachzahlen wollten.
 - 6 Piechowski, Paul. *Proletarischer Glaube*. Berlin 1928
 - 7 Mitteilung der Piechowski-Tochter Frau Dr. Günther v. 18.5. 1992.
 - 8 Rundbrief Piechowski, "An die Kreisleiter der Bruderschaft", in: *Sammlung Pfarrer Kappes im Archiv des EOK in Karlsruhe (SPK-VKB)*, Mappe 21.
 - 9 Rundbrief Nr. XI, in: *Privatarchiv Erwin Eckert/ F.-M.Balzer (FMB)*. Als Gründe für diesen massiven Mitgliederverlust (74 Austritten bzw. Streichungen standen 6 Eintritte gegenüber) werden im Rundbrief genannt. "Die Einführung des Pflichtbeitrages in Höhe von 1 RM monatlich ... und die nationalsozialistische Welle auf der andern <Seite, U.P.> haben zum Austritt mancher Freunde geführt." Da in diesem Rundbrief explizit auf die Beilage der neuen Mitgliederliste verzichtet wurde, (aufgrund der politischen Lage erhielten nur die jew. Kreisleiter eine Kopie), sind die Namen der ausgetretenen Mitglieder, von Ausnahmen abgesehen, nicht zu bestimmen
 - 10 So das damalige BRSD-Vorstandsmitglied Aurel von Jüchen in einem Interview mit dem Verf.
 - 11 Brief Wunsch an Thieme v. 3.6. 1933, in: IFZ-163/101, Kopie SP.
 - 12 Brief Wunsch an Thieme v. 10.6. 1933, in: IFZ 163/101, Kopie SP.
 - 13 *Neue Wege*, Heft 7/8 v. Juli-August 1933, S. 336.
 - 14 Zumindest kenne ich derartiges nicht. Aurel von Jüchen teilte mir mit, dass er Wunsch für einen Wendehals hielt, der seine Professur retten wollte.
 - 15 R. Breipohl, 1971, S. 58/59.
 - 16 *Christliche Welt (CW)*, Nr. 7/1933 v. 8. April, Sp. 551.
 - 17 *Menschheitskämpfer*, (Organ des BRS-Österreichs) Nr.4 vom April 1933, S.16.
 - 18 Im Verteiler wurden der Ev. Pressedienst, die Soziale Korrespondenz des Ev.-Sozialen Kongresses und die CW genannt.
 - 19 Text mit Begleitschreiben v. 23.4. 1933, in: Nachlass Karl Thieme im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München (IFZ-163) Akte 101.

Dr. Ulrich Peter wurde 1952 in Bergkamen/Kreis Unna geboren. Studium der Psychologie, Sozial-, Rechts- und Erziehungswissenschaften und der Evangelischen Theologie. Er wirkt als Berufsschulpädagoge in Berlin, verfasste zahlreiche Schriften zur Kirchengeschichte der Neuzeit, zur Geschichte des religiösen Sozialismus und der sozialen Bewegungen. Er war verantwortlicher Redakteur von CuS und Vorstandsmitglied des BRSD.



Ulrich Peter

Die Protestantin Elisabeth Schmitz und ihre Denkschrift „Zur Lage der deutschen Nichtarier“ – Teil III

Widerständig glauben und leben

Von Gabriele Lüdecke-Eisenberg und Gerhard Lüdecke

Dass die Christen selber Opfer ihres eigenen Antisemitismus würden, erkennt Elisabeth Schmitz sehr früh. Dass sich diese Einsicht zu ihren Lebzeiten nicht durchsetzte, ist in den vielfältigen Formen kollektiver Verdrängung und Schuldabwehr begründet. Die Einsicht, dass auch Auschwitz ein essentieller Teil der Wirkungsgeschichte christlicher Theologie ist, war zu ihren Lebzeiten nicht verbreitet.

In dem letzten Brief an Helmut Gollwitzer vom 27. November 1938 wird ihre theologische Grundhaltung ein weiteres Mal deutlich, wenn sie schreibt:

„Umso mehr müßten wir einen Weg finden, der jüdischen Gemeinde zu bezeugen, daß wir mit ihnen zusammenstehen als die zwei Knechte des einen Herrn.“

Mit diesem dogmatisch-theologischen Argument betont sie die enge Verbundenheit von Kirche und jüdischer Gemeinde und greift Gedanken auf, die Karl Barth noch vor der sogenannten Reichskristallnacht im Oktober 1938 so formuliert hatte:

„Die Juden und die Christen stehen einander gegenüber als die zweierlei Knechte des einen wahren Gottes, im Tiefsten geschieden und verbunden durch den einen Herrn, der sich erbarmt, welches er will, und verstockt, welchen er will. Die einen dem anderen zum Zeugnis, daß Heil und Verdammnis ganz von seiner freien Gnade abhängen.“

Elisabeth Schmitz' theologische Position unterscheidet sich auch hier grundlegend

von der damals – auch in der Bekennenden Kirche – vorherrschenden Auffassung, wenn sie fordert, die Kirche dürfe sich nicht auf verfolgte Glieder der Kirche beschränken, sondern müsse auch Juden einbeziehen. Dieser Grundposition entspricht es, wenn sie von der Kirche fordert, ihre Kirchengebäude nach der Zerstörung der Synagogen den Juden für Gottesdienste zur Verfügung zu stellen. Mit ihrer Einschätzung, dass der Fortbestand des Christentums gefährdet sei in einer Gesellschaft, in der Juden verfolgt und vernichtet werden, nimmt sie theologische Erkenntnisse vorweg, die erst Jahrzehnte später, nach der Schoa, im Zuge der Erneuerung des christlich-jüdischen Verhältnisses im „Christlich-Jüdischen Dialog“ entfaltet worden sind: „Christliche Identität lässt sich nicht abgesehen von Israel – nicht nur vom biblischen Israel, sondern auch vom zeitgenössischen – beschreiben. Die christliche Existenz bedarf der jüdischen Existenz.“

Sie fordert umfassende Hilfsmaßnahmen für die verfolgten Juden und konkretisiert in diesem Kontext mit dieser Aussage einen Grundgedanken, den Karl Barth einmal so formulierte: „Die Kirche ist den Juden, denen sie alles verdankt, bis auf den heutigen Tag alles schuldig geblieben.“

Ihre Denkschrift und die drei November-Briefe an Gollwitzer erweisen sich als das Klarste, Mutigste und Klügste, was zu dieser Zeit überhaupt gesehen und geschrieben werden konnte. Ihre seit Jahren geübte Aufmerksamkeit, ihr systematisches Wissenwollen, ihre ausgeprägte Fähigkeit, die Zeichen der Zeit zu deuten, ermöglichen ei-

nen ungewöhnlichen Scharfblick und vorausschauende Deutungen von geradezu prophetischer Qualität.

Elisabeth Schmitz stellt sich auch weiterhin der Bekennenden Kirche für ehrenamtliche Aufgaben zur Verfügung. Es zeugt von beispielhaftem Mut, dass sie von einem Berliner Pfarrer den Auftrag übernimmt, Juden, die sich taufen lassen wollen, in den ihnen zugewiesenen Häusern Religionsunterricht zu erteilen, obwohl sieben evangelische Landeskirchen am 17. Dezember 1941 das Sakrament der Taufe aufgehoben und festgestellt hatten: „Durch die christliche Taufe wird an der rassischen Eigenart eines Juden, seiner Volkszugehörigkeit und seinem biologischen Sein nichts geändert. Eine deutsche evangelische Kirche hat das religiöse Leben deutscher Volksgenossen zu fördern. Rassejüdische Christen haben in ihr keinen Raum.“

Elisabeth Schmitz nimmt es fassungslos wahr, dass die Preisgabe der gleichen Würde jeder menschlichen Person durch den Staat von der Kirche mit der Aufkündigung des geistlichen Bandes beantwortet wird, das durch die Taufe geknüpft wird. Die gemeinsame Teilhabe am Kreuzestod Jesu Christi, am Grab, an der Auferweckung Jesu Christi ist bedeutungslos gegenüber dem vermeintlichen Band von Rasse und Blut. An dieser Stelle zeigen sich eine abgrundtiefe Gleichgültigkeit gegenüber der Taufe und damit zugleich der von Elisabeth Schmitz wahrgenommene Glaubensverrat und die Häresie unserer Kirche im Dritten Reich.

Die evangelischen Kirchen von Lübeck und Nassau-Hessen schlossen – aus ihrer Sicht sehr konsequent – die getauften Juden aus der Kirche aus, die nach der Verordnung vom 1. September 1941 den Judenstern tragen mussten. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hatte die Evangelische Kirche in

Deutschland aufgehört, eine christliche Kirche zu sein. Karl Barth hatte diese Befürchtung schon fünf Jahre zuvor anlässlich der Einführung des Arierparagraphen geäußert.

Sie nimmt in ihrer Berliner Wohnung und in ihrem Wochenendhaus in Wandlitz verfolgte Juden auf, versteckt sie, versorgt sie mit Lebensmitteln und bewahrt sie vor der Verhaftung durch die Geheime Staatspolizei. Eine jüdische Frau, die nach der Ermordung ihres Mannes in Heidelberg im Gefängnis ist, besucht sie trotz der schweren Luftangriffe und trotz der Bespitzelung durch die Gestapo. Sie setzt alle Hebel in Bewegung, und es gelingt ihr, diese Frau vor der Deportation in ein Vernichtungslager zu bewahren.

Im August 1943 kehrt sie in ihr Elternhaus nach Hanau zurück. Nach dem Zweiten Weltkrieg unterrichtet sie ab 1946 in Hanau an der Karl-Rehbein-Schule.

Eine Schmitz-Schülerin erinnert sich:

„In den Jahren 1954 bis 1958 war Frau Dr. Schmitz meine Klassenlehrerin. Wir hatten bei ihr Unterricht in Deutsch und zeitweise in Geschichte und Religion. An ihren Unterricht direkt kann ich mich nicht mehr erinnern. An ihre Persönlichkeit – nach gut fünfzig Jahren – kann ich mich sehr wohl erinnern. Sie war eine große stattliche, streng wirkende Lehrerin in faltigem langen Wollrock und hochgeschlossener Bluse. In Erinnerung habe ich sie als gerechte Lehrerin, als eine bescheidene, aber auch selbstbewusste Persönlichkeit, der wir gewissen Respekt entgegenbrachten und deren Klugheit wir spürten. Aber eine Lehrerin, für die wir „schwärmten“, war sie nicht. Von meinen Eltern – die sie kannten – wusste ich, dass sie sich nach der sogenannten Reichskristallnacht in Berlin hatte vorzeitig pensionieren lassen. Darüber sprach sie bei uns Schülerinnen nicht. Leider! Und schon gar

nicht über ihre Denkschrift. Wir hätten sie dann ganz anders wahrnehmen können, was für sie und uns, aber auch für den Unterricht m. E. nur positiv hätte sein können. Sehr bedauere ich deshalb ihr Schweigen über diese schreckliche Zeit, wofür sie sicherlich ihre Gründe hatte.

Ich erlebte sie in ihren letzten Berufsjahren, und ich erinnere mich – wir waren in der Mittelstufe –, dass sie öfters längere Zeit fehlte – wohl zur Kur war. Wir hatten Vertretungen, was sich auch in den Klassenlehrerunterschriften meiner Zeugnisse zeigt. Diese längeren Fehlzeiten – und sie war immerhin über sechzig Jahre alt – und ihr nicht unbedingt begeisternder Unterricht lassen mich im Nachhinein vermuten, dass sie einfach nicht mehr die für den Unterricht notwendige Kraft und Begeisterung hatte. Vielleicht war sie inzwischen müde und Schule ihr zur Last geworden. Vielleicht „lagen“ ihr auch Schülerinnen der Oberstufe eher.

Wie wir wissen, hat sie niemandem gegenüber ihre Denkschrift erwähnt, doch es ist nicht so, dass sie über die NS-Zeit und die Verbrechen an den Juden nicht gesprochen hätte. Zwar nicht bei uns im Unterricht, aber in ihren Ansprachen bei der Gedenkfeier für die Opfer des Faschismus und die Kriegsoffer vom 7. 9. 1950 und anlässlich der Verabschiedung ihrer Oberprima 1952 wird sehr deutlich, dass sie sich mit dieser Zeit nach wie vor sehr auseinandersetzte – auch im Hinblick auf die Zukunft.

So machte sie in ihrer Rede an die Oberprima deutlich: „Wenn wir weiter von der Geschichte der letzten Jahrzehnte sprachen, wurde uns klar, wie nötig es ist, ihren Ablauf zu kennen, auch wenn es wahrhaftig kein Vergnügen ist, in diese dunkelste Epoche der deutschen Geschichte sich zu vertiefen. Ihr bösestes Merkmal war, dass der Mensch sich zum souveränen Herrn

über seine Mitmenschen machte und sich berechtigt glaubte, Leben zu vernichten, wie ihm gutdünkte, und die Menschenwürde zertrat.“

Und in ihrer Rede vom 7. 9. 1950 sagt sie: „Und Opfer des Faschismus sind die, die der Nationalsozialismus verfolgte um ihrer politischen oder religiösen Überzeugung willen, oder weil sie einer bestimmten Abstammung waren. Dabei waren die letzten, also die Juden, eine Gruppe für sich. Denn die anderen wurden verfolgt um ihrer Überzeugung willen, d. h. sie wussten, wofür sie litten. Die Juden, weil sie aus einer bestimmten Familie stammten, weil ihre Eltern eben Juden waren. D. h. aber, sie konnten sich nicht retten, und es war ganz gleichgültig, was sie dachten oder glaubten. Es war einfach ein todeswürdiges Verbrechen, diese Eltern zu haben so etwa, als wenn Menschen um deswillen von einem Staat ermordet wurden, weil ihre Eltern und also auch sie eine andere Staatsangehörigkeit besitzen. Das kann man nicht ändern, man liegt rettungslos unter der Verfolgung, und wenn dieser Staat beschlossen hat, einen auszurotten, zu zertreten, wie man Ungeziefer zertritt oder Schmarotzer vertilgt – Ausdrücke, die ständig auf Juden angewandt wurden – so ist man dem gegenüber so hilflos wie 1 Stück Holz, d. h. man ist dann kein Mensch, sondern eine Nummer. Das ist anders bei denen, die um ihrer politischen oder religiösen Überzeugung verfolgt wurden. Sie standen vor der Entscheidung, ob sie ihrer Überzeugung treu bleiben wollten und damit die Verfolgung auf sich nehmen, oder ob sie das nicht wollten. Vielleicht kann man seine Überzeugung einmal für einige Zeit auf Eis legen, vielleicht kann man sich tarnen – vielleicht kann man das auch nicht, aber eben das unterliegt meiner Entscheidung. Wo ich aber entscheiden kann, bin ich immer noch

Mensch, auch wenn ich dann unmenschlich behandelt werde.“

Und es heißt dort weiter: „Wir haben in den letzten Tagen unermessliche Zahlen gelesen von Opfern des Krieges und der KZ. Wir wissen, dass letztlich ja auch die Juden die ersten Opfer des nationalsozialistischen Staates und des Regimes gewesen sind. Wir wissen von den 6 Millionen, die von Deutschen ermordet wurden, das ist der 3. Teil aller in der ganzen Welt lebenden Juden gewesen. Wir haben in den vergangenen Jahren bei unseren Feiern manches darüber gehört, und wir dürfen leider diese Dinge auch nicht vergessen, so gern wir auch das tun würden.

Nun fragt Ihr vielleicht: warum ? Warum dürfen wir alles das nicht endlich vergessen?“

Sie nennt als einen Grund das Ausland und fährt dann fort : „Wir dürfen das alles nicht vergessen um unser selbst willen. D. h. aber – und hier gehört das Wort hin, das so viele nicht hören wollen – wir müssen um unsere Schuld wissen.

Ihr könnt ja sagen: „Wir sind ja viel zu jung, uns geht das alles gar nicht an!“ Ja, sicher, Ihr seid viel zu jung.

Aber noch einmal: warum dürfen wir um unser selbst willen nicht vergessen? Weil wir uns selbst um unsere Menschenwürde betrügen. Darin besteht nämlich diese Würde, dass der Mensch unterscheidet und sich entscheidet. Und also auch sich oft falsch entscheidet und dafür verantwortlich ist. Verantwortlich vor den anderen, vor der Geschichte, vor allem aber vor sich selbst und letztlich vor Gott. Deshalb bleibt auch die Menschenwürde gewahrt, wie ich vorherhin sagte, wenn einer verfolgt wird um seiner Entscheidung willen, und es ist dort diese Menschenwürde geraubt, er wird nicht mehr als Mensch angesehen, wenn er um

seiner Natur willen Rasse nannte es das 3. Reich – verfolgt wird.“

Elisabeth Schmitz war eine konsequente Frau. Sie nahm die Ungerechtigkeiten sehr genau wahr, sie forderte ihre Kirche auf zu helfen. Aber auch wenn sie nicht gehört wurde, wusste sie, dass ihre Forderung – gerade aus ihrem Glauben und ihrem Verständnis von Kirche heraus – richtig war. Sie selber hatte sich entschieden und half unerschrocken und mutig. Und sie tat es mit großem Einsatz.

Ich bin der Meinung, dass es sehr notwendig ist – auch im Unterricht – sich mit ihrer Denkschrift zu beschäftigen.

Darüber hinaus ist es m. E. auch notwendig, sich darüber Gedanken zu machen, was Elisabeth Schmitz wohl heute – auch wenn wir in anderen Zeiten leben – gesellschaftlich anprangern und auch von der Kirche und von uns allen fordern würde.“

Elisabeth Schmitz unterrichtet bis zu ihrem Ruhestand im September 1958 an der Karl-Rehbein-Schule und engagiert sich im Hanauer Geschichtsverein. Ihr Hanauer Nachkriegsleben erscheint als ein stilles, zurückgenommenes Leben in der Perspektive des „Danach“. Ihr Brief an Axel von Harnack, den Sohn ihres verehrten Lehrers, zu dessen 70. Geburtstag im Jahre 1965 vermittelt einen authentischen Eindruck ihres nostalgisch gefärbten Zurückschauens auf fast drei Jahrzehnte in Berlin, auf eine große Zeit, die verbunden war mit dem Glanz und der Ausstrahlung der Berliner Universität und der Wissenschaften, dem anregenden Lebensstil der großbürgerlichen Welt und den schweren Jahren des Dritten Reiches. Sie schließt ihren Brief mit dem großen, so hoffnungsvoll-trostreichen Prophetenwort, von dem sie wusste, dass der Vater des Jubilars es besonders liebte: „Und auch um den Abend wird es licht sein.“

Elisabeth Schmitz stirbt am 10. September 1977 in Offenbach am Main.

Die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck und die Stadt Hanau haben für sie ein Ehrengrab auf dem Hanauer Hauptfriedhof errichten lassen.



Grabstein

Ihre Geburtsstadt hat eine Förderschule und eine Straße nach ihr benannt. Die Bibliothek ihrer früheren Schule trägt ihren Namen.

Im Oktober 2011 hat der Staat Israel sie als „Gerechte unter den Völkern“ geehrt.

Worin besteht Elisabeth Schmitz' Größe? Was macht diese in einem zweifachen Sinn unerhörte Frau zu einer ganz singulären Frau in der Bekennenden Kirche?

Sie übertrifft als hellsehtig-prophetische Mahnerin durch ihre biblisch-theologischen Einsichten, ihren Glaubensgehorsam und die historisch-kritische Schulung, mit ihrer Radikalität, Eindeutigkeit, ihrer

Leidenschaftlichkeit für alle, nicht nur für die getauften Juden, und mit ihrem klaren Stil selbst Theologen von Rang an Geistesgegenwart. Anders als bei Dietrich Bonhoeffer gibt es bei ihr keine zweideutigen, als antisemitisch deutbaren Äußerungen. Im Gegensatz zu Martin Niemöller waren ihr Juden nicht „unsympathisch und fremd“. Niemöllers Behauptung, von den Amtsträgern jüdischer Abstammung dürfe erwartet werden, dass „sie sich die gebotene Zurückhaltung auferlegen, damit kein Ärgernis gegeben wird“, war für sie unannehmbar. Völlig verständnislos fragt sie in dem Brief vom 1. Januar 1934 an Karl Barth: „Wie kommt Niemöller dazu, seinen nichtarischen Gemeindegliedern zu sagen, dass es ihm schwerfällt, mit ihnen zusammenzuarbeiten angesichts des Unheils, das die Juden über Deutschland gebracht haben?“ Anders als Karl Barth, der noch im „Vierteljuden“ die Fremdheit verspürte, war sie von derartigen Empfindungen völlig frei.

Beeindruckend ist es, wie sie in gefährlicher Zeit ihr Christentum versteht: Glaube, Denken und Handeln sind bei ihr versöhnt. Sie übt tätige Nächstenliebe, als sie sich selber in Gefahr begibt, um Verfolgten zu helfen. Christsein bedeutet ihr: Nachfolge im Leid und Nachfolge am Kreuz (Matth. 20,38; Lukas 14,27). Sie nimmt den Pflug in die Hand und blickt nicht zurück (Lukas 9,62). Als Christin versteht sie sich als Inhaberin eines Amtes, das aus der Versöhnung lebt und die Versöhnung predigt (2. Kor. 5,18), wenn sie in dem Brief vom 18. 4. 1933 an Karl Barth fragt: „Trägt die Kirche nicht auch Verantwortung für die Glieder, von denen all der Hass ausgeht?“

Am Beispiel von Elisabeth Schmitz wird ein weiterhin ungelöstes, durch die von Papst Benedikt XVI. mit der Änderung der Karfreitagsfürbitte und durch die Auf-

hebung der Exkommunikation von vier Bischöfen der Pius-Bruderschaft wieder aktuell gewordenes Problem deutlich: Die Tradition des Antisemitismus in der christlichen Kirche hat eine latente Orientierungslosigkeit gegenüber dem Rassenantisemitismus geschaffen, die, als der Rassenantisemitismus zur verpflichtenden Weltanschauung wurde, verderblich sein konnte. Das stellt unser christliches Selbstverständnis vor zwei Fragen: Gehört Antijudaismus zum Christentum? Ist eine christliche Theologie ohne Antijudaismus denkbar? Elisabeth Schmitz hätte die erste Frage in matthäischer Kürze verneint und auf die zweite Frage mit Shakespeare geantwortet: „S’ist ein Ziel, aufs innigste zu wünschen.“

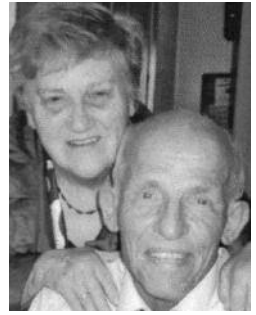
Was wir von Elisabeth Schmitz lernen können ist dies: Die Rezeption und die Ernstnahme ihres Werkes helfen uns bei einer der zentralen und vordringlichen Aufgabe für das Christentum zu Beginn des 21.

Jahrhunderts: der Versöhnung mit dem Judentum.

Gabriele Lüdecke-Eisenberg, geb. Eisenberg; geboren am 28. Februar 1941 in Hanau, Studium in Marburg und Frankfurt, Realschullehrerin, tätig überwiegend in Hanau und im Main-Kinzig-Kreis, Ruhestand seit Beginn des Jahres 2001.

Gerhard Lüdecke, geboren am 26. Juli 1938 in Prenzlau/ Uckermark, Studium in Hamburg und Berlin, als Richter am Landgericht Darmstadt und an den Amtsgerichten Groß-Gerau und Offenbach am Main tätig, Ruhestand seit August 2003.

Zwei Kinder, eine 1974 geborene Tochter und ein Sohn (Jahrgang 1978).



Gabriele Lüdecke-Eisenberg und Gerhard Lüdecke

Martin Buber (1878–1965) und Leonhard Ragaz (1868–1945) *

„Urtreue Freundschaft“

Von Willy Spieler

Als Leonhard Ragaz 70 Jahre alt wurde – es war am 28. Juli 1938 –, erhielt er eine Gabe aus Jerusalem, die ihn tief berührte: 21 zu einer kleinen Festschrift vereinigte Briefe und die Erklärung, Israel betrachte Ragaz als „Gerechten unter den Völkern“, zu seinen Ehren sei ein Baum im Herzl-Wald gepflanzt worden.¹ Unter den Gratulanten befanden sich die Initiantin der Gabe, Lina Lewy aus Tel Aviv, mit der Ragaz in ständigem Briefkontakt stand², dann der Präsident der Hebräischen Universität Hugo Bergmann, der Universitätsgründer Jehuda Magnes, Rabbiner Kurt Wilhelm von der li-

beralen Synagoge Emeth w’Emuna und Martin Buber. Es ist gleich nach seiner Einwanderung in Israel, da Buber schreibt: „Sie waren der erste, der mir einst, meinem toten Freund Landauer und mir, als dem ‚Judentum‘ im Namen des ‚Christentums‘ den Bruderkuß entbot [...]. Seither ist die heilige Freundschaft gewachsen von Jahr zu Jahr, unmerklich wie die Ölbäume da drüben, meine und ihre Ölbäume wachsen.“³

Kurz zuvor hatte Ragaz zum 60. Geburtstag des zehn Jahre jüngeren Buber geschrieben, er fühle sich „keinem christlichen Theologen – ich betone: Theologen! – so nahe wie diesem Israeliten“. Und: „Martin Buber ist in unserer Zeit der grösste Erneuerer des pro-

phetischen Geistes innerhalb Israels, und vielleicht auch ausserhalb. [...] Dass dieser Mann, auf dieser Linie, auch den religiösen Sozialismus vertritt, die Linie weitergehend, die von Moses und Aron zu Gustav Landauer führt [...], das ist uns besonderer Stolz und besondere Freude. [...] Und wenn nun dieser Mann in Jerusalem lehren wird, so gehört das zu den bedeutsamsten und verheissungsvollsten der Zeichen, die uns Gottes Weg in die Zukunft andeuten.“ (NW 2/1938, 70f.)

Nach dem Tod von Leonhard Ragaz am 6. Dezember 1945 hält Buber eine Gedächtnisrede, die mit den Worten beginnt: „Leonhard Ragaz, um den wir trauern, war der echteste Freund, den das jüdische Volk in unserer Zeit besessen hat.“⁴ Die Gedächtnisrede fand am 4. Februar 1946 in der Synagoge Emeth w'Emuna statt. Der Religionshistoriker George Y. Kohler schreibt dazu, „eine Gedenkfeier für einen christlichen Theologen in einer Jerusalemer Synagoge stattfinden zu lassen“, habe „damals als ein ungeheuerlicher Vorgang“ gegolten.⁵ Die Freundschaft mit Ragaz war Buber den Tabubruch wert. Ragaz' „urtreue Freundschaft“ hebt er später nochmals in seinen „Zwei Glaubensweisen“ hervor. Dass Karl-Josef Kuschel im neusten Buch über Martin Buber daran erinnert (Kuschel 294) und überhaupt den „Austausch Buber – Ragaz“ einfühlsam „zum Leuchten“ (ebd. 290) bringt, sei hier eine besondere und dankbare Erwähnung wert.

Unterschiedliche Lebenswege

In seiner Autobiographie schreibt Ragaz über seine Beziehung zu Martin Buber: „Ich weiss nicht recht, wann und wie wir uns zuerst, sei's leiblich, sei's geistig, begegnet sind; jedenfalls ist es dann zu einer intensiven Berührung gekommen.“ Diese sei „freilich nie so persönlich geworden, wie die mit anderen Jüdinnen und Juden“, sondern „bewegte sich mehr im Sachlichen“ (MW II, 296). Auch

meint Ragaz, er habe in Buber „mehr den Überlegenen“ gesehen. „Aber“, bestätigt Ragaz, „die sachliche Berührung war und ist so stark, dass Buber mir bis heute geistig viel näher steht als fast alle theologischen Vertreter des Christentums“ (ebd. 297).

Wann die beiden einander zum ersten Mal ‚geistig‘ begegnet sind, zeigt ein Brief vom 6. November 1916, in dem Ragaz sich bei Buber für dessen Aufsatz „Zion, der Staat und die Menschheit“ in der eben gegründeten Monatszeitschrift „Der Jude“ bedankt. Ragaz schreibt, er könne „nun nicht anders, als Ihnen von Herzen die Hand zu reichen“. Und: „Die Übereinstimmung zwischen dem, was Sie da sagen, und gewissen Lieblingsgedanken, die bei mir ganz in der Stille gewachsen sind, aus der Geschichtsbetrachtung und tieferen Gründen empor, ist ganz auffallend und mir eine Verheissung. Wir stehen im Morgenrot neuer Entwicklungen, eines neuen Äon oder doch einer ‚Geburtszeit‘.“⁶ Aus dem Brief geht zudem hervor, dass es in jenen Kriegsjahren schwierig war, deutsche Zeitschriften in die Schweiz ausgeliefert zu bekommen. Umgekehrt waren die von Ragaz redigierten Neuen Wege in Deutschland und Österreich während der letzten Kriegsjahre überhaupt verboten.

Obschon Ragaz in diesem ersten Brief an den „Geehrtesten Herrn Doktor“ hofft, „mit der Zeit“ auch noch dessen „Bücher lesen zu können“, dauert es einige Zeit, bis 1923 einige dieser Bücher, unter ihnen das in jenem Jahr erschienene „Ich und Du“, in den Neuen Wegen (4/1923, 183–191) besprochen werden, allerdings nicht von Ragaz, sondern von Karl Wilker, einem Reformpädagogen aus Berlin. Der Rezensent kennt Buber persönlich und sagt, man könne „ihn nirgendwo einreihen“ (ebd. 183). „Sein ganzes Wesen duldet keine Unwahrheit und keine Unklarheit“. Ein Buch wie „Ich und Du“ sei nur möglich dank „Verantwortungsgefühl auch dem kleinsten Wor-

te gegenüber“ (ebd. 184). Ragaz bedankt sich in einer redaktionellen Anmerkung für Wilkers Beitrag. Dieser komme „gerade zur rechten Zeit, da wir nächstens [...] die Freude haben werden, Buber bei uns [...] zu hören“ (ebd. 183). Mit Bubers Besuch anfangs Mai 1923 ergibt sich dann auch die Gelegenheit für das ‚leibliche‘ Kennenlernen.

Es sind unterschiedliche Lebenswege, die Buber und Ragaz zusammenführen. Auf der einen Seite der aus grossbürgerlichen Verhältnissen stammende, 1878 in Wien geborene Martin Buber, der bei seinem Großvater Salomon aufwächst, einem nicht nur wohlhabenden Geschäftsmann, sondern auch Midraschexperten und Sammler chassidischer Texte, in Lemberg, wo der Jüngling eine erste Ausgrenzung unter dem Kruzifix des Kaiser-Franz-Joseph-Gymnasiums erfährt (Kuschel 34f.). Auf der andern Seite Leonhard Ragaz, der 1868 im bündnerischen Tamins zur Welt kommt, geborgen in einer protestantischen Bergbauernfamilie und im „Dorfkommunismus“ (MW I 49) jener Allmendgemeinde aufwächst. Dort der junge Philosoph in Wien, der sich vom übermächtigen Einfluss Nietzsches befreit, dank den chassidischen Schriften „Weltfreudigkeit“ mit „Weltfrömmigkeit“ verbindet (Kohn 77), 1900 Theodor Herzl begegnet und sich von der zionistischen Bewegung eine Renaissance des jüdischen Geistes erhofft. Hier der reformierte Theologe, der schon mit 22 Jahren Pfarrer im Bündner Bergdorf Flerden wird, in frühmorgendlicher Meditation die Bibel neu entdeckt, die ihm „durch das theologische Studium beinahe zerstört worden“ (MW I 161) sei, und sein Leben und Glauben am „Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit für die Erde“ neu auszurichten beginnt.

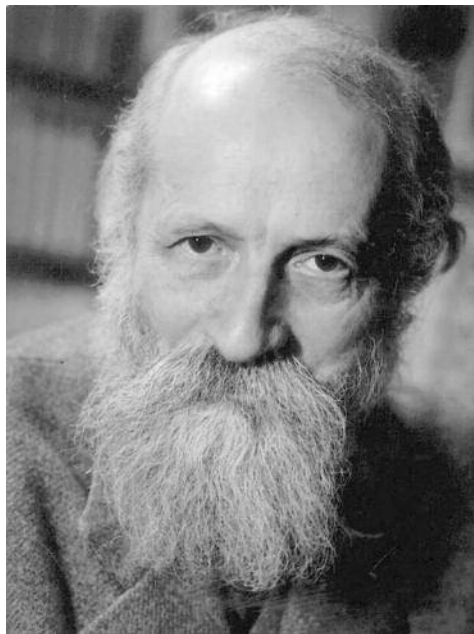
Buber, der sich nach Karl Wilker sonst „abseits des Tageslärms“ (NW 4/1923, 189) hält, gründet 1908 mit Gustav Landauer, Erich Mühsam und der Schweizerin Margare-

the Hardegger den Sozialistischen Bund, der in der Tradition des Frühsozialismus und Anarchismus steht, aber das Jahr 1914 nicht überlebt. Ragaz ist 1906 Mitgründer der religiös-sozialen Bewegung in der Schweiz und der Zeitschrift *Neue Wege*, die er bis zu seinem Lebensende redigieren wird. Er tritt der Sozialdemokratischen Partei bei und solidarisiert sich in den Klassenkämpfen jener Zeit mit der Arbeiterbewegung, was ihn „zum gefürchtetsten und gehassten Mann der Schweiz“ gemacht habe, wie er im Rückblick⁷ schreibt. Sein Buch „Die neue Schweiz“ erlebt 1918/19 vier Auflagen. Es verbindet den Sozialismus mit den genossenschaftlichen Traditionen des Landes.

1916 zieht Buber mit seiner Familie nach Heppenheim, wo er „Ich und Du“ verfasst und mit Franz Rosenzweig die Arbeit an der Neuübertragung der Hebräischen Bibel anfängt. Buber stellt sich auch dem von Rosenzweig geführten Freien Jüdischen Lehrhaus in Frankfurt für Vorträge zur Verfügung. Er strebt keine akademische Karriere an und bescheidet sich von 1924 bis 1933 mit dem Status eines Lehrbeauftragten und zuletzt eines Honorarprofessors für jüdische Religionslehre und Ethik an der Universität Frankfurt am Main. Die Novemberpogrome 1938 verwüsten das Wohnhaus der Familie. Diese entkommt dem Naziregime durch Einwanderung in Jerusalem, wo Buber bis 1951 an der Hebräischen Universität Sozialphilosophie doziert. Er lehre hier den „religiösen Sozialismus“, wird er Ragaz mitteilen (MW II 297).

Ragaz ist ab 1908 Professor für systematische und praktische Theologie in Zürich. 1921 erklärt er seinen Rücktritt, um nicht weiterhin Pfarrer für eine verbürgerlichte Kirche heranzubilden zu müssen. Aber es geht ihm noch um weit mehr: „Ich musste persönlich aus der Kirche heraus, musste Christus ‚in freier Luft‘ dienen, ohne Bindung an Staat, Kirche und Gesellschaft.“⁸ Ragaz übersiedelt mit sei-

ner Familie vom Zürichberg ins Arbeiterquartier Aussersihl, betätigt sich als Befrei-



Martin Buber

ungstheologe avant la lettre, insbesondere in der von ihm gegründeten Arbeitsgemeinschaft „Arbeit und Bildung“ (NW 1/1923, 488f.), und ab 1924 auch als Alleinredaktor der Neuen Wege.

Nicht unerwähnt bleiben darf, dass die beiden Freunde mit bedeutenden Frauen verheiratet sind, Buber mit der grossen Erzählerin Paula Winkler aus München, die er 1899 im germanistischen Seminar der Uni Zürich kennengelernt hat, Ragaz seit 1901 mit der Churerin Clara Nadig, die als eine auch international hervortretende Friedensfrau in die Geschichte des Pazifismus eingehen wird.

Bei allen Unterschieden der Lebensläufe von Buber und Ragaz zeichnen sich inhaltliche Konvergenzen ab: im Sozialismusverständnis, im Religionsverständnis im Verständnis dessen, was Israel ist oder sein soll.



Leonhard Ragaz im Jahr 1905

Religiöser Sozialismus

Es ist das Thema ‚Sozialismus‘, das Buber und Ragaz zusammenführt, erstmals, wie erwähnt, anfangs Mai 1923 in Zürich. Buber hält im Volkshaus einen Vortrag über die Zukunft des Sozialismus. Dabei habe es Verständigungsschwierigkeiten mit „den mehr vom Politischen und Wirtschaftlichen her kommenden Sozialisten“ gegeben, berichtet Ragaz (NW 6/1923, 289f.) und fährt fort: „Es scheint, dass Buber mit diesen wenig direkte Berührung hat und ihre Sprache noch fast weniger versteht als sie die seinige.“ Ragaz ist nichtsdestoweniger tief beeindruckt: „Es ist ein Trost, und eine Stärkung in diesen Tagen der Auflösung und der neuen ‚Herren der Erde‘, dass auch solche geistesgrossen Träger und Verkündiger des Glaubens an das kommende Reich Gottes aufstehen. Wenn ein solcher von Israel her uns die Hand reicht, so ist es eine besondere Verheissung. Und wenn er mitten aus der modernen Kultur, an der er mitarbeitet, aufsteht, so ist es ein Stück Wunder.“

Erst fünf Jahre später treffen sich die beiden ein zweites Mal. Es ist in der Pfingstwoche

1928 in Bubers „freundlichem Stadt-Dorf“ (NW 6/1928, 256) Heppenheim, wo eine erstaunliche Tagung stattfindet. Erstaunlicher noch als die Zahl der gegen 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind die hier versammelten Namen, angefangen vom belgischen Sozialpsychologen Hendrik de Man und der holländischen Lyrikerin und Publizistin Henriette Roland-Holst, die beide die Hauptreferate halten, über den Theologen Paul Tillich bis zum Rechtsphilosophen Gustav Radbruch. Am erstaunlichsten aber ist das Tagungsthema „Sozialismus aus dem Glauben“, gedacht auch als Beitrag zum „Kampf gegen den marxismus vulgaris“, wie Ragaz sich ausdrückt (MW II 183).

Buber stellt sich vor als „revolutionärer Sozialist“¹⁰. Das ist er auf ungewohnte Weise auch, wenn er sagt, „dass der geläufige Marxismus [...] die Pflicht zur persönlichen Verantwortung“ bedrohe, ja „zu einem Fluchtsystem unserer Zeit vor der konkreten Verantwortung geworden“ sei. Oder dass mit der Überwindung des Privateigentums „das eigentliche Problem erst beginnt“. Denn: „Wirkliches Miteinanderleben von Mensch zu Mensch kann nur da gedeihen, wo die Menschen die wirklichen Dinge ihres gemeinsamen Lebens miteinander erfahren, beraten, verwalten, wo wirkliche Nachbarschaften, wirkliche Werkgilden bestehen.“ Buber ist sich bewusst, dass „es in der Weltmarktkonkurrenz keine Menschheitswirtschaft gibt“. Nur mit „einer Überwindung der Weltmarktproblematik“ komme es zu einer „wirklichen Überwindung des Proletariats als der zum nichtkreatürlichen Leben gezwungenen Menschheitsschicht“. Und schliesslich das große Widerwort gegen allen linken Dogmatismus: „Es gibt auch ausserhalb des Sozialismus Lebensernst und Wirklichkeitsgesinnung.“¹¹

Leonhard Ragaz war während dieser Tagung nicht sonderlich angetan vom „Wohnen in einem behaglichen Hotel“ und von den

„unproletarischen“ Mahlzeiten, überhaupt von der „Konferenzluft“, die „nicht ganz mit Pfingstgeist zu verwechseln“ sei (NW 6/1928, 256). Er schätzte indessen die meisten Referate und Voten, vor allem aber „eine kleine gesellschaftliche Zusammenkunft bei Buber“ am Rande der Konferenz (MW II 185). Mit seinem eigenen Votum suchte Ragaz dem Marxismus gerecht zu werden. Dieser sei „als religiöse Botschaft [...] zum Proletariat gekommen“, als „Hoffnung“ in einer Zeit, „da es ohne Hoffnung“ war. „Angesichts der Tatsache, dass der Marxismus heute diese religiöse Art und Kraft grösstenteils verloren hat“, sei „ein religiöser Sozialismus“ gefragt, „der die messianische Botschaft aus einer noch grösseren Tiefe her und mit noch grösserer Kraft verkündige“. Wichtig war für Ragaz, der die Agnostiker und die Atheisten so wenig ausschliessen wollte wie Buber, eine „ethische Begründung“, „auf welcher der Sozialismus ruht“.¹²

Ragaz und Buber bleiben in Kontakt. Schon im Monat nach Heppenheim folgen weitere Vorträge Bubers in Zürich und „eine Aussprache“ im „Studierzimmer“ von Ragaz, wo sie erneut „Gemeinsames“ entdecken¹³, vielleicht auch schon das Gedächtnisheft zum 10. Todestag des 1919, nach der Niederschlagung der Münchner Räterepublik, brutal ermordeten Gustav Landauer vorbereiten (NW 4/1929, 161ff.). Beide haben in ihrem „Gemeinschaftssozialismus“ (Kohn 10) viel von Landauer übernommen. Wenn Buber „wirkliches Miteinanderleben“ in „wirklichen“ Sozietäten fordert, dann aber auch vor dem Hintergrund seiner Philosophie der Beziehung von „Ich und Du“, die in Gemeinschaft sich verwirklicht. Ja, wo echte Gemeinschaft entsteht, da ist Gott nahe. „Gemeinschaftsleben ist Bereitung des Wegs zum Reich Gottes“, schreibt der erste Buber-Biograph Hans Kohn, der selber ein bedeutender religiöser Sozialist war (Kohn 186).

Fortsetzung folgt

Anmerkungen

- 1 Siehe Ragaz' Dankesbrief: An Freunde in Israel, Briefe III, Nr. 392, 31.8.1938, 167ff.
- 2 Siehe Ragaz' Brief an Lina Lewy, Briefe III, Nr. 389, 9.8.1938, 161.
- 3 In: Martin Buber, Briefwechsel aus sieben Jahrzehnten, hg. von Grete Schaeder, Band III, Heidelberg 1975, 12.
- 4 Martin Buber, Ragaz und ‚Israel‘, in: NW 11/1947, 504.
- 5 George Y. Kohler, ‚Platzmachen für Gott‘ – Else Lasker-Schüler, Rabbiner Kurt Wilhelm und der religiöse Liberalismus in Palästina, in: Aschkenas 2013, 21(1–2), 196.
- 6 Briefe II, Nr. 66, 6.11.1916, 92.
- 7 Leonhard Ragaz, Meine geistige Entwicklung, Anhang zu: Markus Mattmüller, Leonhard Ragaz und der religiöse Sozialismus. Eine Biographie, Band 1, Zollikon 1957, 245.
- 8 Ebd.
- 9 Im Anschluss an diesen Begriff bei Nietzsche hat Ragaz die präfaschistische Situation der 1920er Jahre mit „Gewaltmenschen aller Art“ analysiert: „Trust-Herren“ und „Bankmagnaten“, „politischen Diktatoren“ und „Zeitungskönigen“, „zäsarischen Naturen im

Reiche der Geisteskultur“ und Sportgrößen (NW 6/1923, 270).

- 10 Sozialismus aus dem Glauben, Verhandlungen der sozialistischen Tagung in Heppenheim a.B., Pfingstwoche 1928, Zürich und Leipzig 1929, 122.
- 11 Ebd. 90–94.
- 12 Ebd. 111, 114f.
- 13 Brief an Tochter Christine, in: Briefe II, Nr. 284, 21.6.1928, 378.

Willy Spieler
Geboren am 6. August 1937 in Glarus, katholisch sozialisiert, Mitglied der SP. Studium von Jura und Philosophie, Autor sozial-ethischer Schriften. Mehr als 33 Jahre Redakteur der „Neuen Wege“, 1982 bis 1990 Gemeinderat (Fürsorgevorstand) in Küsnacht, Mitglied im Zürcher Kantonsrat, insbesondere als Präsident der SP-Fraktion (bis 2001), vgl. vita in CuS 2–3/2015.



Willy Spieler

Texte der und Thesen zur Friedensansprache Dietrich Bonhoeffers – Teil II

Von Dieter Stork
28. August 1934 auf Fanö, Dänemark*

Bonhoeffers Pazifismus I: Zusammenhänge

Der derzeitige Bundespräsident Köhler über-

sandte zur Aufführung des Dietrich Bonhoeffer-Liedoratoriums, aufgeführt anlässlich des einhundertjährigen Geburtstags Dietrich Bonhoeffers am 4. Februar 2006 im Französischen Dom in Berlin, ein Grußwort, das auch öffentlich verlesen wurde. Nach meiner Erinnerung sagte Horst Köhler sinngemäß,

Gott sei Dank habe sich Bonhoeffer wieder vom Pazifismus getrennt, nachdem er sehr lange, eigentlich bis zum Beginn des Krieges, pazifistische Ideen vertreten habe, auch öffentlich. Ich möchte dieser Meinung des ehemaligen Bundespräsidenten widersprechen.

Nach der Rückkehr Dietrich Bonhoeffers aus den Staaten, die, überspitzt formuliert, wenige Stunden vor Kriegsbeginn gelang, hatte Bonhoeffer das Problem, dass über kurz oder lang seine Einberufung zum Militärdienst auf dem Tisch liegen würde. Das war so ganz sicher. Hätte er sich widersetzen wollen, hätte eine derartige Entscheidung die Todesstrafe nach sich gezogen. Viele Zeugen Jehovas und übrige Pazifisten habe diese ihre Weigerung, in die deutsche Wehrmacht einzutreten, mit ihrem Leben bezahlt. Für Bonhoeffer wurde nach seiner Rückkehr aus den Staaten ein Ausweg gefunden. Sein Schwager Hans von Dohnanyi holte ihn in den militärischen Abschirmdienst, der unter der Leitung von Admiral Canaris stand. Bonhoeffer wurde für diese Aufgabe freigestellt, er war u. k. geschrieben, also unabkömmlich. Er stand nun im Dienste des Geheimdienstes der Wehrmacht. Machte ihn diese neue Aufgabe zum Militaristen? Wir müssen wissen, dieses Amt, das Admiral Canaris unterstand, das ja der Abwehr von Spionage und Ausforschung dienen sollte, war zugleich ein Widerstandsnest gegen Hitler, dessen rigide und rücksichtslose Militär- und Ausrottungspolitik Canaris und seine Mitarbeiter nicht mehr mittragen konnten. Schon vor seiner zweiten Amerikareise hatte Bonhoeffer Kontakt zur Widerstandsbewegung, wie sein Bruder Klaus und seine Schwäger Hans von Dohnanyi und Rüdiger Schleicher.

1. Bonhoeffers Pazifismus II: Zusammenhänge

Alles, was Bonhoeffer nun innerhalb seines

neuen Berufes tat, die legalen und illegalen Handlungen, diente dem Frieden, der Fürsorge, Menschenleben zu retten. Bonhoeffer kam ins Militärgefängnis in Tegel, weil es den Verdacht auf Hoch- und Landesverrat gab (Josef Ackermann, Dietrich Bonhoeffer. Eine Biographie, Gütersloh 2005, S. 206). Darüber hinaus hieß es, Mitarbeiter des Abschirmdienstes hätten Gelder veruntreut, also ging es auch um ein Devisenvergehen? Heute wissen wir, dass diese Gelder tatsächlich illegal ausgegeben wurden, aber eben doch, um in Gefahr stehenden Juden in die Schweiz zu verhelfen, innerhalb der Operation G-7. 13 Deutsche, dem jüdischen Glauben zugehörig, wurden gerettet. War das ein Akt von Militarismus? Die Beschuldigung, Bonhoeffer habe ein Devisenvergehen begangen, wurde fallen gelassen. Auf dem Papier bleiben folgende Fakten, die nach Meinung des Untersuchungsrichters Röder in die Anklage gegen Bonhoeffer einfließen sollten, Bonhoeffer habe im Jahr 1939/40 unternommen, „durch ein auf Täuschung berechtigtes Mittel sich der Erfüllung des Wehrdienstes zeitweise zu entziehen“, in 1942 habe er es unternommen, „andere auf andere Art und Weise ganz oder teilweise der Erfüllung des Wehrdienstes zu entziehen“ (Ackermann, S. 213). Also, selbst in diesen unzutreffenden Anklageprotokollen wird dargestellt, dass Bonhoeffer seiner inneren pazifistischen Berufung treu blieb.

2. Bonhoeffers Pazifismus III: Tyrannenmord

Es bleibt der Vorwurf, dass Bonhoeffer die gewaltsame Beseitigung Hitlers bejahte, um so die durch ihren Fahneid an den Führer gebundenen Militärs zu einem gewissen gemäßen Handeln zu befreien. Bonhoeffers direkte Verwicklung in den Widerstand blieb zunächst unentdeckt, bis die Zossener Akte gefunden wurde, aus der die Mitarbeit Bon-

hoeffers im Widerstand belegt werden konnte. Aber war Bonhoeffers Grundeinstellung nunmehr militaristisch? Der Tyrannenmord hat in der christlichen Ethik eine lange Tradition. Luther bejaht ihn, wenn es nicht anders gehe. Nein, es ging nicht anders. Und diese gewaltsame Tötung dieses einen Menschen hätte Millionen Menschen das Leben gerettet, wenn dieses Ziel, den Krieg vorzeitig zu beenden, gelungen wäre? Das blieb zu hoffen. Ist das nun Militarismus, den totalen Krieg, der den totalen Zusammenbruch mit sich bringt, durch die Tötung eines einzelnen Menschen zu beenden? Zugegeben, wäre Hitler tatsächlich beim Attentat umgekommen, hätte es unter Umständen einen Bürgerkrieg mit sehr vielen Toten gegeben, nicht auszumalen! Aber es ist auch müßig, die Toten eines etwaigen Bürgerkrieges mit den Millionen Toten bis zum tatsächlichen Kriegsende hin aufzuwiegen. De facto hat Bonhoeffer den Tyrannenmord an Hitler bejaht. Jedoch ist das längst nicht aus einer militaristischen Grundhaltung heraus geschehen, aus einem Gesinnungswandel zum Militarismus hin. Es bleibt die Entscheidung eines Menschen, der Mittel und Wege sucht, Krieg und Vergasung, also ungeheures Unrecht zu verhindern, zumindest zu verringern. Vielleicht müssen wir den Begriff des Pazifismus neu fassen?

3. Pazifismus IV: Stellungnahmen

Wie keinem anderen sei es Eberhardt Bethge gelungen, schreibt Eric Metaxas, (Bonhoeffer, Pastor, Agent, Märtyrer und Prophet, deutsche Ausgabe, Holzgerlingen 2011), das Paradoxon zu erklären, dass ein Christ und Pazifist in den Widerstand gegangen sei, was ihn zwangsläufig zur Bejahung des Tyrannenmords gebracht habe. Bethge zeige uns, so Metaxas, „dass Bonhoeffers Weg in den politischen Widerstand mitnichten ein Bruch mit seinem bisherigen Denken war, sondern eher

eine natürliche, unvermeidliche Folge dieses Denkens“. Bonhoeffer habe stets für die Wahrheit eingestanden, aber es sei der Punkt gekommen, „wo das bloße Aussprechen der Wahrheit nach ‘billiger Gnade’ schmeckte“ (Metaxas, S. 444). Bethge selbst formuliert: „Die Ebene des Bekenkens rückte näher an die Stelle, wo sich Anlässe zur Resistenz abzeichneten. Die eskalierende Judenverfolgung erzeugte eine mehr und mehr unerträgliche Situation, vor allem für Bonhoeffer selbst“. Soweit zu Bonhoeffers Position. Es ist nicht zu erkennen, dass er mit seinem Pazifismus zu irgendeiner Stunde gebrochen hätte. Auch sein Abschiedswort an Georg Bell atmet diesen pazifistischen Geist: „Ich glaube an die Universalität der Brüderlichkeit“ (Eberhard Bethge: Dietrich Bonhoeffer. Theologe, Christ. Zeitgenosse, Eine Biographie, Gütersloh, 8. Aufl. S.1037). Der Satz belegt, dass Bonhoeffer sich treu blieb. Die Menschlichkeit aller Menschen, Brüderlichkeit und Geschwisterlichkeit sind unsere Bestimmung, wie es Bonhoeffer in seiner Ansprache auf Fanö formulierte. Diese Geschwisterlichkeit aller Menschen steht über allen ideologischen Ansprüchen, die Menschen an Menschen stellen – und dabei glauben, im Namen ihrer Ideologie Mensch um Mensch töten zu können. Diese aus der Bergrede begründete Auffassung von der Ehrfurcht allen menschlichen Leben, allen Lebens überhaupt schließt alle gewaltsame Tötung aus. So verstehe ich Bonhoeffer, so verstehe ich den Bergprediger.

4. Pazifismus heute

Das Kriegsende vor 70 Jahren erinnert und mahnt, wie es die Weltkirchenkonferenz von Amsterdam 1948 proklamierte: „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein“, ein heute wieder notwendiger, längst fälliger Lernprozess. Nochmals, wir verstehen diese Aufforderung allzu häufig und immer mehr mit ei-

nem „Ja, aber!“ Gerade dieses „Ja, aber!“ verdunkelt alle pazifistisch aufgeladenen Friedensvorsätze. Das Zentrum des Pazifismus bestehe „in der Erkenntnis und im Glauben daran, dass ‘Leben’ (anthropozentrisch gedacht: der Mensch) nicht verzweckt gedacht werden darf, und dass wir Menschen uns gegenseitig unterstützen müssen, uns nicht verzwecken zu lassen“. Das sei der ethische und gleichzeitig der politisch relevante Kern des Pazifismus, so Theo Christiansen im Artikel der Jungen Kirche 1/15, S. 47-49, hier S.47. „Der kriegsrische Reigen von Vorkrieg – Kriegsvorbereitung – Krieg – und wieder Vorkrieg wird nicht durch Waffen und Krieg durchbrochen, mögen die Waffen auch noch so gerechtfertigt eingesetzt werden. Dabei sollte dem Verweis auf eine ‘ultima ratio’ skeptisch begegnet werden“. Ultima ratio sei bereits ein Herrschaftsbegriff: Menschen bestimmten, wer überleben dürfe, wer sterben müsse. ‘Ultima ratio regum’ habe auf den Geschützrohren im Dreißigjährigen Krieg gestanden, der Preußenkönig Friedrich II. habe diesen Begriff übernommen, um so die Schrecken des Krieges vernunftgemäß zu verschleiern, so Theo Christiansen (S. 48). Ein radikales Nein sei nötig, schon ein „Nein, aber!“ entfalte negative Wirkungen, bringe uns weiter auf den Kriegspfad. „Einen Krieg beenden zu wollen, indem man ihn durch Waffenlieferungen befeuert, stellt die Weichen in die falsche Richtung“, folgert Christiansen (S. 49). Erstaunlich, Bonhoeffer lebt, die Ar-

gumente seiner Friedenspredigt von Fanö sind heute noch, oder: heute wieder lebendig, und darüber hinaus: bitter notwendig! Ich danke Barbara Wirsén-Steetskamp, dass sie die Gesprächsgruppe mit diesem wichtigen Artikel ‘Pazifismus’ von Theo Christiansen, bekannt machte.

**Der vorgestellte Beitrag wurde im Arbeitskreis „Dietrich Bonhoeffer in OWL“, Bad Salzuflen, am 8. Mai 2015 vorgestellt, dem 70. Erinnerungstag zur Besiegung des deutschen Faschismus.*

Dieter Stork, geb. 1936 in Rahden, Westfalen, war acht Jahre Gemeindepfarrer im Münsterland, siebzehn Jahre Jugendpfarrer des Kirchenkreises Herford, zehn Jahre Schullehrer der Ev. Kirche im Westmünsterland. Veröffentlichungen



Dieter Stork

in Religionspädagogik, Textautor einiger Singspiele und des Dietrich-Bonhoeffer-Oratoriums (Musik: Matthias Nagel), aktives Mitglied im Dietrich-Bonhoeffer-Verein. Der vorgestellte Beitrag wurde im Arbeitskreis "Dietrich Bonhoeffer in OWL", Bad Salzuflen, am 8. Mai 2015 vorgestellt, dem 70. Erinnerungstag zur Besiegung des deutschen Faschismus.

Auf dem Weg zu dem „allmächtigen, gnädigen und mitfühlenden Gott“

Von Ulrich Börmgen

Das religionsverbindende Friedensgebet auf der Ökumenischen Versammlung in Mainz am 1. Mai 2014

war das 15. vornehmlich von IGF Stuttgart (Interreligiöse Gemeinschaft für Frieden, www.igfstuttgart.de) ausgerichtetes Friedensgebet. Es war ohne Zweifel ein äußerst gelungener, feierlicher und geistgesegneter

Abend mit authentischen Texten und Gebeten aus sechs Weltreligionen bzw. drei christlichen Konfessionen. Es fand mit bewegenden musikalischen und liturgischen Umrahmungen in einem würdigen evangelischen Gotteshaus statt. Zeichen dessen war eine vielfach geäußerte Dankbarkeit. Letztlich konnte es an die 1999 als kommunikative Großveranstaltung auf dem Evangelischen Kirchentag in Stuttgart ermöglichte große Tradition eines umfassenden ökumenischen Friedensgebetes der Weltreligionen anschließen. Bekannterweise war dies in dieser ökumenisch-umfassenden Form seitdem nicht mehr ermöglicht worden. So ging es z.B. auf dem Ökumenischen Kirchentag 2010 in München nur um „Impulse und Texte aus den Religionen“.

Wir standen spürbar alle vor dem EINEN GOTT, geradezu überwältigend, unter Bezugnahme auf diese historische Alexandria-Erklärung gemeinsam von Juden, Christen und Muslimen in Nahost von 2002: „Im Namen des allmächtigen, gnädigen und mitfühlenden Gottes“! Wir haben eine große Hoffnung und ein großes „Vertrauen auf die Geistesgegenwart Gottes“ (Jörns 2013) gesetzt und haben gespürt, daß wir nicht enttäuscht wurden. Denn „Gott ist einem jeglichen der Gott, als den er ihn glaubt“ (Bonhoeffer 1940).

Den Texten ist durchweg eine erfreuliche, tiefe Gottanrufung zu entnehmen, sogar, immer überraschend, auch von hinduistischer und im weiteren Sinn sogar von buddhistischer Seite als „Segenswunsch und Fürbitte“. Von einem möglicherweise unterstellten „zu wenig betend (zu Gott sprechend)“ kann nach allem überhaupt nicht die Rede sein. In diesem Zusammenhang wäre z.B. eine Mariananbetung völlig unpassend und unzumutbar. Mit zwei Psalmmeditationen, „Wir haben Gott klein gemacht“ und „Ein Gruß dem Menschen, der aus der

Reihe tanzt“ konnte haarscharf und konkret der heutige Zeitgeist aufgegriffen werden. Demgegenüber stand ein ganz großes Vertrauen: „Gott sei Dank, dass er Gott bleibt, gegen uns und so für uns“ und „ein Mensch in Gottes Hand ... wird ein Beispiel der Hoffnung sein für viele, die für sich und diese Erde nichts mehr erwarten.“ Als ein wertvolles Zeichen für das religionsverbindende Friedensgebet sind die unterstützenden Grußworte von Jörg Zink und vom Deutschen Evangelischen Kirchentag anzusehen. Im Rahmen des abschließenden Friedensgrußes konnte erstmals und wegweisend ein gemeinsames Mahl und gemeinsames Brotteilen gefeiert werden. Es wurde dankenswerterweise von muslimischer Seite vorbereitet. Christlicherseits kann es als gutes Zeichen für das Reich Gottes, Lk 14,16, interpretiert werden und dürfte deutlich einen „religiösen Impuls“ gestärkt haben (Jörns 2013). Allen aktiven Teilnehmer(inne)n wurde abschließend ein Kirchentags-Seidentuch: Gemeinsam gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, als Dank übergeben.

Eine langjährige religionsverbindende Vor- und Zusammenarbeit mit fast allen Beteiligten erwies sich erneut als wertvoll und günstig. Möglicherweise ist sie überhaupt als wesentliche Voraussetzung für eine solche gemeinsame Feierstunde anzusehen. Sie betraf besonders den jüdischen, hinduistischen, buddhistischen und muslimischen, aber auch den koptisch-orthodoxen Beitrag. Zwangsläufig mußte dies freilich auf Kosten lokaler Initiativen ausgehalten werden. Dadurch ließen sie sich nicht befriedigend integrieren. Immerhin wurde gewagt, die ganze Gemeinde mit zwei Liedern zu beteiligen.

Mit der Darlegung des Gesamtkonzeptes und einer mehrfachen Anregung allen Beteiligten gegenüber, sich zum Gesamtvorhaben zu äußern, musste erfahrungsgemäß eine Vorlaufzeit von 6–8 Monaten angestrebt

werden. Trotzdem waren hier doch mancherlei Probleme zu ertragen. Immerhin konnte die Vorgabe von Anfang an, dass alle Texte, mit Bedacht zweigeteilt, von allen Religionsvertretern erstellt werden mögen, weitgehend erreicht werden. Denn es war ja entscheidend inhaltlich auch das Thema der Ökumenischen Versammlung „Leben statt Zerstörung“ und in etwa dazu passendes Gebet, anzustreben. Unter diesem Generalthema wurden wertvolle Schwerpunkte aus allen Religionen in beeindruckender Weltverantwortung zusammengetragen. So wurden inhaltlich folgende Stichpunkte thematisiert:

Hinduistische Wachstumskritik – „Fürsorgliche Mutter Erde“

Gier, Hass und Ignoranz führen zu Umweltzerstörung, Hunger und Krieg – Wirtschaftswachstum als Raubtierkapitalismus – Mögen alle Wesen glücklich sein

Anders wachsen: Gegen Hochmut und Grenzenlosigkeit – Gestaltung des friedlichen humanen Miteinanders – keine Konsum-Gier und keine Konsum-Manipulation

Friede Gottes – Gabe des Heiligen Geistes – basiert auf Gerechtigkeit – SALAM

Demut – Furchtlosigkeit – Mut – Begeisterung – Frieden stiften

Metanoia/Umkehr – Schöpfungsverantwortung – Solidarisierung – Dankbarkeit

In gemeinsamer Verantwortung für Gottes Schöpfung – gegen Maßlosigkeit und riesige Waffenarsenale

Heute lähmende Konflikte – Einheit in Vielfalt – Zur Besserung der Welt.

Diese Stichpunkte unter dem Thema „Leben statt Zerstörung“ aus sechs Weltreligionen können und müssen Ausgangspunkt für eine weitere, bestenfalls große ökumenische Zusammenarbeit sein, auch in „Allverbundenheit ... aller gesellschaftlichen Kräfte“.

Traurig war, und für die Zukunft geduldig weiter anzustreben, dass monatelange Be-

mühung um eine Benutzung der Synagoge in Mainz oder auch der Mainzer Hauptkirche nicht zu erreichen war. Im gleichen Sinn muss als trauriger Rückschlag angesehen werden, dass ein hoffnungsvolles gemeinsames Jugendgebet, wie 2003 in Stuttgart, nicht zustande kam.

Monierte „einige Absagen“ von Religionsvertretern hielten sich in tolerablen Grenzen. Bischof Anba Damian war zwar erkrankt. Er konnte aber einen würdigen, uns sehr zugetanen Vertreter nennen. Eine hochakute Erkrankung des buddhistischen Vertreters von der Deutschen Buddhistischen Union blieb zwar aktuell unbekannt, hat sich aber im Nachhinein geklärt und konnte an Hand des vorhandenen Textes optimal ausgeglichen werden. Der potentiell schon erkennbare Ausfall unseres jüdischen Freundes, aus verständlichen gewichtigen Holocaust-Gründen, konnte schon im unmittelbaren Vorfeld durch großartigen und selbstlosen Einsatz eines wertvollen OeV-Mitarbeiters bestens übernommen werden. Alles führte zu keinerlei „Dämpfung“ der Wirkung der Veranstaltung.

Für die Zukunft und Weiterentwicklung des religionsverbindenden Friedensgebetes bleibt die große Hoffnung, wieder ein ökumenisches Jugendgebet in undogmatischer Gemeinsamkeit von verschiedenen Weltreligionen zustande zu bringen. Als ein weiterer großer Schritt ist ein noch besser integriertes offenes „interreligiöses Gastmahl“ (Jörns 2013) anzusehen, als biblisches „Festmahl der Leute von der Straße“ (Eigenmann 2014) ein überzeugendes authentisches Bild für das Reich Gottes. Mit dem zugesprochenen Segen des „allmächtigen, gnädigen und mitfühlenden Gott“ empfinden wir dies seit 1996 als einen weiteren Baustein auf unserer irdischen Pilgerschaft zu einer „Oikumene der Weltreligionen“ (Börngen 2007). Dies wäre auch ganz im Sinne der visionären Aussage

in der „Mainzer Botschaft“ der Oekumenischen Versammlung Mainz 2014, in der eine Verpflichtung zu einer „Ökumene des Miteinanders aller Religionen und Weltanschauungen gegen Intoleranz und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ angeregt wurde. Mit den ehemaligen Kirchentagspräsidenten Heinz Zahrnt (1994) und Richard von Weizsäcker (2006) bleibt dies mehr denn je eine Aufgabe z.B. für den Deutschen Evangelischen Kirchentag!

PD. Dr. med. Ulrich Börngen, stammt aus Halle an der Saale. Beruflich war er jahrzehntelang Internist und Hochschullehrer an der Universität Marburg. Seit den 80er Jahren hat er sich aktiv in der Friedensbewegung engagiert und z.B. die Stuttgarter Gruppe der IPPNW gegründet. Seit dem Evangelischen Kirchentag Düsseldorf 1985 gilt sein besonderer Einsatz dem konziliar-ökumenischen Prozeß. Seit etwa 1987 erfolgt eine

intensive Tätigkeit auf dem Gebiet des interreligiösen Dialoges und der interreligiösen

Zusammenarbeit. So leitet er seit 1993 eine interreligiöse Gruppe (IGF Stuttgart, www.igfstuttgart.de). Ihr

Hauptanliegen ist spirituelle Gemeinsamkeit und zivilgesellschaftliches Engagement. In religionsverbindenden Friedensgebeten stehen die meisten Vertreter der Religionen mit ihrer zweifelsfrei unterschiedlichen Identität trotzdem gemeinsam vor dem transzendenten und numinosen Zusammenhalt dieser Welt.



Ulrich Börngen

Die Reformation radikalisieren, provoziert von Bibel und Krise – Teil II

Von Walter Altmann et al.

26. Nach biblischen Traditionen bewirkt das Martyrium der Gerechten Vergebung für die Sünden des Volkes (4 Makk 17,21f.) und der unschuldige Tod des Gottesknechtes macht die Vielen gerecht (Jes 53,11f.). Das gibt dem Kreuzestod ganz neue Dimensionen.
27. Die Begegnung mit dem auferweckten Jesus lässt das Kreuz in ganz neuem Licht erscheinen (Lk 24) – im Licht des Gottes, „der die Toten lebendig macht und das Nichtseiende ins Dasein ruft“ (Röm 4,17).
28. Von der Auferweckung her wird Jesus in die alten Klagegebete traumatisierter

Menschen („Mein Gott, warum hast du mich verlassen?“ Ps 22,2; Mk 16,34) und deren umfassende Hoffnung („Essen werden die Armen und satt werden!“ Ps 22,26) so eingeschrieben, dass auch wir einbezogen sind.

29. Eine Theologie des Kreuzes kann die frühere schändliche Bildvermischung zwischen Kreuz und Kreuzzug in der Geschichte des Kolonialismus überwinden. So kann die Theologie des Kreuzes wieder zu einer Theologie des Lebens (der Auferstehung) werden – im Licht von Gottes Solidarität mit dem unterdrückten Volk (minjung), wirtschaftlicher Gerechtigkeit für alle und der Unversehrtheit des Lebensgewebes.

30. So erweist die Auferweckung den Kreuzestod als das Gericht über die Mächte der Gewalt, als den radikalsten Vollzug von Gottes unbedingter Solidarität mit allen leidenden Geschöpfen und als Ausdruck von Gottes Treue und Gerechtigkeit gegenüber seinem Volk, allen Völkern und seiner Schöpfung.
31. Glaube im biblischen Sinne ist Umkehr. Zu Jesu Bußruf erklärt Luther: „Es bezieht sich nicht nur auf eine innere Buße, ja eine solche wäre gar keine, wenn sie nicht nach außen mancherlei Werke zur Abtötung des Fleisches (d.h. egozentrischen Handelns) bewirkte.“ Einerseits sind wir so herausgefordert, in einen Prozess der Wahrheit und Versöhnung im Blick auf die Irrtümer der Reformation einzutreten. Andererseits können wir, indem wir Gottes Gerechtigkeit unbedingt für uns gelten lassen, uns zum Tun des Gerechten in diese Befreiungsgeschichte einbeziehen lassen. „Nur der Glaubende ist gehorsam, und nur der Gehorsame glaubt“ (Bonhoeffer).
32. Luthers Rechtfertigungstheologie muss in verschiedenen Zeiten und Orten ausgeweitet und erneuert werden, insbesondere im Licht von Luthers Begriff des Evangeliums als der lebendigen Stimme Gottes. Die reformatorische Lehre von der Rechtfertigung muss aus der Einkapselung in den westlichen possessiven Individualismus und politischen Quietismus ausbrechen, indem sie die Menschen von all dem befreit, was sie Götzen unterwirft: Privilegien nach Art und Geschlecht, nach Volkszugehörigkeit, Religion, Nationalität und Klasse. Rechtfertigung muss wiederentdeckt werden als der Ausdruck für Gottes tiefes Mitleiden für alle im Tod Jesu. Dadurch wird dann unsere öffentliche Verantwortung für politische und wirtschaftliche Gerechtigkeit und für die Anerkennung „der Anderen“ verstärkt.
- „Seht, Neues kam zur Welt“
(2 Kor 5,17)**
33. Beim christlichen Evangelium geht es tatsächlich um die Versöhnung zwischen Gott und Menschheit und der Menschen untereinander. Aber wenn es dem Evangelium nicht gelingt, die ganze Schöpfung zu versöhnen, ist es nicht das Evangelium, die frohe Botschaft (2 Kor 5,18).
34. Die reformatorische Erkenntnis, dass wir durch das Vertrauen auf Gottes Gnade gerettet werden, sollte die Erkenntnis einschließen, dass Gott in der gesamten Schöpfung gegenwärtig ist und auf deren Schrei hört (Röm 8,18-23).
35. Sicher war es im 16. Jahrhundert ein Fortschritt, wenn die Reformatoren die äußerlichen und materiellen Formen des Gottesdienstes kritisierten. Einige gingen aber zu weit darin, jeden Begriff des Sakramentalen zu verwerfen, indem sie im aufkommenden Bildersturm alle materielle Kultur abstreiften. Dabei haben sie übersehen, dass alles Leben von Gott durchdrungen ist und dass die Welt als ganze eine sakramentale Realität ist.
36. Die reformatorische Erkenntnis, dass wir durch Gnade im Glauben gerettet sind, sollte auch Gottes gnädige Gegenwart in der ganzen Schöpfung bekräftigen. Gottes Gemeinschaft mit der Welt in Jesus Christus bedeutet, dass auch wir in die Gemeinschaft mit der Welt gerufen sind – ein diesseitiger Glaube wird dann verwirklicht, wenn wir an Gottes Mission zur Erneuerung der Schöpfung teilnehmen.
37. Mutter Erde wird gegenwärtig gekreuzigt und muss Auferstehung erfahren

- (Röm 8,18–22). Das ist zentral wichtig für uns Menschen, die Tiere, Pflanzen, Luft, Wasser und Erde. Wir sind Menschen nicht, weil wir konsumieren, sondern weil wir in Verbindung mit der Schöpfung leben und für ihr und unser Wohlsein sorgen müssen.
38. „Das Evangelium aller Kreatur“ (Mk 16,15 nach Luthers Übersetzung), Gottes gute Nachricht für die ganze Schöpfung und Gottes Gebote (Ps 119) werden abgebrochen, wenn Menschen, geschaffen nach Gottes Bild, diese Ordnung durch Ungerechtigkeit zerstören (Röm 1,18–20).
39. Das Evangelium fordert uns heraus, die Schöpfung als Gottes Garten zu bewahren. Dies erfordert sowohl eine klare persönliche Entscheidung wie auch eine neue wirtschaftliche, soziale und ökologische Politik für das Wohlergehen der ganzen Schöpfung und aller Völker auf dem Erdball.
40. „Leben im Überfluss“ (Joh 10,10) bricht mit den herkömmlichen Konzepten wirtschaftlicher Entwicklung: Es richtet sich zentral auf die Beziehung zur Schöpfung, auf die hin sich die menschliche Gemeinschaft orientieren muss. „Leben im Überfluss“ zielt nicht auf Mehr-haben, nicht auf Akkumulation und Wachstum, sondern auf die Balance aller Beziehungen.
41. Alle Menschen und die gesamte Natur haben das Recht und Bedürfnis nach „Brot und Rosen“. Menschen und Natur haben einen Hunger nach Brot und Schönheit. Es ist eine unvollendete Aufgabe reformatorischer Theologie, das Recht auf Leben in Fülle für die ganze Schöpfung zu proklamieren und dafür zu kämpfen.
42. Die Erde gibt allen Kreaturen Leben (Gen 1,24). Was die Natur hervorbringt, ist eine Gabe Gottes, für die wir Sorge tragen müssen. Das ist Ausdruck unserer Dankbarkeit und unserer Berufung als Menschen Gottes (Psalm 104).
43. Leben im Überfluss bedeutet nicht Konsumismus, sondern die Verbundenheit mit der ganzen Natur. Menschen und menschliche Industrie sind nicht das Endziel der Schöpfung: der Höhepunkt in Gottes Schöpfung zielt darauf, dass wir in der Anbetung und in gegenseitigen Beziehungen zur Ruhe kommen (Gen 2,2).
44. Das Evangelium ruft uns, die Schöpfung als Gottes Garten dadurch zu bewahren und zu erneuern (Jes 65,17; 2. Petrus 3,13), dass wir einen bescheidenen persönlichen Lebensstil annehmen und mit anderen Menschen verschiedener Kulturen und Religionen zusammenarbeiten, um eine lebensförderliche Politik für die Wirtschaft, das soziale Zusammenleben und die Mitwelt durchzusetzen.
45. Was „Schöpfung“ bedeutet, ist eng verbunden mit dem Leben künftiger Generationen. Theologien waren durchweg bestimmt von dem Personsein von Erwachsenen und nicht dem Personsein von Kindern. Es geht aber immer um Menschen in Gottes Geschichte. Dies gilt auch für Kinder und muss deshalb im Blick auf ihre gefährdete Zukunft ernst genommen werden.
46. Kinderrechte schützen Kinder vor Verletzung, Unterdrückung und Ausbeutung. Zugleich aber kommt es darauf an, Kinder mit all dem gelten zu lassen, was sie können und sind, und mit allem, was sie nicht können und nicht sind. In diesem Sinn müssen sie für die Theologie um ihrer Zukunft willen – aus ihrem Objektsein befreit – Subjekte werden.

„Selig sind, die Frieden praktizieren“ ... (Mt 5,9)

47. Der Schrei der Opfer ist zu hören, der Schrei derer, die Gewalt erfahren haben – hier besonders der Schrei der Opfer in den gewaltsamen Kämpfen um die Reformation: der Schrei der Bauern, der Täufer (Mennoniten), Juden und Muslime. Zu hören ist aber auch der Schrei derer, die heute Gewalt leiden – der Schrei der Opfer von häuslicher Gewalt, ökonomischer Ausbeutung, Verletzung von Menschenrechten, Ungerechtigkeit gegen die Schöpfung, Imperialismus und Krieg.
48. Zu rufen ist nach Umkehr zur Friedenspraxis (Jes 2,2-4). Friedenspraxis ist dort gegeben, wo Menschen Gottes Praxis und all der gewaltfreien Praxis folgen, wie sie Jesus ausübt. Mit solcher Friedenspraxis beginnt Gottes Reich, beginnt Gottes Frieden (Shalom; Jes 11,6-9).
49. Das Phänomen der Gewalt ist sichtbar überall, wo der Friedenspraxis widerstanden wird und wo sie verhindert wird – durch soziale, politische, ökonomische oder auch direkt staatliche Gewalt, deren Opfer zum Himmel nach Hilfe schreien.
50. Gewalt ist überall und in vielen Formen (strukturelle Gewalt, technische Gewalt, militärische Gewalt, Aktionsgewalt) präsent. Die Allgegenwart von Gewalt wird sichtbar auch in vielen besonders resistenten Praktiken – wie der Fixierung von Feinden und vor allem Sündenböcken (Apg 7,54-60).
51. Für alle Formen von Gewalt sind Gründe und Ursachen zu finden. Gewalt ist aber immer eine Folge von vorausgegangener Gewalt. Gewalt ist immer schon Gegengewalt.
52. Es gibt keinen Weg der Begründung

oder der Legitimation von Gewalt. Gewalt ist immer illegitim. Es gibt keine rechtmäßige Gewalt, das heißt, es gibt keine Gewalt, die durch Recht letztgültig begründet werden kann. Es gibt keinen gerechten Krieg, und es gibt keinen gerechtfertigten Krieg. Luther, Zwingli und Calvin akzeptierten nur begrenzte Gewalt zur Minimierung größerer Gewalt. Aber selbst diese Logik ist angesichts moderner Massenvernichtungsmittel anachronistisch geworden. Gewalt kann niemals Mittel für irgendein Ziel sein; denn Gott hat alle Dinge mit sich selber versöhnt (Kol 1,19-20).

53. Die Durchsetzung von Recht kann nicht auf Gewalt beruhen. Wo Menschen Gewalt erleiden, sind sie mit Mitteln der Friedenspraxis zu schützen. In der Zeit der Reformation wurde begonnen, den Einsatz von Gewalt als ausschließlich „obrigkeitlich“ gebundene kriegerrische oder polizeiliche Gewalt und ausschließlich als Schutz des Nächsten vor Gewalt zu bestimmen. Diese radikale Begrenzung ist weitgehend verdrängt worden. Diese äußerst begrenzte Gewalt ist dort, wo sie gebraucht werden muss, nicht einfach als notwendig gegeben zu verstehen, sondern als mahnendes Zeichen einer gebrochenen Welt.
54. Auch Rechtssetzung beruht auf Gewalt – das ist die äußerste Gewalt, die aber keine weitere Gewalt legitimiert, sondern das Tun des Gerechten fordert (Mt 5,38-42). Rechtssysteme müssen daraufhin beurteilt werden, ob sie Gerechtigkeit gewährleisten und so Frieden begründen.
55. Frieden praktizieren, heißt, ohne Gewalt zu leben, zu reden und zu handeln. Frieden zu praktizieren, heißt, das zu tun, worin sich Frieden vollzieht: Gerechtigkeit tun, hören, vergeben, teilen, ver-



Illustration von Jan Luyken im Märtyrerspiel: Dirk Willems rettet seinen Verfolger, der ihn dann dem Scheiterhaufen übergibt (aus: http://de.wikipedia.org/wiki/Dirk_Willems)

schenken, heilen, lindern, helfen – all dies als Widerstandarbeit gegen Gewalt (Mt 5,3–11). Dies alles ist Gottesdienst (Rö 12,1–2) – Gottesdienst ist Friedenspraxis.

56. Frieden zu praktizieren, gilt es auch im Reden – keine rhetorische Gewalt auszuüben, zu bezeugen, nicht zu überzeugen (Mt 5,33–37).
57. Frieden praktizieren, heißt, darauf zu setzen, dass das Zusammenleben aller – die politische Gemeinschaft – einzig von den Praktiken des Friedens getragen ist. Frieden praktizieren, heißt so, einer Überzeugung zu folgen, die im Sinne der Verantwortung realistisch ist – weil nur durch Friedenspraxis Frieden in der Welt präsent wird (Mt 5,43–48).

**„Einer trage des anderen Last und erfüllet so die Tora Christi“
(Gal 6,2)**

58. Am Ursprung der Reformation liegt Luthers Wiederentdeckung von Gottes Gerechtigkeit als schöpferischer und erneuernder Macht in den Schriften des Paulus. In seiner Lehre von der Recht-

fertigung fasst Luther diese Gerechtigkeit als barmherzige Zuwendung Gottes, selbst zum Gottlosen (*sola gratia*), und als Vertrauen auf die Treue Gottes im Glauben (*sola fide*) an Christus (*solus Christus*).

59. Die Gerechtigkeit Gottes führt Paulus zur visionären Einsicht, dass „in Christus“ die Gegensätze und Hierarchien der „gegenwärtigen bösen Weltordnung“ (Gal 1,4) außer Kraft gesetzt sind. „Wir“ sind nicht das, was uns von den anderen abgrenzt, sondern mit ihnen verbindet. Die menschlichen Gegensätze von Nation, Religion, Geschlecht, Klasse, die das Selbst als Feind und Rivalen des anderen konstituieren, werden in der Taufe „abgelegt“ wie alte Kleider. Eine neue Praxis des Einswerdens durch Miteinander und Füreinander bringt eine neue Form des Menschseins und der Welt hervor. (Gal 6,2.15) „Hier ist nicht mehr Jude noch Grieche, nicht Sklave noch Freier, nicht männlich und weiblich, sondern Ihr seid alle eins in Christus“ (Gal 3,28). Damit sind Gottes Gerechtigkeit, die Rechtfertigung des Menschen und menschliche Gerechtigkeit untrennbar miteinander verbunden.
60. Ein außerordentlich problematischer und nicht-paulinischer Aspekt reformatorischer Rechtfertigungstheologie und ihrer späteren Auslegung im Protestantismus ist ihr Begriff des „Gesetzes“. Luther setzt „Gerechtigkeit aus dem Gesetz“ auf programmatische Weise der „Gerechtigkeit oder Rechtfertigung aus Glauben“ entgegen und versteht diese Antithese als unversöhnliche Antithese von Judentum und Christentum.
61. Diese folgenschwere Polarisierung gründet in seiner Auslegung des Galaterbriefs. Zu Unrecht setzt Luther hier das

- von Paulus kritisierte Gesetz mit der Tora gleich. Die zentrale Kontroverse des Galaterbriefes um die Notwendigkeit des jüdischen Rituals der Beschneidung für die nichtjüdischen Christusgläubigen wird als Zurückweisung „des“ Judentums und seines Gesetzes verstanden. Wie neuere Forschung gezeigt hat, war jedoch der eigentliche Widerpart im Streit des Paulus mit seinen galatischen Gegnern nicht die jüdische Tora, sondern das Gesetz und die Ordnung des Römischen Imperiums. Dieses setzte sowohl für Juden als auch Heiden bestimmte Konformitätsregeln. Das paulinische Modell einer solidarischen Gemeinschaft von Juden und Nichtjuden „in Christus“ kollidiert in erster Linie mit diesen imperialen Ordnungsvorstellungen und Sozialisationsmustern, nicht zuletzt im Rahmen der römischen Kaiserreligion.
62. Die Reformation setzte weiterhin Judentum mit dem Römischen Katholizismus gleich und verurteilte beide als „Gesetzesreligionen“, die Rechtfertigung durch „Gesetzeswerke“ erlangen wollen. Das polare Muster von „Werke oder Gnade und Glaube“, „Evangelium oder Gesetz“, angewandt auf konkrete

Personen, hatte eine verhängnisvolle Folgegeschichte in seiner weiteren Auslegung: Es wurde nicht nur antijudaistisch und anti-römisch katholisch gelesen, sondern auch gegen „Schwärmer“, Täufer, Muslime und andere „Häretiker“ gewendet, oft mit tödlichen Konsequenzen.

63. Bis in die Gegenwart fallen befreiungstheologische, feministische und soziale Bewegungen oft dem Verdikt der „Werkgerechtigkeit“ oder „Gesetzlichkeit“ anheim, das ihnen den rechten Glauben abspricht. Rechtfertigungstheologie wird gegen innerweltliche Gerechtigkeit gewendet.
64. Damit ist die protestantische Tradition in ihrem Kern kompromittiert durch eine Identitätsbildung in Abgrenzung vom „Anderen“, die der radikalen paulinischen Solidarität eines Miteinanders über alle Grenzziehungen hinweg zuwiderläuft. Angesichts der gegenwärtigen Weltkrise ist es ein kategorischer Imperativ, dass sich protestantische Rechtfertigungstheologie neu auf die Gerechtigkeit Gottes besinnt und zu ihrem schriftgemäßen Wurzeln zurückkehrt.

Teil II

Autoritärer Kapitalismus und Schuldenerlass

Von Franz Segbers

4. Der Schuldenerlass als eine widerständige Befreiungstradition im kulturellen Gedächtnis Europas

Schuldet jemand einem anderen Menschen

einen Gefallen oder sogar sein Leben – dann gilt die Schuld speziell für diesen Menschen. Doch anders ist es beim Geld: Durch Geld wird eine wechselseitige Verpflichtung von Menschen zu einer abstrakten unpersönlichen Schuld, die sogar übertragen werden kann, wenn sie eingetriben werden soll. Seit den frühen Hochkulturen mit dem Auf-

kommen der Geldwirtschaft werden Schulden zu einem Versprechen, dessen Einhaltung mit aller Macht und Gewalt durchgesetzt wird. „Schulden“ sind aber nicht nur eine geldliche Schuld, sondern auch eine moralische Verpflichtung und eine moralische Waffe – und das seit der Zeit Mesopotamiens. Der amerikanische Soziologe David Graeber ist den Schulden in der Geschichte nachgegangen und hat aufgezeigt, dass der Kampf um die Rückzahlung von Schulden ein Ausdruck des Konfliktes zwischen Arm und Reich ist. In einer Gesellschaft, die in Arm und Reich gespalten ist, müssen die einen sich verschulden, um überhaupt überleben zu können, und die anderen sind reich genug, Geld zu verleihen – und profitieren davon. Der Konflikt zwischen Arm und Reich wird in eine moralische „Schuld“ umgedeutet, um zu verdecken, dass nicht die Reichen den Armen etwas schuldig sind, sondern man will sicher stellen, dass die Armen die Schuldigen sind. Der Klassenkonflikt zwischen Arm und Reich wird moralisch bemäntelt, indem man finanzielle Schulden als moralische Schuld bezeichnet.

Das Problem der Überschuldung ist nur in seiner Komplexität modern, insofern Verschuldung privater Haushalte, von Staatshaushalten oder der Verschuldung ganzer Staaten gegenüber Geldgebern ineinander übergehen. Ansonsten reicht das Problem der Überschuldung zurück bis in die frühen antiken Hochkulturen und den Beginn der Geldwirtschaft. In der Antike war die Überschuldung die Hauptursache für die Verarmung der Massen. Gegen diese systemische und immer wiederkehrende Überschuldung gibt es eine Jahrtausend alte Tradition des Schuldenerlasses, die bis nach Mesopotamien zurückreicht und auch in der Bibel zu finden ist. Auch in Israel gerieten immer wieder Kleinbauern in Überschuldungsverhältnisse wie bei Nehemia plastisch nachzulesen ist.

Dort wird nachgezeichnet, wie überschuldete Kleinbauern Frauen, Kinder und dann Äcker verpfänden mussten. Als eine Revolte drohte, hat Nehemia einen Schuldenerlass organisiert. (Neh 5) Eine rechtliche Antwort auf das gesellschaftliche Problem der Verschuldung gibt der Schuldenerlass alle sieben Jahre in Dtn 15,1-11. Diese Regelung war wirksam bis in die römische Zeit, also die Zeit des Neuen Testaments. Sie geriet aber durch die Integration der Ökonomie Israels in die frühe griechische Globalisierung und in der Zeit der römischen Besatzung Israels unter erheblichen Druck. Daher hatte Rabbi Hillel (ca. 30 v. Chr. bis 9 n. Chr.) ein neuartiges, am griechisch-römischen Eigentumsverständnis orientiertes, Rechtsinstitut, den Probul, eingeführt. Dieser Probul erlaubte es, dass beide Parteien in einen Darlehensvertrag eine Zusatzbestimmung aufnehmen konnten, und den Schuldenerlass der Tora so außer Kraft zu setzen. Der Probul erfüllte eine paradoxe Doppelfunktion: er ermöglichte es, den Schuldenerlass der Tora zu umgehen und gleichzeitig die Tora zu halten. Pacht-, Darlehens- und Zinszahlungen aus der Verschuldung der Pächter konnten weiterhin trotz des Erlass- und Sabbatjahrs fließen. Aus Sicht der überschuldeten Kleinbauern war der Probul jedoch nichts anderes als eine Klassenjustiz der herrschenden Priesterelite und Aristokratie. Kein Wunder, dass zu Lebzeiten Hillels das Erlassjahr nicht mehr praktiziert wurde. Doch für die Überschuldeten wurde faktisch durch diese „Modernisierung“ ihr Gott gegebenes Tora-Recht abgeschafft. Für die religiöse und ökonomische Elite ist der Probul ein scheinbar legales Instrument, faktisch aber eine Rechtsbeugung. Wenn Jesus in Lk 4, 19 bei seiner Rede in der Synagoge in Nazareth „das Gnadenjahr des Herrn“ ausruft, knüpft er an diesen Konflikt an. Er stellt sich auf die Seite der überschuldeten Klein-

bauern und Pächter und teilt deren Hoffnung auf ein „Gnadenjahr“ – ein Erlassjahr.

In zahlreichen Gleichnissen greift Jesus den gesellschaftlichen Konflikt der Überschuldung auf. So beschreibt das Gleichnis vom „Klugen Verwalter“, der eigentlich ein Verwalter des ungerechten Pächters ist (Lk 16, 1-8) ist, die Pharisäer als Menschen, „die am Geld hängen“ (Lk 16,14) und die über den dort praktizierten Schuldenerlass lachten. Sie sind vermeintlich fromm und schaffen den Spagat, Gott und dem Mammon zu dienen. Doch sie sind eher bereit, die Gesetze der Tora zu verletzen als die Rechte der Vermögenden auf ununterbrochene Geldvermehrung ohne Schuldenerlass. Wenn die Tora ihren Kapitalinteressen widerspricht, wird ein neuartiges Rechtsinstitut wie der Prosbul geschaffen – um die Tora dennoch vermeintlich „halten“ zu können. Genau diese Paradoxie aber, die Toraforderung eines Schuldenerlass zu umgehen und die Tora vermeintlich zu halten, ist es, die Jesus kritisiert, wenn er sagt: „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon“ (Lk 16,13).

Die Jesusbewegung unterstützt das Tora-Recht der Schuldner, wie es in Dtn 15 festgeschrieben ist. In der Bergpredigt heißt es: „Gib dem, der dich bittet, und wende dich nicht von dem ab, der etwas von dir borgen will“ (Mt 5,42). Die Vater-unser-Bitte „vergib uns unsere Schulden“ gehört ebenfalls in diese Erlassjahrtradition. Sie ist ein Notschrei und drückt eine jahrhundertelange Erfahrung der Menschen mit Schulden und Verschuldung aus.

Der biblische Schuldenerlass ist ein Instrument gegen die Macht der Vermögenden. Bei Schulden entsteht ein asymmetrisches Machtverhältnis, das auch eine biblische Spruchweisheit zum Ausdruck bringt: „Der Reiche herrscht über den Armen, und wer ausleiht, wird Sklave dessen, der verleiht“ (Spr 22,7). Bis die Schulden beglichen sind,

muss sich der Schuldner unterordnen und kann keine Gleichbehandlung mehr erwarten. Diese Unterordnung des Schuldners unter den Kreditgeber wird verschleiert, indem die Schulden in eine moralische Schuld umgeformt werden, um Druck und Gewalt gegen die Schuldner legitimiert zu können. Die Rückzahlung der Kredite ist ein Modus des Klassenkonfliktes zwischen Arm und Reich.

5. Nachfolgepraxis im Schuldenstaat

Diese der Bibel bekannte Unterordnung des Schuldners unter den Kreditgeber drückt sich heute in einem autoritären Kapitalismus aus. Wenn Regierungen und Bürger nicht den Wünschen der Finanzanleger nachkommen, dann haben Finanzanleger die Macht, schnell aus einer Anlage in eine andere wechseln zu können. Den Druck verstärken die Ratingagenturen, die die Vertrauenswürdigkeit abstimmen können und dadurch die Darlehenskosten verteuern, was den Preis der Darlehen für die Vermögenden zusätzlich noch erhöht und dadurch die Verschuldung verschärfen. Diese Macht der Gläubiger wird erst dann gebrochen, wenn durch einen Schuldenerlass die Rechte und Lebensrechte der Schuldner verteidigt werden.

Der Klassenkampf, der im Schuldenstaat über die Verschuldung der Bürgerinnen und Bürger inszeniert wird, ist die Hauptarena der gegenwärtigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, in die heute auch Christinnen und Christen geschickt werden. In diese Auseinandersetzungen können internationalistische Christinnen und Christen die Erfahrungen der Kirchen des globalen Südens aufgreifen und an die biblische Tradition des Schuldenerlasses erinnern. Denn der globale Süden war das erste Opfer der falschen neoliberalen Wirtschaftsdoktrin. Was der Nor-

den zuerst dem Süden angetan hat, trifft nun auch den Norden selber.

Deutschland befindet sich auf dem Höhepunkt der bisherigen Reichtumsentwicklung. Das hauchdünne oberste Prozent verfügt über so viel Vermögen wie die Hälfte der Bevölkerung! Nach fünf Jahren Finanzkrise hat die Zahl der Millionäre mit 829.900 in Deutschland einen neuen Rekordstand erreicht. Das zeigt: Die Krise der Weltökonomie wurde von den Vermögenden zur Kapitalvermehrung genutzt. Sie haben auch in der Krise, wo allenthalben gespart und vor allem auf Kosten der Armen, der Erwerbslosen und prekär Beschäftigten, sich bereichert. Die Superreichen haben die Reichtumsmehrung zu einer globalen Regierungsform gemacht. Es herrscht eine „neo-feudale Plutokratie“.

Der weltweite Reichtum wäre eine gute Meldung, denn zum ersten Mal in der Geschichte ist der objektive Mangel besiegt. Die Utopie eines gemeinsamen Glücks aller wäre materiell möglich. Doch gerade jetzt findet eine Refeudalisierung der Verhältnisse statt, welche die Feudalherren von ehemals, die Päpste, Fürsten und Konquistadoren des Mittelalters vor Neid erblassen lassen würde. Die Armut der vielen und der Reichtum der wenigen ist kein Naturereignis, sondern ist ökonomisch von der Geldelite gewollt und von den Politikern gemacht.

Das ist also die Welt, in der wir Christinnen und Christen leben. Es ist eine Gesellschaft, in dem die Sünde System hat. Das ganze Leben ist von der Logik der Ökonomisierung und Kommerzialisierung durchtränkt, hinter der sich eine ungeheure Akkumulation von Kapital vollzieht. Auf die eine oder andere Weise ist jeder und jede in das herrschende System verstrickt. Das gerade kennzeichnet eine Situation, die totalitär genannt werden kann. Aber gerade darum müssen Kirche und Christinnen und Christen diese Systemlogik demaskieren, verwerfen und

Strategien entwickeln, sie wenigstens in Ansätzen zu überwinden und so Salz für eine andere Welt zu werden. Der Kampf um einen Schuldenerlass spielt dabei eine zentrale strategische Rolle.

Die internationalen Kapitalmärkte fordern die Kürzung der Löhne und Renten, sie bedrängen oder zerstören den Sozialstaat, damit die Renditen der Vermögenden sicher sind. Sie fordern Opfer für ihre Verheißung: Wenn ihr uns den Sozialstaat und seine Errungenschaften opfert, dann geht die Krise zu Ende. Dieses Opfer hat einen Namen: Abbau der sozialen Errungenschaften von Athen über Madrid bis Lissabon, Kürzung der Löhne und Renten, Entlassung von Staatsbediensteten, Zerschlagung von Tarifverträgen und Abbau regulärer Beschäftigung, damit die Geldelite auf den Finanzmärkten wieder Vertrauen gewinnen kann – sonst droht Ungemach. Theologisch gesprochen, handelt es sich hier um einen Opfer-Kapitalismus, der nicht einmal davor zurückschreckt, Menschen im armen Süden zu morden und im reichen Norden in Armut und Arbeitslosigkeit zu stürzen. Diese Opfer treffen den Süden wie den Norden – nur die Tragweite ist unterschiedlich. Papst Franziskus weiß aus seinen Erfahrungen im überschuldeten Argentinien, welche Opfer der Internationale Währungsfonds gefor-



Letzte Bastion Entenhausen

dert hatte und kommt zu der Schlussfolgerung: „Die Ökonomie tötet Menschen.“

Der Opferkult gehört keineswegs in eine vergangene religiöse Epoche, sondern ist im Kapitalismus noch ärger als in archaischen Zeiten. Karl Marx hat es so gesagt: „Man hat ein Idol aus diesen Metallen (Gold und Silber) gemacht ... um sie zu Gottheiten zu machen, denen man mehr Güter und wichtige Bedürfnisse und sogar Menschen geopfert hat und immer noch opfert, als jemals das blinde Altertum seinem falschen Göttern geopfert hat“¹. Diesen Opfercharakter der Religion des Kapitalismus hatte Karl Marx 1864 angesprochen und süffisant von denen gesprochen, die meinen, „dass jede gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages die Totenglocke der britischen Industrie läuten müsste, die vampirgleich, nicht leben könne, ohne Blut und vor allem Kinderblut. In alten Zeiten war der Kindesmord ein mysteriöser Ritus der Religion des Molochs. Doch er wurde nur bei ganz feierlichen Gelegenheiten ausgeübt, einmal im Jahr vielleicht, und dann hatte damals der Moloch keine ausschließliche Vorliebe für die Kinder der Armen.“² Für Marx ist der Opferkult im Kapitalismus zum System geworden. Auch heute werden ärger als in der Antike Tag für Tag Menschen dem Moloch „Schuldendienst“ geopfert.

Die gegenwärtige Schuldenkrise ist global und ein Zeichen eines fehlerhaften Finanzsystems, das theologisch als verschuldender Opferkapitalismus zu kennzeichnen ist. Der us-amerikanische Milliardär Warren Buffet hat die Finanzwirtschaft eine „Finanzielle Massenvernichtungswaffe“ genannt. Es ist höchste Zeit, die Waffe aus der Hand zu schlagen. Schulden entstehen nicht, weil die „Griechen so faul sind“ (BILD-Zeitung) oder wir „über unsere Verhältnisse leben“ (A. Merkel). Der Kapitalismus braucht die Verschuldung. Die Vermögenden können ohne Verschuldung ihr Vermögen nicht vermeh-

ren. Verschuldung ist nicht nur erwünscht, sondern ein notwendiger Bestandteil des destruktiven Finanzkapitalismus. Deshalb ist zu fragen: Wer sind die Schuldigen? Sind nicht die Reichen schuld an der Verschuldung, denn sie brauchen den Schuldner, um ihr Geld mehren zu können?

Die gegenwärtige Krise verlangt gewiss umfangreichere Regelungen als wir sie aus der biblischen Tradition kennen. Dennoch kann die Befassung mit dieser biblischen Regelung des Schuldenerlasses die heutigen Suche nach Lösungen erweitern. Die Auseinandersetzung um die Verschuldung ist ein Machtkampf zwischen den Interessen der Bürger und den Interessen der Finanzinvestoren. Wessen Ansprüche haben Vorrang? Bei wem wird gekürzt: Bei den Kapitaleignern oder bei den sozialen Rechten der Menschen? Die biblische Tradition gibt für diese Auseinandersetzungen eine klare Orientierung vor, die sich an der Würde des Lebens der Menschen orientiert. Denen, die den Menschen und die kulturelle, ja zivilisatori-



„... in euerm Bunde der Dritte“

schen Errungenschaften des Sozialstaates für den Finanzkapitalismus opfern wollen, setzt die Bibel die Befreiungstradition des Schuldenerlasses entgegen.

Kirche Sein in diesem Geldmacht-Komplex der Sünde bedeutet, aus dem Glauben her-

aus und auf biblischer Grundlage eindeutig Stellung zu nehmen. Wenn die destruktive Logik des Finanzkapitalismus nicht beendet wird, die alle Bereiche der Erde und des Lebens der Kapitalakkumulation unterwirft, dann wird das Leben zerstört. Nachfolge wird deshalb eine Praxis sein müssen, die darauf drängt, die Bedürfnisse der Menschen und ihre natürlichen Lebensgrundlagen zum Zentrum des Wirtschaftens zu machen.

Wer sich in diese Arena begibt, dem tun sich auch die Felder auf, wo der Kampf gegen den Finanzkapitalismus konkret wird: In den Auseinandersetzungen um gerechte Löhne, auskömmliche Renten, faire Steuern und einen Sozialstaat, der Menschen vor den Stürmen des Kapitalismus in Sicherheit bringt und vor allem den Schuldenstaat, der die Verteilung von unten nach oben organisiert. Das sind im Kern alles Verteilungsfragen. Diese Kämpfe zu unterstützen, ist der konkrete Ort der Nachfolge in einer sich ausbreitenden Lazarusgesellschaft, in der das Geld zur alles bestimmenden Wirklichkeit geworden ist und der Mammonismus herrscht.

In einer solchen Gesellschaft ist ein Schuldenerlass eine wirksame Waffe zur Verteidigung der Rechte und Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger gegen die Vermögensbesitzer und ihr Regime. Deshalb ist es Zeit, an die alte Weisheit der Religionen zu erinnern, wie es im Vaterunser heißt: „Erlass uns unsere Schulden, wie auch wir denen vergeben, die uns etwas schuldig sind.“

Anmerkungen

- 1 Karl Marx, MEW 13, S. 103
- 2 Karl Marx, *Ausgewählte Schriften*, Moskau 1934, Bd. II, S. 450f.

Weiterführende Literatur:

Frank Deppe, *Autoritärer Kapitalismus. Demokra-*

tie auf dem Prüfstand, vsa Verlag, Hamburg 2013.

Wolfgang Streeck, *Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin 2013.

Franz Segbers, *Schuld und Schulden*, *Theologisch-praktische Quartalsschrift* 1/ 2014. 58-66.

Franz Segbers, *Auf Mose und die Propheten hören und in der Lazarusgesellschaft des Finanzmarktkapitalismus*, in: Arne Hilke (Hg.), *Damit es unwahr werde! Festschrift für Kuno Füssel zum 70. Geburtstag*, book on demand, 2011, 13-36.

Franz Segbers, „Sich Freunde machen mit dem Mammon der Ungerechtigkeit.“ Eine Relecture des Gleichnisses vom „gerissenen Verwalter“ (Lk 16,1–14) im Kontext der Finanzkrise; in: Marlene Crüsemann, Claudia Jannsen (Hg.), *Gott ist anders: Gleichnisse neu gelesen auf der Basis der Auslegung von Luise Schotttroff*, Gütersloh 2014.

Dr. theol. Franz Segbers, geb. 1949

Professor em., studierte kath. und ev.

Theologie sowie Sozialwissenschaften,

war Betriebsseelsorger und Dozent an

der Ev. Sozialakademie Friedewald, Referent für Arbeit,

Ethik und Sozialpolitik beim Diakonischen Werk Hessen und Nassau,

bis 2014 Professor für Sozialethik in Marburg; Gastprofessor auf den Philippinen.

Neueste Bücher:

Ökonomie, die dem Leben dient. Die Menschenrechte als Grundlage einer christlichen Wirtschaftsethik,

Butzon&Bercker, Kevelaer, Neukirchen-Vluyn 2015; mit Simon Wiesgickl (Hg.): „Diese Wirtschaft tötet“ (Papst Franziskus). Kirchen gemeinsam gegen Kapitalismus, Hamburg 2015



Franz Segbers

Leserzuschrift

Landesarbeitsgemeinschaft Linke Christ(inn)en in Hessen: „Links sein und Christ sein im Zentrum des Mammons“, CuS 2–3/2015

Von Siegfried Katterle

Die linken Christ(inn)en entnehmen die Mottos ihrer provozierenden Thesen dem Kirchenvater Johannes Chrysostomos, der Kapitalismuskritik des Papstes Franziskus („Diese Wirtschaft tötet“, „Wir haben neue Götzen geschaffen“) und den Erklärungen des Ökumenischen Rates der Kirchen. Es kennzeichnet die Provinzialität und Betulichkeit beider großer Kirchen in Deutschland, dass die Erklärungen des Ökumenischen Rates hierzulande kaum zur Kenntnis genommen und unter das Volk Gottes gebracht werden, und dass kapitalismuskritische Äußerungen des Papstes sogleich mit dem Hinweis relativiert werden, sie bezögen sich auf den Kapitalismus in Ländern der Dritten Welt, aber nicht auf „unsere“ deutsche soziale Marktwirtschaft. Als könnte man in der Welt globalisierter Märkte, international agierender Konzerne und unzulänglich regulierter „systemrelevanter“ Banken, die „too big to fail“ sind, „unsere“ soziale Marktwirtschaft vom Rest der Welt isolieren! Und als sei die Soziale Marktwirtschaft im Sinne des Sozialökonom Alfred Müller-Armack, dessen Bestreben es war, „ethische Gedanken in eine Wirtschaftsordnung zu inkorporieren“, nicht poststrukturalistischer Dekomposition durch die Propaganda einer „Initiative Neue soziale Marktwirtschaft“ unterzogen worden.

Gewiß diagnostizieren die Linken Christ(inn)en richtig, wenn sie „die in-

einander verflochtenen Finanz-, Sozial-, Klima- und Umweltkrisen“ als „Ausdruck einer grundlegenden Krise des Kapitalismus“ verstehen. Wenn sie allerdings daraus folgern: „Der Kapitalismus ist nicht reformierbar“, so befinden sie sich im Widerspruch mit den historischen Erfahrungen eines „verbesserlichen Kapitalismus“, wie es die Soziale Marktwirtschaft der alten Bundesrepublik und vergleichbare Systeme des „Rheinischen Kapitalismus“ vor dem Siegeszug der neoliberalen Konterrevolution waren, und wie es die Wirtschaftsordnung des New Deal des Präsidenten Franklin D. Roosevelt mit ihren regulatorischen Eingriffen in Eigentumsrechte und private Vertragsfreiheit in den USA gewesen ist. Wann und wo der marktradikale shareholder-Kapitalismus einer „marktkonformen Demokratie“ (Angela Merkel) in einen durch soziale und ökologische Reformen „verbesserten“ stakeholder-Kapitalismus übergeht, und wo dieser einen Systemwandel zur „Wirtschaftsdemokratie“ eines demokratischen Sozialismus erfährt, mag hier offen bleiben. Entscheidend ist die mutmachende Erinnerung an die historischen Erfahrungen eines „verbesserten“ Kapitalismus und die Wahrnehmung und das Engagement in der aktuellen Kapitalismuskritik, wie wir sie z.B. in dem Band von W. Kurtzke, G. Quaißer (Hg.): *Alternative Wirtschaftspolitik – Tro(o)st in Theorie und Praxis* (Marburg 2015) finden.

Ist unsere Ernährung eine Gewissenssache?

Von Michael Distelrath

Während meiner ehrenamtlichen Tätigkeit bei der Lebensmittelausgabe der evangelische Kirche (Tafel-Bewegung) in Köln-Bocklemünd/Mengenich haben wir oft über unserer Nahrung gesprochen. Es ging dabei um Begriffe wie „Koscher/Treif“, „Halal/haram“ und „warum vegetarisch bzw. vegan?“ Anregend war auch ein Bericht bei Arte, in dem die Tierquälerei bei der Schweinezucht beanstandet wurde. In einer Gesellschaft, in der alles industrialisiert wurde, muss man sich auch Gedanken machen, was man isst.

Zuerst mal ein Zitat aus den Thomas-Evangelium¹:

„Jesus: „..., wenn man euch aufnimmt, so esst, was man euch vorsetzt... Denn was hineingeht in euren Mund, verunreinigt euch nicht. Aber was aus eurem Munde herauskommt, das ist es, was euch unrein macht.““

Spruch 014

Es wäre auch unhöflich, die Küche des Gastgebers zu verschmähen. Doch setzt dieses Zitat aus den Apokryphen die biblischen Speisevorschriften nicht generell außer Kraft.

Während etwa eine Milliarde Menschen hungern müssen, leben wir in Überfluss. Selbst die Ärmsten unter uns haben mehr als nur eine Schale Reis. Allein von dem Abfall der Industrienationen kann ganz Afrika ernährt werden. Es ist eine Katastrophe, dass der Hunger, weltweit gesehen, immer noch die Todesursache Nummer eins ist. Wir produzieren bzw. es wachsen (Gott sei Dank!) Nahrungsmittel, die für 12 Milliarden Menschen reichen würden. Bei einer derzeitigen Bevölkerung von 7–8 Milliarden Menschen wäre das eigentlich ausreichend. Da aber etwa die Hälfte der Lebensmittel weggeworfen wird,

reicht die andere Hälfte nicht dafür aus, alle Menschen satt zu machen. Lebensmittel sind aber kein Abfall, also müssen wir viel bewusster einkaufen.

Kleingärten und „urban-gardening“ schaffen lokale Lebensmittel. Was bei uns wächst, brauchen wir nicht zu importieren. Dies schont unsere Umwelt und stellt die nicht importierten Lebensmittel anderen zu Verfügung.

Da wir gerade bei Importware sind – Lebensmittel sind mehr als nur ein Handelsgut. Weil wir alle ein Recht auf menschenwürdiges Leben haben, steht allen auch eine menschenwürdige Ernährung zu. Es kann nicht sein, dass Menschen hungern müssen, nur weil Spekulanten an der Börse die Marktpreise hochtreiben. Gerade Grundnahrungsmittel dürfen nicht den freien Märkten ausgeliefert sein.

Die Massentierhaltung führt dazu, dass Tiere leiden. Artgerechte Haltung ist eher die Ausnahme. Antibiotika und andere Medikamente werden massenweise eingesetzt. Diese Fleischproduktion ist Tierquälerei und schadet auch unserer Gesundheit. Daher ist dieses Fleisch nicht zum Verzehr geeignet. Man bedenke, dass auch Tiere eine Seele haben. Im Schöpfungsbericht heißt es²:

„Es soll wimmeln die Wasser von Gewimmel lebender Seelen (nāphāsh chayah),...“

Genesis 1,20

Etwas später heißt es

„Die Erde bringe lebende Seelen (nāphesh chayah) nach ihrer Art heraus...“

Genesis 1,24

Es liegt also an uns selbst, zu erkennen, dass das Schicksal der Tiere eine offene Wunde im Herzen des Schöpfers ist. Wir alle sind aufgerufen, dass diese Wunde geschlossen wird. Ethisch vertretbar kann Fleisch nur sein,

wenn das Tier ein artgerechtes Leben und ein natürlichen Tod hatte. Doch wo findet man das in unserer Gesellschaft noch?

„Und wenn es kommt, dass ich Wolken über die Erde führe, so soll man meinen Bogen sehen in den Wolken. Alsdann will ich gedenken an meinen Bund zwischen mir und euch und allen lebendigen Seelen in allerlei Fleisch, dass nicht mehr hinfort eine Sintflut komme, die alles Fleisch verderbe.“

Genesis 9,14+15

Hier wird deutlich, dass Gott nicht nur einen Bund mit den Menschen schließt, denn es heißt „alle lebendigen Seelen“. Die Tiere sind hier uns gleichgestellt. Also, was maßen wir uns an, so mit Gottes Geschöpfen umzugehen?!

Selbst wenn Milchprodukte als „koscher“ gelten, so ist dies in der industriellen Massentierhaltung trotzdem bedenklich. Damit wir Milch zu trinken und Milchprodukte zu essen haben, müssen die Milchkühe leiden. Wie jedes weibliche Säugetier gibt jede Kuh nur Milch um ihre Säuglinge, die Kälbchen, mit Muttermilch zu versorgen. Damit sind Milchkühe dauerschwanger. Das kann für die Kuh nicht gesund sein. Damit ist, genau genommen, auch Milchiges nicht mehr „koscher“.³

„Der Gerechte erbarmt sich über sein Vieh, das Herz des Gottlosen aber ist grausam“
Sprüche 12,10

Die industrielle Landwirtschaft schafft es sogar, pflanzliche Lebensmittel zu verunreinigen. Es wird chemisch gedüngt; Pestizide und Unkrautvernichtungsmittel werden sogar noch kurz vor der Ernte massenweise eingesetzt. Auf den Feldern kommen Chemikalien zum Einsatz, damit das Getreide gleichzeitig reift. Dass dadurch Rückstände im Getreide verbleiben, wird wissentlich hingenommen.⁴ Gerade bei uns in Deutschland werden Unmengen von künstlichen Nitraten eingesetzt, was unser Grundwasser belastet.⁵ Durch die

Monokulturen auf unseren Feldern werden die Böden ausgelaugt, und der Einsatz von Düngemittel wird benötigt. Natürliche Sekundärstoffe sind in den Böden kaum noch enthalten und können an die Pflanzen nicht abgegeben werden. Viele Ackerböden haben einen Nährstoffgehalt und Kohlenstoffspeicher wie eine Wüste.⁶ Wir erhalten so nährstoffarme und chemisch belastete Lebensmittel.

„Dann sprach Gott: ‚Hiermit übergebe ich euch alle Pflanzen auf der ganzen Erde, die Samen tragen, und alle Bäume mit samenhaltigen Früchten. Euch sollen sie zur Nahrung dienen.‘“

Genesis 1:29

Fazit: Eine von Gott gewollte Ernährung ist bei uns kaum möglich. Für Selbstversorgung fehlen bei uns der Platz und meistens auch die Zeit. Sich aber nur von Bio-Produkten zu ernähren, muss man sich erst leisten können. Außerdem werden auch Bio-Produkte importiert, wobei der Transport die Umwelt mit CO₂ belastet. Ohne Kompromisse wird es wohl nicht gehen. Wie rein unser Essen ist, wird durch unsere finanziellen Möglichkeiten und unser Gewissen bestimmt.

Anmerkungen

1 Ähnliche Zitate finden sich zwar in der Bibel, stehen aber in anderem Zusammenhang, z. B. Matth. 15,11 sinngemäß: *Schmutzige Hände machen das Essen nicht unrein, sondern böse Worte machen den Menschen unrein.* Z.B. 1.Tim. 4,3: *Die Irlehrer fordern, bestimmte Speisen zu meiden: Ihnen wird vorgehalten: Was Gott geschaffen hat, und mit Dankgebet empfangen wird, ist gut. Im Thomas-Evangelium wird dagegen deutlich angesprochen: Nicht die Nahrung ist unrein, sondern böse Worte.*

2 Hebräisch: *nephesh* – Deutsch: Seele
In vielen Bibelübersetzungen steht dort auch Leben. Das ist kein Widerspruch. Entspre-

chend heißt der SOS-Funkruf „Save Our Souls“ übersetzt „Rettet unser Leben!“ Hier steht das Wort ‚Seele‘ auch für ‚Leben‘. Nā-phāsh chayah ist in der hebräischen Bibel Sitz des Lebens, als dessen Träger Blut und Atem gilt. Außerdem bedeutet nefāsch auch Gemüt, Herz als Sitz der Empfindungen und Gefühlen (z.B. Liebe, Sehnsucht, Freude usw.)

- 3 Kuhmilch – grausam und unnatürlich – <http://www.peta.de/milch-hintergrund>
- 4 Herbizide bei der Getreideernte – <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt/herbizide-bei-der-getreideernte-gift-spritze-als-ernte-helfer.83d5c053-352c-4984-8b65-9e84f4dbcce2.html>
- 5 In Grund und Boden – <http://www.spiegel.de/wirtschaft/service/nitrat-im-grundwasser-durch-ueberduengung-und-quelle-a-1027279.html>

- 6 Die Zerstörung der Böden – <http://www.oekosystem-erde.de/html/bodengefahrdung.html>

Michael Distelrath, Vorstandsmitglied (Beisitzer) des SPD-Ortsvereins Köln - Bocklemünd / Mengenich, Mitglied der Demokratischen Linken DL21. Vorstandsmitglied der Kölner Initiative Grundeinkommen: Fördermitglied von Greenpeace, Görlinger Zentrum 3, 50829 Köln, m.distelrath@genion.de



Michael Distelrath

Kurzkommentar zur neuen Schöpfungszyklika von Papst Franziskus

In Sorge um die Erde: Das gemeinsame Haus

Von Franz Segbers

Papst Franziskus ist mit seiner klaren Ansage weltberühmt geworden: „Diese Wirtschaft tötet.“ Er bleibt dabei: Schöpfungszyklika ist eindeutig, klar und fordernd. Er geißelt das kapitalistische Wirtschaftssystem und den Missbrauch der Natur in der Enzyklika „Laudato si“. Der Name ist dem Sonnengesang von Franz von Assisi entnommen. Er hat die Sonne als Bruder Schwester, den Wind als Bruder und Mond und die Sterne und den Mond als Schwester gepriesen. Wie Franziskus so spricht die Enzyklika von der Schöpfung als Schwester der Menschen. Doch »diese Schwester schreit«. Sie wurde

missbraucht, geplündert, verletzt und krank gemacht. Wie ein „Schweinestall“ behandelt (so im spanischen Original).»Besonders die Armen, die keiner Beachtung für Wert befunden und misshandelt werden« seien von der Ausbeutung und Zerstörung der Umwelt betroffen. Für den Papst ist klar: »Umwelt« und »Soziales« gehören zusammen. Er fordert nicht etwa »ein bisschen mehr Umweltschutz, bitte«, sondern fordert einen Systemwechsel. „Es gibt nicht zwei Krisen nebeneinander, eine der Umwelt und eine der Gesellschaft, sondern eine einzige und komplexe sozialökologische Krise.“ Deshalb wendet sich Franziskus mit seinem Schreiben auch nicht nur an die Katholiken

oder alle Christen, sondern an jeden Menschen, "der auf diesem Planeten wohnt".

Ausdrücklich bedankt er sich bei denen, „die mit Nachdruck darum ringen, die dramatischen Folgen der Umweltzerstörung im Leben der Ärmsten der Welt zu lösen“. Er geht die Mächtigen direkt an. Während zahlreiche Menschen sich nach Kräften engagieren, verweist er auf die Machthaber und deren Interessenlosigkeit, wegen derer „viele Anstrengungen, konkrete Lösungen für die Umweltkrise zu suchen, vergeblich“ seien.

Franziskus benennt die Schäden, die der Mensch der Natur zufügt, und die er auch auf die moderne "Wegwerfkultur" zurückführt. Besonders die Armen litten unter Problemen wie Wassermangel oder unter Naturkatastrophen als Folge der Erderwärmung. Wirtschaftsführer und Politiker der führenden Industrienationen würden dagegen versuchen, diese Probleme "zu verschleiern oder ihre Symptome zu verbergen".

Franziskus kritisiert, dass „das Wachstum der letzten beiden Jahrhunderte nicht in allen seinen Aspekten einen wahren ganzheitlichen Fortschritt“ bedeutet habe. Ein wirklich ökologischer Ansatz sei auch immer ein sozialer Ansatz, „der die Gerechtigkeit in die Umweltdiskussionen aufnehmen muss, um die Klage der Armen ebenso zu hören wie die Klage der Erde.“ Anstatt jedoch die Probleme der Armen zu lösen, hätten „einige nichts anderes vorzuschlagen als eine Reduzierung der Geburtenrate“. Damit wollten die Mächtigen das gegenwärtige Modell der Verteilung legitimieren.

Vehement weist der Papst zurück, dass aus Gottes Auftrag an den Menschen, die Erde zu beherrschen, eine absolute Herrschaft über die anderen Geschöpfe gefolgert werden könne. Franziskus sieht die Wurzel

der ökologischen Krise beim Menschen: Er stellt ein "technokratisches Paradigma" fest, das heute allgemein handlungsleitend sei: Was gemacht werden kann, wird gemacht, Fortschritt um des Fortschritts willen, eine Logik des Wachstums und des Mehr in der Technik wie in der Wirtschaft.

Der Papst formuliert konkrete Leitlinien für künftiges Handeln. Dazu gehören auch „drastische Entscheidungen“, um Fehler rückgängig zu machen, so z.B. den internationalen Handel mit Emissionszertifikaten, der sich laut Franziskus als Irrweg erwiesen hat. „Die Politik darf sich nicht der Wirtschaft unterwerfen, und diese darf sich nicht dem Diktat und dem effizienzorientierten Paradigma der Technokratie unterwerfen.“ Die Finanzkrise vor sieben Jahren sei leider nicht als Gelegenheit genutzt worden, eine gegenüber ethischen Grundsätzen aufmerksamere Wirtschaft zu entwickeln. Damit dieser Systemwechsel in Politik, Denken und Handeln zustande kommt, fordert der Papst zweierlei: eine „ökologische Spiritualität“ und eine „Spiritualität der globalen Solidarität“.

Franziskus betont, mit den Lösungsvorschlägen nicht die menschliche Entwicklung aufhalten zu wollen: „Wir müssen uns jedoch davon überzeugen, dass die Verlangsamung eines gewissen Rhythmus von Produktion und Konsum Anlass zu einer anderen Art von Fortschritt und Entwicklung geben kann.“ Zum Schluss fordert der Papst mit scharfen Worten zum Handeln auf: „Wenn die Politik nicht imstande ist, eine perverse Logik zu durchbrechen, und wenn auch sie nicht über armselige Reden hinauskommt, werden wir weitermachen, ohne die großen Probleme der Menschheit in Angriff zu nehmen.“

Ein Blick auf Fluchtgründe und aktuelle Flüchtlingspolitik

Humanität ist keine Notmaßnahme

Von Elmar Klink

Wir erlebten sie seit Juli/August täglich in den Medien, die Eindrücke und Bilder von flüchtenden Menschen, ganze Familien mit kleinen Kindern ins mittlere und nördliche Europa. Nachdem Ungarn am 15.9. die etwa 150 km lange Grenze zwischen sich und Serbien durch einen 4 Meter hohen Zaun mit zusätzlichen NATO-Stacheldrahtverhauen geschlossen und gesichert hat, sind andere umliegende Länder wie Kroatien und Slowenien mit dem Problem konfrontiert. Der neue eiserne Drahtvorhang. Wie aktuell verlautet, ist er auch an der Grenze zu Kroatien fortgesetzt worden. Neue Fluchtwege wurden nun gebraucht und jetzt genutzt auf Routen durch Kroatien bis Slowenien. Beide Länder, die zusätzlich zur Grenzsicherung inzwischen auch Militär einsetzen, betonten, dass sie lediglich gewillt sind, jeweils nur bis zu zwei oder drei Tausend aufzunehmen und Transit passieren zu lassen. Die Trecks, in denen die Einzelnen in Kälte und Schlamm nichts zu verlieren haben als ihr Leben, werden sich nicht stoppen lassen, es sei denn man beginnt auf sie zu schießen.

Am Sonntag, den 13.9., gegen frühen Abend ca. 18 Uhr, war dann auch die Nachricht aus den Nachrichtentickern der Agenturen zu vernehmen: Deutschland setzte das Schengen-Abkommen außer Kraft, das innerhalb der EU-Grenzen freien Grenzübertritt garantiert und führte damit ab sofort wieder massive Grenzkontrollen an seiner Südostseite gegen Österreich ein. Die bayerische Landesregierung hatte vom Bund zunächst 21 Hundertschaften Bundespolizei zur zusätzlichen Grenzsicherung angefordert.

Bislang galt das am 4. September von Kanzlerin Merkel geäußerte Wort mit ihrem gewagten Versprechen "wir schaffen das", der Merkel-Version von „yes, we can“. Aus „wir schaffen das“ wurde offenbar schnell: wir sind geschafft. Noch bewegte sich Merkel damit im Aufwind einer europäischen Sympathiebekundung gegenüber den Deutschen wegen der erst zugesagten und dann auch erwiesenen Hilfe. Die leistete freilich nicht Frau Merkel, sondern Behörden, Polizei, THW, Hilfsorganisationen und ehrenamtlich vor allem Teile der Bevölkerung.

Zu Zehntausenden kamen die Flüchtlinge zunächst mit Zügen aus Ungarn via Transit Österreich in der 1,4 Mio. Stadt München an; die Rede war in den ersten beiden Wochen im September von bis zu 63.000, von wo sie weiter auf Bahnreisen durch Deutschland geschickt und verteilt wurden. Neben Polizei und Bundespolizei wurde nun auch die Bundeswehr als "Hilfspolizei" im Innern eingesetzt. Innenminister de Maizière sah sich zum Handeln veranlasst. Er sprach angesichts des plötzlichen hohen Flüchtlingsaufkommens, zur Begründung von Sicherung und Kontrolle, von einem benötigten regulären Registrier- und Aufnahmeverfahren und mehr Zeit, die man brauche, um sich auf die Situation einzustellen. Welche "Gefahr" für die Sicherheit der BRD ging eigentlich nun plötzlich von den Flüchtlingen aus? Man wollte wissen, wer ins Land käme und alle Ankommenden an der Grenze registrieren. Die Rede von der "Willkommenskultur" war abrupt der bürokratischen Sprachregelung vom "geordneten Verfahren" gewichen und entpuppte sich als Gerede. Es war ein Warnsignal der Abschreckung an die Flüchtlinge und gleichzeitig ein eindeutig po-

litischer Schritt, um die übrigen EU-Innen- und Justizminister, die Mitte September in Brüssel zur Quotenberatung zusammentrafen, in der Frage der Verteilung von Flüchtlingen auf alle EU-Länder unter Druck zu setzen. Beinahe jedes gegenüber den Medien geäußerte Verständnis für die Ankommenden mündete früher oder später im Satz in ein großes Aber... Die "Alimentationsmaschine" Deutschland könne das auch nur noch eine begrenzte Zeitlang so offen durchhalten, und dann? Asylverfahren beschleunigen, Bearbeitungsfristen deutlich verkürzen, verstärkt und schnell in "sichere" Dritt- und Heimatländer abschieben, sich von den "Wirtschaftsflüchtlingen" wie die Spreu vom Weizen trennen usw. Den vielen bei uns trotz abgelehnter Asylanträge "Geduldeten" will man jetzt verstärkt auf den Leib rücken und sie auch mit Transportflugzeugen der Bundesluftwaffe ausliegen.

Der Winter-Abschiebestopp für Asyl Begehrende, für den der Erfurter katholische Bischof Neymeyer noch 2014 eintrat, stehe nun, nachdem eine neue Situation eingetreten sei, nicht mehr zur Debatte. Flüchtlinge, die weder Asyl noch Duldung erhalten könnten, seien in ihre Herkunftsländer "zurückzubringen". Die Abschiebungen seien anhand der jetzt großen Zahl einfach nötig, wenn zuhause eine Bedrohung für das Leben ausgeschlossen sei. Christliche Nächstenliebe im Selektivverfahren? „Ich bin gekommen, und ihr habt mir Obdach gegeben“, steht als Jesus-Wort in der Bibel. Der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm informierte sich direkt entlang der Fluchtrouten und zeigte sich berührt und bestürzt über die Zustände. Viele Helfer(innen) auch von der Diakonie und anderen Organisationen konnte er in Ungarn im unermüdlichen Einsatz sehen. Bedford-Strohm hatte sich schon bei der diesjährigen EKD-Synode Ende April/Anfang Mai in Würzburg kritisch zum Flüchtlingsthema ge-

äußert, sprach vom moralischen Bankrott europäischer Regierungen, forderte legale Zugangswege, eine großzügige Vergabe humanitärer Visa und eine Neuregelung der Aufnahmeverfahren. Flüchtlingspolitik könne nicht kurzfristigem Krisenmanagement überlassen bleiben. Eine "Eine-Welt-Verträglichkeitsprüfung" sollte das Gegenüber von Wirtschafts- und Flüchtlingspolitik verringern (zit. nach Eduard Kopp, chrismon.de, Das evangelische Online-Magazin, Mai 2015).

Geschätzte 50-60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Wegen Kriegen, bewaffneten Konflikten, Terror, akuten Gefahren für Leib und Leben. Aus der Heimat vertrieben, ohne Perspektive für ein existenzielles Auskommen. Von "Völkerwanderung" und "Flüchtlingsströmen" ist da die anonymisierende Rede. Jeder/jede Flüchtige hat ein Gesicht, eine Geschichte, meist ein damit verbundenes größeres individuelles Leid und Schicksal. In "Strömen" und "Wanderungen" verschwinden diese leichter, und es klingt harmloser. Derzeit kommen die meisten vor allem aus dem Großraum Nah-/Mittelost, aus Syrien, dem Irak und Afghanistan, nach wie vor auch aus bestimmten Ländern Afrikas über Libyen und das Mittelmeer. Dort sind in einem Seegebiet, so groß wie Deutschland, im Rahmen der EU-Mission EUNAVFOR MED Kriegsschiffe verschiedener EU-Nationen, darunter auch zwei deutsche, und Schiffe der Küstenwache von Malta und Italien unterwegs. Vorrangig zur Aufklärung und Bekämpfung der Schleuser-Aktivitäten, aber auch zur Seenot-Rettung. Immer wieder müssen die Marineschiffe auf Kontrollfahrten schiffbrüchige Flüchtlinge in größerer Zahl retten, das gebietet schon das Seerecht. Mehrere hunderttausend Flüchtlinge haben bis jetzt diesen riskanten Seeweg schon genommen, allein in 2015 bisher etwa 188.000. Viele Tausende sind dabei ertrunken.

Seit Mai konnte die Bundesmarine nach eigenen Angaben etwa 6.700 Flüchtlinge auf See retten. Seit Juli war auch das erste deutsche Privatschiff, die MS Sea-Watch, ein umgebaute 21 Meter-Fischkutter, in dem Seegebiet zwischen Lampedusa und libyscher Küste auf Patrouillenfahrt, um Flüchtlingen mit ersten Hilfsleistungen beizustehen, bis über Funk größere Hilfsschiffe z. B. von „Ärzte ohne Grenzen“ herbeigerufen werden konnten. So konnten bei ersten Suchfahrten schon Hunderte gerettet werden.

Im Oktober 2014 wurde die bis dahin mit der Rettung von über 100.000 Bootsflüchtlingen erfolgreiche, italienische Militär-Operation „Mare Nostrum“ eingestellt. Ein Argument der Kritik war, die Seerettung würde Menschen erst zur Flucht übers Meer animieren. 110 Millionen Euro pro Jahr waren der EU wohl zuviel finanzieller Aufwand für Lebensrettung. Die EU-Grenzschutzagentur Frontex (= „Außengrenze“) übernahm mit der Operation „Triton“ deren Ablösung, die nun italienisches Hoheitsgebiet, wozu auch die kleine, Tunesien vor gelagerte Insel Lampedusa gehört, bis 30 km vor der Küste sichern und illegale Einwanderung abwehren soll. Sie soll nur noch 30 Mio. Euro im Jahr kosten, und es entfällt dabei die Seerettung als Aufgabe. Bei sog. Pushback-Operationen werden kaum seetaugliche, überfüllte Boote mit Flüchtlingen schon mal wieder in Richtung afrikanische Küste abgedrängt.

Zu Hunderttausenden bis Millionen verharren Flüchtlinge noch in unhaltbaren elenden Zuständen in Flüchtlingslagern und Zeltcamps in Jordanien, im Libanon, in der Türkei. Etwa 20-30 Euro Zuschuss im Monat soll ein Flüchtling in Jordanien erhalten. Die EU hat es in Kooperation mit dem UNHCR-Flüchtlingswerk nicht vermocht, angesichts der sich schon länger abzeichnenden Flucht-„Katastrophe“ einen geregelten, sicheren „Korridor“ auf Schiffen von den levantini-

schen Häfen in italienische und französische Häfen und weiter per Bahn und Bussen zu organisieren, um den kriminellen „Schleusern“ den Boden zu entziehen. Vor allem, um den um Asyl Suchenden die Demütigung der Abweisung an militärisch schwer bewachten Grenzen zu ersparen. Man hat die Menschen sehenden Auges zunächst ihrem bitteren, ungewissen Wege-Schicksal überlassen. Hier hätten die vielen Luxuskreuzfahrtschiffe wenigstens einmal eine sinnvolle Aufgabe erfüllen können. Es bedurfte eines tragischen Bildes der Presseagenturen, eines ertrunkenen kleinen Jungen, angespült an einen türkischen Strand, um z. B. in Frankreich, dem Land der Menschenrechte, einen Meinungsumschwung zu bewirken und eine Solidarisierungswelle im Land in Gang zu setzen. Die faktische Macht grausamer Bilder.

Die USA erklärten sich bereit, statt der bisher 5.000 nun doch 10.000 Flüchtlinge aufzunehmen. 10.000! - in einem Land mit rund 320 Mio. Einwohnern. Das sind ungefähr die Besatzungen von zwei Flugzeugträgern. Neben dem syrischen Assad-Regime und dem terroristischen IS sind die USA mit den beiden Golfkriegen der Familie Bush 1991/92 und 2002/03 der Langzeit-Hauptverschulder der gegenwärtigen Fluchtbewegungen. Menschen bleiben in der Regel in ihrer Heimat, wenn sie sich dort sicher fühlen, ein wirtschaftliches Auskommen und berufliche wie soziale Perspektiven haben. Flucht ist häufig auch ökonomisch mitbedingt. Das lässt sich oft gar nicht so klar trennen. Die Menschen dort sind ja keine Auswanderer aus freien Stücken. Existenznot ist seit Jahrhunderten ein Grund für Migration.

In Syrien, wo Truppen des Assadregimes, verschiedene Rebellengruppen, die kurdischen Selbstverteidigungsmilizen YPG an der syrischen Nordgrenze und der IS gegeneinander kämpfen, ist derzeit die Lage mehr als prekär und lebensbedrohlich. Assads Armee

kontrolliert noch etwa ein Drittel des küstennahen Landes, wo die meisten Menschen leben und Flüchtlinge herkommen. Ein erhofftes Ende des Regimes von Assad wird wohl noch eine Weile dauern, zumal jetzt der engste Verbündete Russland durch offene Militärhilfe eingegriffen hat. Ein weiterer Militärstützpunkt mit Luftdrehkreuz wurde in Latakya angelegt. In der syrischen Hafenstadt Tartus befindet sich Russlands einziger Flottenstützpunkt am Mittelmeer, den es aus Putins Sicht zu halten gilt. Russische Militärjets fliegen inzwischen Angriffe angeblich gegen Stützpunkte des Islamischen Staates und "andere Terroristen", womit alle bewaffneten Gruppen der syrischen Opposition gegen Assad gemeint sind, die, wie sich gezeigt hat, vorrangig bombardiert werden. Frankreichs Premier Hollande gab grünes Licht für sog. Luftschläge gegen den IS, die nun von französischen Kampfjets geflogen werden. Die Türkei, nach Streitkräften zweitstärkste Militärmacht der NATO, greift neuerdings mit ihrer modernen Luftwaffe in das Geschehen ein und bombardiert Stützpunkte der kurdischen PKK im eigenen Land und jenseits der eigenen Grenze im Irak. Im August ließ die britische Regierung mit nicht einmal dem Unterhaus bekannten Drohnenangriffen IS-Terroristen mit britischen Pässen ermorden.

Frankreich und Großbritannien sind als die ehemaligen Mandatsmächte in Palästina nach dem Ersten Weltkrieg verantwortlich für willkürliche Grenzziehungen, die ein heute 33-Millionen-Volk der Kurden unter mehrere nationale Zuständigkeiten aufspalten. Beide gehören zu den großen europäischen Ländern, die bisher mit am wenigsten Flüchtlinge aufgenommen haben. Es ist klar, dass mit solchen ständig fortgesetzten militärischen Interventionen, vorbei an jeglicher Völkerrechts- und UN-Mandatslage, es keine Verbesserung der Situation für die, die sich auf die Flucht begeben, geben wird. Darin

und in der durch Waffenlieferungen bedingten Kriegsverlängerung aber besteht der Kern des Problems.

Und Deutschland? Für viele unterwegs auf der Flucht von Not Betroffene derzeit scheinbar letzter Strohalm und Hoffnungsschimmer am Horizont? Weit über 12 Mio. Geflüchtete und durch selbst mitverschuldeten Krieg Vertriebene fanden, obwohl nicht selten wenig erwünscht, nach dem Krieg im aufgeteilten Deutschland Aufnahme und neue Heimstatt. Aber die Situation von damals ist nicht vergleichbar mit heute. Die Wirtschaft war im Aufbau, Arbeitskräfte wurden dringend gebraucht. Es gab das „Wirtschaftswunder“, das keines war in einem vom Krieg verwüsteten Land, in dem es vorerst nur noch Aufbauboom und Wachstum bis zur Sättigung geben konnte. Auch plötzlich über 2 Mio. hinzu gekommene Russlanddeutsche hat das vereinigte Deutschland verkraftet, wenn es auch das alte BRD-Rentensystem an den Rand des Ruins brachte und danach im Sozialsystem nichts mehr wie zuvor sein ließ. Mit ein Grund auch dafür, was dann als "Agenda 2010" von Rot-Grün neoliberal geregelt über uns kam. Deutschland hofft vor allem mit qualifizierteren Flüchtlingen den prognostizierten, absehbaren demographischen Einbruch von bis auf 72 Mio. sinkenden EinwohnerInnen bis in etwa 25 Jahren ausgleichen zu können. Wer aber vermag sicher zu sagen, ob z. B. die syrischen Asylsuchenden nicht wieder in ihr Land zurückkehren wollen, wenn sich dort die Bedingungen in einem international garantierten Frieden verbessern sollten? Deutschland braucht, so heißt es, eine qualifizierte Einwanderung und hat noch nicht mal ein Einwanderungsgesetz. Nicht alle, die kommen, sind gut ausgebildete Ärzte, Ingenieure, Techniker oder Facharbeiter. Es ist abzusehen, dass es unter den weniger qualifizierten Neubürgern und hiesigen Langzeit-Ar-

beitsuchenden im unteren Drittel zu Verteilungskämpfen kommen könnte. Ähnliches könnte auf zu erwartende Konkurrenzen um günstigen Wohnraum zutreffen.

Gewiss, wer nach Deutschland kommen will, tut es aus mancherlei Gründen und Motiven. Vor allem herrscht hier kein Krieg, sondern es besteht Frieden. Und man bleibt ja meist unter sich in der eigenen Kultur, familiär, beim Essen, in der Religion, im Alltagsablauf. Da wird man kaum weiter kommen mit der politisch verlangten Auflage nach z. B. einem Islam-Unterricht (80% der Ankommenden sind Muslime), der "deutsche Werte" vermitteln soll, was schlicht Unsinn ist. Das Recht auf eigene Kultur, eigene Kulturausübung, darf keinem Menschen genommen oder verwehrt werden. Es setzt aber den Erwartungen an "Integration" durchaus gewisse Grenzen. Die vehemente Forderung danach könnte zu einem neuen Ausgrenzungsmerkmal werden (Stichwort "Leitkultur"). Verschiedene Kulturen und Religionen können nur nebeneinander gleichwertig bestehen und einander so gegenseitig anerkennen und akzeptieren, sich allenfalls in bestimmter Hinsicht und gewissen Graden vermischen und austauschen. Das muss all denen geantwortet werden, die in einer "Multikultur" eine Gefährdung des nationalen Zusammenhalts und ein drohendes Auseinanderfallen der Gesellschaft befürchten. Diese bekommt bereits derzeit schon ein anderes Gesicht. Es ist nichts Ungewöhnliches, im Jobcenter als deutscher Hartz IV-Abhängiger einer türkisch stämmigen "Fallmanagerin" gegenüber zu sitzen.

Die große Zahl der ankommenden "Massen" (erwartet werden bis Jahresende an die 800.000 = ungefähr 1%, andere übertrieben erscheinende Zahlen gehen von bis zu 1,5 Mio. aus) kann nicht das vordringliche Problem sein. Die Kommunen und zuständigen Behörden stehen dennoch aktuell und noch

in nächster Zeit bestimmt vor großen Problemen, sachlich, finanziell, organisatorisch, zwischenmenschlich und brauchen jedwede mögliche unbürokratische Unterstützung vom Bund. Unterstützung, Hilfe, Offenheit, Verständnis auch vor allem in und von der Bevölkerung. Wie wär's, wenn vom nächsten Budget für Verteidigung 5% = etwa 1,75 Mrd. Euro sofort zur Verfügung gestellt würden für den Bau/die Einrichtung/den Schutz von Wohnungen und weitere Versorgung? Wir schulden es den Menschen, die im Vertrauen zu uns kommen, wir schulden es angesichts des Versagens der großen Institutionen und vor allem der Europäischen Union. Die bisherigen Treffen der verantwortlichen EU-Minister zur Krisenberatung in Brüssel haben erwartungsgemäß kein sofort helfendes Ergebnis gebracht. Zu mehr als einer Verständigung über 120.000 zu verteilende Flüchtlinge reichte es nicht; weiterem stellen sich nach wie vor osteuropäische Staaten wie Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn massiv entgegen. Die Quotenfrage ist weiter umstritten und ungelöst. So hatte man sich auf später im Oktober vertagt, bis zum erneuten Zusammentreffen des EU-Minister rats. Wieder mehrere Wochen, in denen auf EU-Ebene nichts Entscheidendes geschah und völlig unzureichend improvisiert wurde. Diese EU, die im Jahr 2013 den Friedensnobelpreis erhalten hat und sich so gerne als "Wertegemeinschaft" präsentiert, ist in der humanitären Frage der Flüchtigen weitgehend handlungsunfähig, handlungsunwillig und gescheitert.

Inzwischen hat sich die politische Debatte in Deutschland parlamentarisch wie außerparlamentarisch noch deutlich mehr aufgeheizt und polarisiert. Politisch rechts motivierte Angriffe gegen Flüchtlinge haben von 2000 in 2014 in diesem Jahr auf bis jetzt 500 zugenommen. Eiligst fertig gestellte Zelt- und einfache Holzbau-Unterkünfte werden immer

wieder Ziel von aufgebrachten Protest-Aufläufen. Längst reichen Turnhallen nicht mehr aus, um all die an mehreren ostbayerischen Grenzübergängen noch immer täglich eintreffenden und von dort in andere Bundesländer weiter geleiteten 5–10.000 Flüchtlinge auch nur halbwegs zufriedenstellend unterzubringen und zu versorgen. Kirchliche Hilfswerke, staatliche Dienste, Berufs- und Freiwillige Feuerwehren, Technisches Hilfswerk, Polizei sowie engagierte BürgerInnenengruppen sind da an vielen Orten und Stellen ständig im Noteinsatz. Auch sie werden inzwischen bei aufgebrachten Protestansammlungen vereinzelt tätlich angegriffen. Bei einer PEGIDA-Demo jüngst in Dresden wurde ein 1,20 m. hohes Galgengerüst mitgeführt mit reservierten Stricken für "Mutti" Merkel und "Pack" Gabriel. Auch untereinander geraten unter dem Druck der Verhältnisse Flüchtlingsgruppen der Iraker, Syrer oder Afghanen aneinander. Bei den eiligen "Notmaßnahmen" kann es vorkommen, dass sich größere Gemeinden mit 4.500 Einwohnern plötzlich einer zugewiesenen Flüchtlingszahl von 2.000 gegenübersehen, was völlig unhaltbar ist und schnell zu Konflikten führen kann. Das schürt natürlich Ängste und Vorbehalte selbst bei freundlich und aufnahmebereit Gesonnenen. Bisheriger Höhepunkt der Anfeindung ist das Messer-Attentat vom 17.10. des 44-jährigen vorbestraften Arbeitslosen Frank S. auf die parteilose Sozialdezernentin Henriette Reker, die sich bei den OB-Wahlen in Köln am 18.10. gegen den SPD-Kandidaten zur Wahl gestellt hatte und noch auf der Intensivstation liegend auch mit absoluter Mehrheit gewählt wurde. Der umgehend verhaftete Täter weist frühere Verbindungen zur rechtsextremen Szene auf. Bei ersten Polizei-Vernehmungen soll er politische bzw. fremdenfeindliche sowie Notwehr-Gründe für seinen Mordversuch genannt haben.

Als Hauptbetreiber der politischen Antistimmung gegen Flüchtlinge und "unechte" Asylant(inn)en erweist sich die CSU mit ihrem bayerischen Protest-Trommler Ministerpräsident Seehofer. Er sprach sogar von „Notwehr“, und als Drohgebärde erwogen wurde gar eine Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen Beschlüsse der eigenen schwarz-roten Regierung. Die CSU macht sich damit derzeit nicht nur im Stammland Bayern zur Sprecherin einer anwachsenden Anti-Flüchtlingsstimmung in der Bevölkerung, wofür sich bislang eher Gruppierungen wie PEGIDA, NPD und besonders die rechte AfD zuständig fühlen konnten. Letztere bereitet sich nach dem spalterischen Parteitagsdebakel vom Juli, vielerorts personell reorganisiert, derzeit mit Landesparteitagen wie in Baden-Württemberg am 24./25.10. und dem für Dezember anstehenden großen Programmparteitag auf ihre nächsten Bewährungstests bei den Landtagswahlen am 13. März 2016 in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt vor. Der quasi verlängerte Parteiarm von PEGIDA kann nach einem zunächst merklichen Absinken bei Umfragewerten bis auf drei Prozent wieder auf einen wachsenden Sympathiebonus setzen. Einzelne Prognosen sehen sie bei nächsten Wahlen bereits wieder bei deutlich 6 plus Prozent stehen. Auch die PEGIDA-Bewegung selbst verzeichnet in Dresden und auch anderswo nach einer Sommerflaute wieder vermehrten Zulauf von 6-7.000 Teilnehmenden bei Demos und mobilisierte ihre Anhänger(innen)schaft in der Elbstadt zu ihrer ersten Jahrestags-Demo am 19.10., an der zwischen 15 und 20.000 Menschen teilnahmen, die auf bis zu 14.000 GegendemonstrantInnen trafen. Seit November 2014 hatte sie dort über 30 größere öffentliche Protestkundgebungen abgehalten. Zu einem Eklat kam es, als der deutsch-türkische Hetzredner Akif Pirincci beim Punkt

„wohin mit den Flüchtlingen“ bedauerte, dass KZs außer Betrieb seien.

Nicht nur aus der CSU, sondern auch aus ihrer eigenen Stammpartei wehte Kanzlerin Merkel bei einer denkwürdigen Fraktions-sitzung deutlicher Gegenwind entgegen und wurde offener Widerspruch gegenüber ihrer diffusen „Strategie“ laut. Die Junge Union forderte unterdessen auf ihrem Deutschlandtag eine Obergrenze der ins Land gelassenen Flüchtlinge, was auf nichts anderes als eine Grenzschließung hinausläuft. Merkels zwies-pältige Haltung zeigt sich darin, dass sie sich in der Asylfrage einerseits offen und zu-gänglich gibt; andererseits vertritt sie ohne Bedenken die jetzt gerade im Bundestag nach hitziger Debatte zwischen Regierungslager und Opposition mit Mehrheit beschlossene deutliche Verschärfung und Straffung des Asylrechts. Heribert Prantl, Süddeutsche Zeitung, selbst Jurist, spricht von einem „Asyl-Abschreckungs-Gesetz.“

Um sich politisch wieder mehr Luft zu ver-schaffen, sich sozusagen wieder „vor die Wel-le der Probleme“ zu setzen, platzierte sie zwi-schen sich und ihre Kritiker ihren „schwer-ge-wichtigen“ Kanzleramtsminister für be-sondere Fälle, Peter Altmaier, der zum Flücht-lingskoordinator bestellt wurde.

Bei dem von ihr am 18.10. unternommenen Blitzbesuch zu Gesprächen mit dem türki-schen Regierungschef Davutoglu und dem Staatspräsidenten Erdogan ging es vor allem um die Flüchtlingsproblematik. Merkel will im Einverständnis mit dem Koalitionspart-ner SPD erreichen, dass die Türkei noch mehr Flüchtlinge als bisher aufnimmt bzw. sich zur europäischen Vorhut bei der Abwehr an ih-ren Grenzen macht und sich bei der Rück-führungsübernahme großzügiger erweist. Das wird nicht ohne die Zahlung einer von Erdogan von der EU für die Flüchtlingsver-sorgung geforderten stattlichen Summe – die Rede ist von 3 Mrd. Euro! – zu machen sein.

Merkel sprach überdies über Zugeständ-nisse in der umstrittenen Visa-Regelung für türkische Staatsbürger(innen) in den EU-Raum sowie bei der beschleunigten Be-handlung der EU-Mitgliedschaft der Türkei, womit offensichtlich Erdogans Entgegen-kommen nicht nur finanziell belohnt werden soll.

Unterdessen wächst der innerparteiliche Druck auf Merkel weiter, wobei eine Reihe von Abgeordneten den Aufstand wagt. Wenn es nach ihnen ginge, soll die Kanzlerin die bayerische Grenze nach Österreich sofort schließen. Aktuelle Unterstützung erhält die-se Position auch durch Äußerungen des Bundesvorsitzenden der kleineren Polizei-gewerkschaft DPolG, Rainer Wendt, der sich wie in Ungarn für einen Zaun entlang der deutsch-österreichischen Grenze ausspricht und sich davon eine Kettenreaktion über Ös-terreich bis nach Slowenien erhofft. Wendt vertritt die Ansicht, dass es ohne Zaun kei-ne sog. Transit-Zonen geben könne, be-schwört ohne diese Maßnahme gar eine Ge-fahr für die „innere Ordnung“ und „soziale Unruhen“. Diese Panik machenden Vorstel-lungen werden von der größeren Gewerk-schaft der Polizei (GdP) bislang nicht geteilt. Die von Merkel gegen Widerstände in der SPD und ihres Justizministers Heiko Maas fa-vorisierte sog. Transit-Zonen-Lösung würde faktisch auch auf eine Einzäunung hinaus-laufen. Dabei soll das Transit-Flughafen-Verfahren, einreisende Asylsuchende in ge-sonderten Aufenthaltszonen bis zu einem Schnell-Entscheid festzuhalten und bei einem Nein evtl. sofort abzuschieben, auf eine Pra-xis an der Grenze übertragen und ausgeweitet werden. Die EU-Rechtslage dafür ist freilich umstritten und unklar. Ungewiss ist auch, wo genau in Grenznähe dann diese „Transit-Zonen“ eingerichtet, und wie sie aussehen bzw. für tage- oder wochenlange Aufenthalte ausgestattet (z. B. mit Baracken, Bewachung,

Einzäunung?) werden sollen. Der Vergleich zu einer vorübergehenden lagerartigen „Internierung“ von Flüchtlingen liegt fast nahe. Merkel setzt also trotz willkommens-orientierter-„Wir schaffen das“- Ideologie gleichzeitig auf eine härtere administrativ-polizeiliche Gangart. Gezielter kann man eigentlich eine ohnehin konfliktträchtige Lage nicht eskalieren. Wann es ohne jetzt dringend nötige einheitliche Abhilfe in europäischem Rahmen an gesperrten Grenzen und auf verschlammten Fußrouten wegen Kälte, Erschöpfung, Krankheit oder spontanen Rebellionen erste schwerer Verletzte oder Tote gibt, dürfte nur eine Frage der Zeit sein. (Bremen, 22.10.2015)

Klink, Elmar, geb. 1953 in Rottweil am Neckar; 1971 Kriegsdienstverweigerung; 1974/75; Sozialpraktikum in einem Betriebskindergarten; 1976/77 Zivildienst beim Sozialen Friedensdienst

e.V. in Bremen; Studium Sozialarbeit/ Sozialpädagogik und Sozialwissenschaft; 1980 bis 86 Referent in kirchlicher Jugendbildung; 1988 bis 95 Mitarbeit bei der Zeitschrift Graswurzelrevolution; 1991 bis 2008 beruflich tätig bei der Evang. Arbeitsgemeinschaft für KDV und Frieden/Bundesgeschäftsstelle; danach erwerbslos; 1993-95 Mitarbeit in einem spirituell-ökologischem Gemeinschaftsprojekt; aktiv in Friedensarbeit und Friedensbewegung; seit ca. 2007 Mitwirkung bei CuS; 2013 Mitglied im BRSD



Elmar Klink

Tagung der ILRS in Innsbruck

Von Thorsten de Jong

Im September diesen Jahres hat die ILRS ihre Tagung, die alle drei Jahre stattfindet, abgehalten. Gastgeberin war unsere österreichische Schwesterorganisation ACUS (Arbeitsgemeinschaft Christentum und Sozialdemokratie).

Sozialismus hat viel mit Solidarität zu tun. Darum suchen gerade sozialistische Bewegungen wie der BRSD den Kontakt und Austausch mit GesinnungsgenossInnen. Für den BRSD bedeutet dies einerseits die Mitarbeit bei Initiativen im eigenen Land, z.B. bei der Initiative Kirche von unten, attac, oder alle zwei Jahre beim Katholikentag bzw. dem Kirchentag. Andererseits suchen wir auch den internationalen Kontakt.

Nicht von ungefähr sind wir Gründungsmitglied der Internationalen Liga Religiöser SozialistInnen, der ILRS.

Auf seinen dreijährlichen Tagungen bietet die ILRS nicht nur Möglichkeiten zur vertieften Auseinandersetzung mit dem Tagungsthema (dieses Jahr: Zukunft der Gerechtigkeit), sondern vor allem den informellen Austausch mit religiösen SozialistInnen anderer Länder, der zu manch neuer Einsicht, Idee oder gar konkreter Aktion führen mag.

Für mich persönlich am interessantesten war in diesem Jahr die niederländische Delegation: Sie reiste erstmals mit sich humanistisch verstehenden Mitgliedern an, d.h. die von den SchwedInnen vorbildlich geleistete Überwindung des »Christlich« zu



ILRS-Delegation (Nicht auf dem Bild: Alois Schwarz)

Gunsten des »Religiös« wird in den Niederlanden durch eine Öffnung für »Lebensüberzeugungen« aller Art noch übertroffen. Inwieweit dies ein Vorbild für unseren Bund sein kann, wird noch zu diskutieren sein.

Auf der Konferenz verabschiedete sich der langjährige Schatzmeister Johan van Workum (Niederlande) sowie Tapio Lampinen (Finnland) aus dem Exekutivkomitee, auch die Spanier Ricardo Aguado und Anyes Segura Fernández sowie die Schwedin Marta Axner traten nicht erneut an. Wieder gewählt wurde hingegen Cecilia Dalman Eek (Schweden) als neue und alte Präsidentin.

Das Konferenz-Statement setzt sich mit religiös-sozialistischen Vorstellungen von Gerechtigkeit auseinander und fokussiert dabei besonders auf die unverletzliche Würde der oder des Einzelnen, die letztlich auch in der Sozialpolitik konkreten Niederschlag finden muss. Zur Umsetzung dieses Zieles bedarf es der Solidarität, und zwar sowohl zwischen Verbänden, Bewegungen, und Gruppierungen als auch innerhalb der Bewegung.

Als wohl wichtigstes Ergebnis kann eine Erklärung zur aktuellen Flüchtlingskrise gewertet werden. Sie ähnelt der auf unserer Jahrestagung verabschiedeten »Erfurter Erklärung«, richtet sich im Gegensatz zu dieser aber vorrangig an die Politik. Gefordert wird u.a. eine Bekämpfung der Fluchtur-

sachen – anders als es viele deutsche PolitikerInnen handhaben, soll diese Forderung aber nicht von der unmittelbar erforderlichen Hilfe für die Flüchtlinge ablenken oder gar an deren Stelle treten. Die Kernforderung ist daher die Schaffung von Möglichkeiten, dass Flüchtlinge ungehindert nach Europa einreisen und dort Asylansprüche stellen können.

Internationale Solidarität hat nicht nur mit moralischer, sondern auch mit ganz praktischer Unterstützung zu tun.

Thorsten de Jong, geboren 1971 in Hamburg, was ich meiner Mutter verdanke, die ursprünglich aus Hamburg stammt – gewohnt habe ich dort nie. Meinem Vater verdanke ich die niederländische Staatsbürgerschaft und immerhin drei Lebensjahre in den Niederlanden.

Den größten Teil meiner Kindheit und Jugend verbrachte ich in Kleve am Niederrhein, wo ich im Kindergottesdienst und in der Jugendarbeit der dortigen Evangelischen Kirchengemeinde tätig war.

Zum Studium zog es mich ab 1991 an die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen (RWTH). Unter anderem studierte ich Englisch und Evangelische Religionslehre (was die RWTH seinerzeit noch anbot), war aber lange auch aktiv für die studentische Vertretung auf verschiedenen Ebenen. Eine Zeit war ich Wissenschaftlicher Angestellter im Evangelischen Theologischen Institut bis zu dessen Schließung 2006.

Seit 2008 arbeite ich als Englisch- und Religionslehrer an einem Dürener Gymnasium.



Thorsten de Jong

Internationale Liga der Religiösen Sozialisten (International League of Religious Socialists, ILRS)

Kongress in Innsbruck 18.-20. Sept. 2015

Von Reinhard Gaede

A Future of Justice and Inclusion: Combating discrimination, austerity and indifference in a fragmented world" – so hieß das Thema der Konferenz, die zugleich mit dem Bundeskongress der österreichischen Organisation verbunden war. ACUS hatte unter dem kürzeren Motto "Zukunft der Gerechtigkeit" eingeladen. Zum ersten Mal bei einer internationalen Tagung der Religiösen Sozialisten gab es auch eine Übersetzung der Konferenzsprache Englisch ins Deutsche sowie eine Arbeitsgruppe in deutscher Sprache.

Den deutschen Bund vertraten unsere Delegierten Alois Schwarz und Thorsten de Jong sowie Ingelore und ich. Auch diese Nationen hatten Delegationen geschickt: Finnland, Niederlande, Norwegen, Österreich, , Schweiz, Schweden, Spanien.

Sophia Reisecker, Gemeinderätin der SPÖ Innsbruck, sagte ein Grußwort. Den Hauptvortrag hielt Dr. Ricardo Aguado, Prof. der Ökonomie an der Universität von Bilbao/Spanien, zum Thema Ökonomische Gerechtigkeit. Ricardo ist Sprecher der spanischen Organisation und war bisher Mitglied des Exekutivkomitees, für das er aber nicht mehr kandidierte. Sein Anliegen war die Forderung an die Gesellschaft, von Profitmaximierung zu menschlicher Würde zu gelangen und dafür neue Maßstäbe zu finden, Mess- und Bericht-Modelle aufzustellen (Better Life Index). Gemeinwohl-Wirtschaft, Ökokredit, Fair Trade sind Bewegungen, die diesen Maßstäben folgen, wurde in der Diskussion gesagt.

Am Freitagabend besuchten wir die „Wald-

hüttl“-Kommunität, ein Projekt für heimatlose Roma- Migranten, begrüßt von Dr. Josef (gen. Jussuf) Windischer, Generalsekretär von PAX Christi Österreich. Beteiligt sind auch die Transition Stadt Initiative Innsbruck und die Vincenz Communität Innsbruck. „Waldhüttl“ ist das Haus von Heinz Mayer (1917–1999), der nach dem von Nazis



Waldhüttl Empfangs-Schild

genannten „Anschluss“) Mitglied der Widerstandsgruppe „Freies Österreich“ war und lange Jahre, Haft und Zwangsarbeit, zuletzt bis zur Befreiung im KZ Buchenwald erdulden musste. Seine Witwe hat die Nutzung von Haus und Gelände Pax Christi und den andern Initiativen überlassen. Wir waren beeindruckt von der Herzlichkeit der Begegnung mit Roma und ihren Unterstützer(inne)n. Nach einem Besuch des Andachtsraums aßen wir zu Abend im Haus nach Roma-Art, an der Feuerstelle des Tipis, eines von Stangen gehaltenen Nomaden-Zeltes, und für uns wurde Pizza in einem selbst hergestellten Ofen gebacken. Mit Roma-Musik und Tanz klang der Abend aus.

Nach dem Vortrag von Naomi Woltring,

Niederlande, über „political disengagement“ gab es eine Diskussion, wie Menschen ihre Perspektiven mit ihren Träumen von einer lebensfreundlichen Gesellschaft verbinden können. Barbara Rauchwarter, Österreich, beklagte die verbreitete „Geld-Religion“ und „Neid-Kultur“, die Konsequenzen des Glaubens in der Politik behindern und forderte zum Teilen von Privilegien auf. Die stumm Gemachten brauchen Fürsprecher(innen). „Religion, Diskriminierung und Inklusion war das Thema von Dr. Omar Al-Rawi, Integrationsbeauftragter der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich, Gemeinderat, SPÖ, Wien. In Österreich haben die Protestanten und Altkatholiken den Karfreitag als zusätzlichen Feiertag. Die Diskussion geht darum, was den islamischen Menschen angeboten werden kann. Sein Vorschlag: Möglichkeit zu Gebeten zu geben. Barbara Rauchwarter berichtete, dass Islamischen Menschen würdige Mahlzeiten für Flüchtlinge bereit haben. Parallel zu Arbeitsgruppen in englischer Sprache hat ACUS eine in deutscher Sprache über Religion und Politik heute angeboten.

Der Gottesdienst am Sonntag wurde von

Delegierten verschiedener Nationen spontan gestaltet. Parallel zur Delegierten-Ver-



Begegnung an der Feuerstelle im Tipi

sammlung ILRS bot ACUS ein Podium und Diskussion an.

Dr. in Silke Ötsch sprach über sozial-ökologische Gerechtigkeit. Dr.in Alexandra Weiss über Umverteilungs- und Anerkennungs-politik, Klassenfrage und Feminismus. Mag. Marco Russo über Religiösen Sozialismus und Aussichten auf einen Zusammenbruch des Kapitalismus.

Wir hatten Zeit, die schöne Stadt zu besichtigen und denken gern zurück an viele Gespräche mit den Mitgliedern von ILRS.

Internationale Liga Religiöser Sozialist(inn)en (International League of Religious Socialists, ILRS)

Dringende und langfristige humanitäre Politik erforderlich

Ertrunkene an Touristenstränden. Verwesende Leichen in verplombten LKWs auf Europas Autobahnen. Grenzpolizei schlägt brutal auf Menschen ein, die verzweifelt versuchen, über Berge und unter Stacheldraht oder Zäune hindurch zu flüchten. Menschen, die weder bleiben noch weiterreisen dürfen. Autobahnen voller FußgängerIn-

nen auf dem Weg in irgendein Land, das bereit ist, sie aufzunehmen.

Wir haben einen Ministerpräsidenten gehört, der Humanismus als Verrücktheit abtut. Und derselbe Ministerpräsident wollte Flüchtlinge nur dann retten, wenn sie den richtigen Glauben hatten. In Europa werden wieder Mauern errichtet, gerade als wir dachten, sie seien endgültig eingerissen worden.

Furcht, Verzweiflung, Schock, Wut. Jede Woche und jeden Tag hören wir Berichte von Todesopfern unter Menschen, die vor Krieg und Terror fliehen, unterwegs zu Sicherheit und einem besseren Leben.

Über 30 Millionen Kinder sind heute auf der Flucht. Wenn nichts unternommen wird, droht vielen von ihnen das gleiche Schicksal wie dem dreijährigen Alan Kurdi, dem Jungen, vom Strand, tot, mit dem Kopf im Wasser.

Wir alle wissen Bescheid. Wir alle sind erschüttert. Mehr und mehr Menschen erheben ihre Stimmen: Genug! Mehr und mehr Menschen möchten helfen. Und wir haben einen unglaublich positiven Geist erlebt, der die Fremdenfeindlichkeit herausfordert, die in Europa viel zu lange anwachsen konnte. Die starke humanitäre Hilfswelle und Solidarität, die jetzt durch Europa rollt, erzeugt eine beispiellose positive politische Dynamik. Alle politischen Parteien, die sich für Menschenrechte und Menschenwürde einsetzen, müssen diese Möglichkeiten nutzen. Alle europäischen und EU-Staaten sollten einen fairen Anteil von Flüchtlingen aufnehmen. Alle Städte und Gemeinden müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und sich auf die Aufnahme von Flüchtlingen vorbereiten. Hierfür müssen auch die Kapazitäten für die Ausbildung von Flüchtlingen in allen europäischen Staaten erhöht werden. Bei alledem fällt der Zivilgesellschaft eine bedeutende Rolle zu. Flüchtlinge bereichern unsere Gesellschaften. Es gilt, sie nicht als Probleme zu sehen, sondern als Menschen, die einen Beitrag zur Gestaltung unserer Länder leisten können.

Soforthilfe ist erforderlich. Aber es müssen auch langfristige politische Lösungen gefunden werden, um den Tod im Mittelmeer zu stoppen. Dies bedeutet eine Intensivierung der Bemühungen, den bewaffneten Konflikt in Syrien zu lösen. Die fürchterliche Unterdrückung durch den Diktator muss

ebenso wie der Terror des IS/Da'esh enden. Ebenso der Konflikt in Eritrea und anderen Ländern, in denen Menschen in Furcht leben. Die außergewöhnliche Situation erfordert außergewöhnliche Maßnahmen. Sowohl humanitärer als auch politischer Mut ist erforderlich, ebenso wie eine neue Bereitschaft zum Handeln.

Der Kongress der Internationalen Liga Religiöser SozialistInnen 2015 schlägt den Mitgliedsorganisationen vor, die folgenden Punkte zu diskutieren und eine entsprechende Resolution anzunehmen:

- 1) Flüchtlingen sollte sofort eine sichere Möglichkeit geboten werden, in EU-Missionen außerhalb der EU Asylanträge zu stellen.
- 2) Die EU muss sich stärker auf den Schutz von Menschenleben konzentrieren und weniger auf Mauern und Grenzsicherung. Einzelne EU-Länder können in diplomatischen Missionen temporäre Stellen zur Beantragung von Asyl einrichten.
- 3) Die EU-Direktive 2001/51/EC sollte sofort außer Kraft gesetzt werden. Diese Direktive erlegt Transportgesellschaften auf, Reisende ohne Einreisegenehmigung bzw. Visum abzulehnen. Diese Direktive ist ein schwerwiegender Grund für den Tod im Mittelmeer. Es muss möglich sein, die Hölle im Flugzeug zu verlassen, anstatt den unsicheren Weg über See in überfüllten Schlauchbooten zu wählen.
- 4) Das Dublin-Verfahren sollte sofort aufgegeben werden.
- 5) Die EU sollte ein effektives Seenotrettungsprogramm im Mittelmeer einrichten.

*ILRS, Innsbruck, 20. Sept. 2015
Übersetzung aus dem Englischen von
Thorsten de Jong*

BUNDESNACHRICHTEN

Jahrestagung 2015

Von Reinhard Gaede

Unser Besuch der Gedenkstätte Buchenwald

„Geh! Denken! Die Christen und die Rechten in der Nazizeit und heute“ – so hieß das Thema der Jahrestagung 11.–13. Sept. 2015 in Erfurt. Für 6 Personen von uns begann sie mit dem Besuch des KZ Buchenwald. Laut „Konzentrationslager Buchenwald 1937-1945. Begleitband zur ständigen historischen Ausstellung, 9. Aufl. 2014“, S. 253, sind hier etwa 56.000 Menschen ums Leben gekommen, mitgerechnet anonyme Tote der Todestransporte aus Lagern des Ostens und Gestorbene während der Evakuierungsmärsche im April 1945. Eingeteilt waren die Häftlinge in Politische, nämlich Sozialdemokraten, Kommunisten, Mitglieder oppositioneller linker Parteien – auch Theologen, z.B. Dietrich Bonhoeffer, Paul Schneider –, Zeugen Jehovas, „BV“-Häftlinge – sie hießen „Berufsverbrecher“, „Asoziale“, „Arbeitsscheue“, nämlich Opfer rassistischer Verfolgung –, „ASR-Häftlinge für „Arbeitsscheue Reich“ – Menschen, die Arbeitsplätze abgelehnt hatten oder als Bettler, Nicht-Sesshafte, Alkoholiker auffällig waren – darunter

auch Juden, Sinti und Roma –, Homosexuelle. Aus dem Ausland wurden Österreicher, Polen, Niederländer, Menschen aus der Tschechoslowakei und Kriegsgefangene nach Buchenwald deportiert. Die perfekte Vernichtungsstrategie wurde uns deutlich in der Erschießungsanlage. Der Todesschuss wurde durch einen Spalt in der Messlatte des angeblich medizinischen Untersuchungsraums abgegeben. 8000 sowjetische Kriegsgefangene sind 1941-1943 ermordet worden. Systematisch wurden Kranke und Behinderte ermordet, kranke Juden wurden 1942 in die „Euthanasie“-Tötungsanstalt nach Bernburg und zur Ermordung ins KZ Auschwitz deportiert, die arbeitsfähigen mussten in der Gewerfabrik arbeiten. Auch durch Injektionen wurden kranke Menschen getötet. Hinrichtungen fanden im Krematorium statt, die Verbrennungsöfen für Leichen hatte die Firma Topf & Söhne für KZs konstruiert. Durch einen bewaffneten Aufstand übernahmen am 11. April 1945 schließlich die Häftlinge die Leitung des Lagers von der abziehenden SS0, „nahmen 76 versprengte SS-Angehörige gefangen“, öffneten die Tore und hissten die weiße Fahne. Rund





21 000 Häftlinge wurden befreit. (Begleitband, S. 235)

Wir schieden in dem Bewusstsein: Das Gedenken der Opfer ist für unsere Zeit besonders wichtig. Solche Verbrechen dürfen nie wieder geschehen. Eine Gedenktafel mahnt mit Worten des Schwurs von Buchenwald (19. April 1945): „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Die Tagung in Erfurt

Zur Tagung hatten sich 15 Personen angemeldet, die im re4-Hostel in der Puschkinstraße unterkamen. Anneke und Florian hatten die Verhältnisse erkundet. Eine andere Möglichkeit gab es nicht.

Zur Einführung hielt ich ein Referat über den Kampf der religiösen Sozialisten gegen den Faschismus in der Weimarer Zeit. Ihr mutiges und unterschiedenes Auftreten konnte das Anwachsen der Nazi-Bewegung nicht verhindern in einer Gesellschaft und in einer Kirche, in denen das Bürgertum mehrheitlich noch der Kaiserzeit nachtrauerte, die Demokratie ablehnte und die Novemberrevolution als Dolchstoß gegen das „im Felde unbesiegt“ Heer empfand. In der Endphase lösten sich die Grenzen zwischen National-Konservativen und Faschisten

immer mehr auf. Ulrich Peters Referat hatte den Titel „Anpassung, Bekennende Kirche und politischer Widerstand – Die religiösen Sozialisten im Dritten Reich“. Das Referat brachte viele neue Erkenntnisse aus bisher unbekannten und nicht erforschten Quellen. Nicht alle religiösen Sozialisten konnten ihren Widerstand durchhalten, eine Anzahl von ihnen passten sich an. Aber Widerstand zusammen anderen Gruppen gab es auch. Für mein Referat über das Leben von Emil Fuchs gab es gute Ergänzungen im Gespräch mit Klaus Fuchs-Kitowski, seinem Enkel, der beim Großvater aufgewachsen war. Gerade hatte er mit Hilfe seiner Frau den Römerbrief-Kommentar des Großvaters herausgebracht. Er war im Gefängnis geschrieben worden.

Leider fehlte die Zeit, noch workshops von Anneke über Paul Tillich und von Florian über Jochen Klepper zu hören. Bei dem schönen Wetter wollte die Teilnehmenden die Stadt Erfurt erkunden.

Auf der Mitgliederversammlung am Sonntag entbrannte eine heiße und lange Debatte um den Antrag:

„Der Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands möge die durch Spende erhaltene Genossenschaftsanteile von Oikokredit an den Spender zurückgeben und damit aus dem Mikrofinanz-

system aussteigen. Außerdem sollte der Gewinn in der dritten Welt gespendet werden.“ Begründung: „Durch die Mitgliedschaft bei Oikocredit werden wir in einem Bereich tätig, welches unserem Vereinszweck nicht entspricht. Auch wenn das Mikrofinanzsystem soziale Zwecke haben kann“, ist es „aus religiösen Bedenken“ „unverantwortlich. Klar, wo Not ist, muss man auch Geld geben. Doch kann man es verantworten, aus der Notlage auch noch Profit zu ziehen? Oder sollte für uns nicht eher den Zinsverbot aus dem AT zählen? ... Das zinsgestützte Geldsystem wirkt wie ein unentrinnbarer Zwang, wie eine dämonische Macht. Es heißt aber: „Heute sollst du erkennen und dir zu Herzen nehmen: Jahwe ist der Gott im Himmel droben und auf der Erde unten, keiner sonst.“ (Deuteronomium 4,39) Und Jesus Christus sagt: „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon“ (Matthäus 6,24). Wir kennen die Probleme des Mikrofinanzsystems und wir wissen, was die Bibel dazu sagt.“

Über den bereits auf der letzten Mitgliederversammlung vorgebrachten Antrag hatte es eine breite Diskussion im Vorstand gegeben.

Die Position pro Mitgliedschaft bei Oikocredit ist:

Christ(inn)en spenden und leihen. (Bergpredigt) Nachfolge heute ist Leben im Geiste Jesu unter den Verhältnissen der

Gegenwart. Wie die Propheten des AT und wie schon Friedrich Wilhelm Raiffeisen 1854 in der Gründungsversammlung der späteren Darlehnsngenossenschaft protestieren wir gegen Wucherzinsen. Dem, der kein Geld hat, leihen wir, ohne Zinsen zu erheben. Von dem, der es aber bezahlen kann, kann man ruhig einen niedrigen Zins nehmen mit langer Zeit für Tilgung des Darlehens. Auch damit der Wert des geliehenen Gutes erkannt wird und Menschen durch eigene Leistung und Kraft ihren Unterhalt erwirtschaften können. Auf jeden Fall ist ethische Geldanlage zu begrüßen, wenn dadurch Hilfe möglich wird, die sonst nicht käme. Bei Oikocredit stehen fast 1 Milliarde Euro für Darlehen bereit. Ein Gewinn ist dem BRSD nur nominell entstanden durch 2% Rendite. Die wurden aber zugunsten weiterer Hilfe re-investiert und jährlich 50 € an den Förderkreis gezahlt. Die Ökumenische Entwicklungsgenossenschaft – so der ursprüngliche Name – ist ein Gegenmodell gegen die ungerechte Weltwirtschaft und gegen ein Finanzsystem, in dem oft Geld in Rüstungsgüter oder unsoziale und umweltschädliche Zwecke investiert wird.

Artikel über Oikocredit gab es bereits in CuS 1/12 und in CuS 4/13 (Bundesnachrichten).

Der Antrag wurde mit 5 gegen 6 Stimmen abgelehnt, und





die 25 jährige Mitgliedschaft des BRSD bei Oikocredit besteht damit weiter.

Andere Beschlüsse (Protokoll: Anneke): Die Kosten für das Jahresabonnement ab 2016 CuS sind von 25 auf 20 Euro zu senken. Der Mitgliedsbeitrag soll dabei bei 51 Euro insgesamt bleiben (also nominell um 5 Euro steigen). Jedes Heft soll dabei gleich viel, nämlich 7 Euro kosten.

Der BRSD nimmt den Entwurf der Erfurter Erklärung an und veröffentlicht sie.

Der BRSD möge der Stiftung Heimstätte Dünne einmalig 300 Euro zur Verfügung stellen, damit sie Roma in ihrem Wohnort im Nordosten Ungarns durch ökologischen Hausbau unterstützt. Der BRSD ruft seine Mitglieder auf, sich persönlich mit Spenden zu beteiligen. (Heimstätte Dünne, IBAN: DE40 4949 0070 0600 1610 00)

Der Vorstand des BRSD möge mit einem Roma- und Sinti-Verband Kontakt aufnehmen, mögliche Zusammenarbeit und Unterstützung eruieren und einen entsprechenden

Antrag auf der nächsten Jahrestagung einbringen. 2 Personen aus dem Vorstand eines Roma- und Sinti-Verbandes sollen auf der Jahrestagung eingeladen werden, um ein Grußwort zu sprechen.

So haben wir zurückgeblickt auf die Verbrechen während der Nazi-Diktatur, auf den Widerstand vor und nach ihrer Machtergreifung und blicken voraus auf die große Aufgabe der Hilfe für Flüchtlinge, in Erinnerung noch Stimmen der Überlebenden aus den KZs.

Coco Schumann – „Theresienstadt und Auschwitz hat er überlebt, in der Lagerkapelle ‚La Paloma‘ musste er spielen, wenn die Häftlinge in die Gaskammern getrieben wurden ... Und wenn immer, wenn ich denke, jetzt verzweifelst du, sagt da hinten eine Stimme: ‚Denk mal an Auschwitz!‘ Dann sehe ich, wie klein das Problem ist, im Gegensatz zu dem, was in Auschwitz und Buchenwald war.“ (Hg. Dieter Hildebrandt und Felix Kuballa: Mein Kriegsende, Erinnerungen an die Stunde Null, Berlin 2015, 2. Aufl., S. 181, 186)

Grußwort zur Jahrestagung des BRSD 2015

Von Christine Buchholz*

Lieber Reinhard Gaede, liebe Genossinnen und Genossen, ich bedauere

es sehr, nicht an der Jahrestagung des BRSD e.V. teilnehmen zu können. Deshalb schicke ich Ihnen und Euch ein Grußwort zur Konferenz.

Liebe Besucherinnen und Besucher der Jahrestagung des BRSD 2015!

„Geh! Denken! Die Christen und die Rechten in der Nazizeit und heute“ lautet der passend gewählte Titel der Versammlung des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten.

Das Motto ist leider hochaktuell.

Rassistische Angriffe auf Flüchtlingsheime nehmen zu. Rechtspopulistische und Gruppen, wie Pegida, haben schon seit Langem den Nährboden dafür bereitet und schüren gezielt rassistische und antimuslimische Stimmungen.

Nazis und Rassisten nutzten die aktuelle Notlage der Flüchtlinge und auch die chaotische und menschenunwürdige Unterbringung in Zelten und Containern aus, um darum lokale Kampagnen aufzubauen. Ihre Umtriebe sind aber nicht nur auf Flüchtlinge beschränkt. So nehmen infolge der Pegida-Proteste auch islamfeindliche Übergriffe und Angriffe auf Linke bundesweit zu.

Rechte Gruppen und Parteien wie die NPD werden nur halbherzig bekämpft! Auf der einen Seite werden rassistische Übergriffe öffentlich verurteilt, auf der anderen Seite verfolgt die Bundesregierung selber eine strukturell rassistische Politik, von der die Verschärfung des Asylrechts, bis hin zu Plänen von Abschiebe-

lagern für Roma-Flüchtlinge und einer willkürlichen Festsetzung „sicherer Herkunftsländer“, „guter“ und „schlechter“ Flüchtlinge.

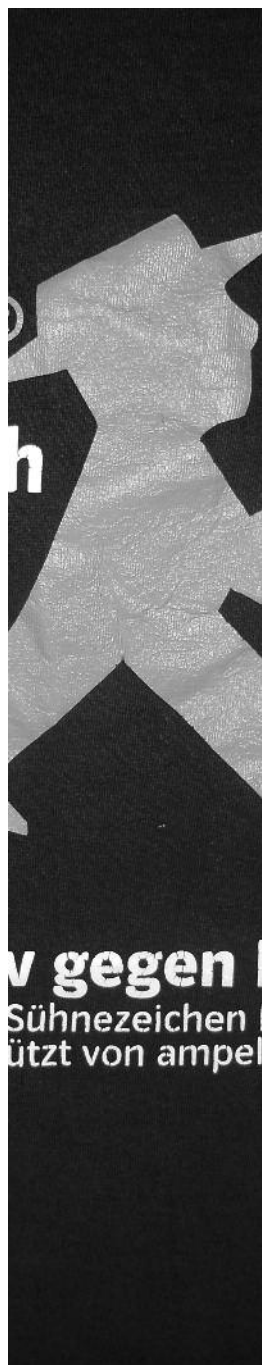
Begriffe wie „Flüchtlingsströme“ und „Wirtschaftsflüchtlinge“ sind entmenslichend, abwertend und folgen einer rassistischen Logik. Die herrschende Politik zündelt zudem gefährlich mit, wenn von „Asylbetrug“, der Überlastung der Sozialkassen etc. gesprochen wird. Den Menschen wird suggeriert, die Geflüchteten seien an den prekären Lebensverhältnissen in Deutschland schuld. Das ist unerträglich, besonders im Hinblick auf die deutsche Vergangenheit!

Es ist unsere Aufgabe, den Menschen zu zeigen, dass sie gegeneinander ausgespielt werden.

Es ist auch unsere Aufgabe, nicht die Augen davor zu verschließen, wenn immer mehr schutzsuchende Männer, Frauen und Kinder bei dem Versuch, Europa zu erreichen, ihr Leben verlieren, weil die EU sich zunehmend abschottet und es keine sicheren Fluchtwege gibt.

Als Sozialistinnen und Sozialisten aber auch als Christinnen und Christen müssen wir den Menschen zeigen, wer die wahren Profiteure von Krisen, Kriegen und Ausbeutung sind.

Dabei ist es im Interesse aller, wenn der Reichtum innerhalb





des Landes, der EU und natürlich auch weltweit gerecht verteilt wird und allen Menschen gleichermaßen zugute kommt.

Gemeinsam mit den Geflüchteten können wir für ihre und auch unsere Rechte kämpfen.

Eine zunehmend ungerechte, neoliberale Weltwirtschaft dagegen schafft immer wieder einen Auftrieb rechter Be-

wegungen, Krisen, Kriege und somit auch neue Fluchtgründe.

Leider kann ich selbst nicht teilnehmen, ich wünsche Ihnen und Euch eine erfolgreiche Konferenz.

Mit solidarischen Grüßen,
Ihre Christine Buchholz

** Christine Buchholz, 2. April 1971 geboren in Hamburg, verheiratet, zwei Kinder, ist religionspolitische Sprecherin der Linken im Bundestag*

Abschied von Günter Ewald †

Am 9. Juli 2015 mussten wir Abschied nehmen von Günter †. 1964 bis 1994 war Günter Ewald Professor für Algebra und Geometrie an der Ruhr-Universität Bochum, 1973–1975 Rektor der Universität. Von 1975 bis 1989 war er Mitglied des Präsidiums des Deutschen Evangelischen Kirchentages. Der „Kohlenkeller“ seines Hauses war erstes Kontaktzentrum für Student(innen), die in der Anonymität des Massenbetriebes und in den mächtigen Betonbauten der Ruhruniversität hier einen heimatischen Gesprächskreis fanden. Gemeinsam entdeckten sie die Schriften von Leonhard Ragaz. Zusammen mit dem „Initiativkreis Christentum und Sozialismus“ in der ESG Bethel, wo ich Studentenpfarrer und Assistent war, zusammen mit Studentenpfarrer Jürgen Finnen und Prof. Dr. Siegfried

Katterle von der Universität Bielefeld lebten wir den überalterten BRSD im Herbst 1976 wieder und sorgten für eine Neuorientierung des BRSD. Günter wurde zum „Geschäftsführenden Präsidenten“ gewählt. Im Buch „Religiöser Sozialismus“ 1977, von ihm herausgegeben, hat er seinen Weg mit den Student(innen) „auf den Spuren von Blumhardt, Ragaz und Hohoff“ beschrieben. In CuS 1/1974 stehen seine Artikel mit seinem Vermächtnis: „Möge die Zeitschrift gute Wegzehrung bleiben!“ So hat er die Leitideen der Religiösen Sozialist(inn)en maßgeblich mitgeprägt. In der letzten Phase seines Lebens hat er Schriften über Nahtod-Erfahrungen verfasst. An seine Begleitung als Bundessprecher, Redakteur, Autor und Leser denken wir dankbar zurück. Günter, Presente! R.G.

Erklärung des Bundes der Religiösen Sozialist(inn)en Deutschlands e.V. (BRSD)

Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist.

Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat.

Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Gewerkschafter.

Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“

Martin Niemöller

Während unserer Jahrestagung haben wir die verschiedenen Formen mit Umgang des Hitlerfaschismus kennen gelernt: Innere Immigration, Emigration und Widerstand gegen das NS-Regime.

In diesem Jahr erleben wir in der Bundesrepublik eine zunehmende aggressivere und gewalttätige Reaktion gegenüber Flüchtlingen und Andersdenkenden.

Bei fast drei Übergriffen pro Tag ist dies nicht zu ertragen und schon gar nicht zu akzeptieren.

Der Nährboden hierfür sind Schlagwörter und Äußerungen wie „Asylbetrug“, „Überfremdung“, „wir können doch nicht alle aufnehmen“, wie sie seit der so genannten Fremdarbeiter-Debatte in der

BRD leider gesellschaftsfähig worden sind.

Eine Erneuerung hierfür sehen wir in dem Verhalten der bürgerlichen Kanzlerin gegenüber einem jugendlichen Flüchtlingsmädchen in Rostock. *

Seit Mitte der achtziger Jahre ist es den Unionsparteien ein besonderes Anliegen gewesen des „Flüchtlingsstroms“ Herr zu werden. Später machten sich auch die Freidemokraten (Klaus Kinkel, Otto Solms und weitere) solche Äußerung zu eigen, bis 1993 der so genannte Asylkompromiss (CDU, CSU, FDP und SPD) beschlossen wurde. Die Folgen sind hinreichend bekannt. Gegen diese Entwicklung nach Rechts gibt es einen breiten gesellschaftlichen Widerstand: Linke Parteien (z.B. Grüne, SPD, Die Linke), Gewerkschaften, Menschenrechtsgruppen und Kirchen haben sich als breites gesellschaftliches Bündnis für Respekt gegenüber jeden Menschen und für eine Willkommenskultur eingesetzt. Dieses gilt es weiterzuentwickeln:

Wir, der Bund der Religiösen Sozialist(inn)en, fordern deshalb die Kirchen auf:
– ihre Räume (Kirchengebäude, Gemeindehäuser und





Pfarrhäuser) für Flüchtlinge und für antifaschistische Gruppen zu öffnen.

- gegen allen Sparzwang und Mangeldiskussion finanzielle Mittel bereit zu stellen für aktive Flüchtlingsarbeit und Bildung gegen Rechts
- den eigenen gesellschaftlichen Einfluss gegen den alltäglichen Rassismus in Worten und Taten zu nutzen.

Wir fordern die linken Parteien auf:

- sich für die Wiederherstellung des Asylrechtes aus der Zeit vor 1992 zusammen zu schließen.
- sich für den Abzug der V-Leute aus rechten Kreisen einzusetzen, damit ein NPD-Verbot möglich wird.
- da Kriege der erste Fluchtgrund sind, sich für ein Rüstungsexport-Verbot einzusetzen. Und darüber hinaus auch keine militärische Aufklärung in Schulen und anderen zivilen Räumen zu tolerieren.

Wir fordern uns, die Mitglieder des BRSD, auf:

- sich gemäß des biblischen Gebotes „Suchet der Stadt Bestes“ einzumischen und aktiv zu werden für eine solidarische Gesellschaft.

Erfurt, 13. September 2015

**Inzwischen hat sich die Lage geändert: Die Kanzlerin hatte nach gewaltsamer Abwehr von*

Flüchtlingen in Ungarn sich entschlossen, syrische Flüchtlinge in großer Zahl aufzunehmen, muss bei dieser Entscheidung aber von SPD, Grünen und Linken gegenüber Kritik aus den eigenen Reihen gestützt werden. Die Debatte kreist jetzt um die Frage, wie wir Aufnahme und Integration von Flüchtlingen „schaffen“.

Fremdenfeindliche Menschen, rechtsextremistische Parteien und Bewegungen wollen die Festung Europa gegen Flüchtlinge durch möglichst viele Hindernisse halten; durch Neid-Kampagnen und rassistische Losungen aufgestachelte Menschen begehen Straftaten und Anschläge gegen Flüchtlinge und ihre Unterkunft. Heute kann man nicht nur von einem Versagen der Organe unserer Republik sprechen, sondern von einem unheimlichen Erstarken militanter Neonazis (NSU und anderer). Dazu hat der Verfassungsschutz noch beigetragen, indem horrendes Summen an V-Leute ausgezahlt wurden, welche gleich zum Aufbau der Strukturen von Neonazis verwandt wurden.

Bilder und Fotos

Ingelore & Reinhard Gaede	1, 66–67, 71–72
Heiko Bluhm	5
Ulrich Peter	24
Gerhard Lüdecke	29–30
Wikipedia	33, 45
Neue Wege, Zürich	33
Willy Spieler	35
Dieter Stork	39
Ulrich Börngen	41
Horst Haitzinger, NW 7.12.2011, Nr. 284	49
NW 22.08.2011, Nr. 194	51
Franz Segbers	52
Michael Distelrath	55
Elmar Klink	64
Alois Reisenbichler	65
Thorsten de Jong	65
Fokke Bohlsen	70, 75–76
Aktion Sühnezeichen. Friedensdienste – Ampelmann	73
Familie Ewald und Universität Bochum	74

Autorinnen und Autoren

Heiko Bluhm
Gradmannstr. 42
74348 Lauffen am Neckar

Dr. Ulrich Börngen
Glashütterweg 19
70567 Stuttgart

Christine Buchholz, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Thorsten de Jong
Am Römerhof 9
52066 Aachen

Michael Distelrath
Görlinger-Zentrum 3, Wg. 2
50829 Köln

Prof. Dr. Siegfried Katterle
Dünenweg 13
33649 Bielefeld

Elmar Klink
Thielenstraße 13/15
28215 Bremen

**Gabriele Lüdecke-Eisen-
berg & Gerhard Lüdecke**
Hahnenkammstr. 15
63450 Hanau/Main

Dr. Ulrich Peter
Nicolaistr. 48
12247 Berlin-Steglitz

Prof. Dr. Franz Segbers
Nonnbornstr. 14a
65779 Kelkheim

Willy Spieler
Butzenstraße 27
CH 8038 Zürich

Dieter Stork
Klusstr. 93
32257 Bünde

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, auch mit Bildern.** (Allerdings können wir dafür nicht haften.) Wir danken unseren Autor(inn)en für ihre ehrenamtliche Mitarbeit. Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für Leser(innen)briefe. Wer regelmäßig geistesverwandte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Artikel: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir nur in Ausnahmen Zeit für das Eingeben von Manuskripten. Wir bitten, uns Texte und Bilder folgendermaßen zuzusenden:

- **Texte** in einem der PC-/Mac-üblichen Formate (RTF, TXT oder DOC) auf CD oder per E-Mail.
- **Bilder** bitte digital als JPG-, TIFF-, EPS- oder PDF-Format mit mindestens 300 dpi Auflösung. Keine Internetbilder (!), da sie nicht den Anforderungen des Offsetdrucks entsprechen. Im Notfall als scannfähiges Foto per Post.
Adresse: cus@brsd.de oder reinhard-gaede@gmx.de, bzw. Reinhard Gaede, Wiesestr. 65, 32052 Herford.

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt.

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

CuS. Christ und Sozialist. Christin und Sozialistin. Kreuz und Rose

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V./www.BRSD.de

Erscheint seit 1948 (vorher gab es bis zur Unterdrückung durch den Hitler-Faschismus: Das Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1924–1933, das Rote Blatt der Katholischen Sozialisten 1929–1930 und die Zeitschrift für Religion und Sozialismus 1929–1933).

Helmut Gollwitzer: Warum bin ich als Christ Sozialist? Warum wird ein Mensch Sozialist?

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist, oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionären Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundsphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundsphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, Ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, dass gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille. (Auszug aus: Warum bin ich als Christ Sozialist?, CuS 1/1980)

Abonnements:

Per Post:
BRSD, Michael Distelrath
Görlinger Zentrum 3, D-50829 Köln

Per Telephon:
02 21/9 99 02 30

Per E-Mail:
m.distelrath@netcologne.de

Bezugspreise (inkl. Versand):

Inland € 25,- pro Jahr · Ausland € 35,-, pro Jahr
Förderabonnement € 30,- oder mehr. Bitte überweisen Sie den Betrag jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V.

KD-Bank · IBAN DE15 3506 0190 2119 4570 10
BIC GENODED1DKD

Kündigungen werden zum Jahresende wirksam